

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Monatspreis 1.10 Mark pro Monat. Einzelhefte 20 Pf. Sonntagshefte 30 Pf. Einjahresabonnement 11.10 Mark pro Monat. Einjahresabonnement in die Postzeitung mit dem Postamt für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgeleitete Spaltenbreite oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Bekanntmachungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist: die erste Zeile des ersten Wortes 10 Pf., die zweite Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die dritte Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die vierte Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die fünfte Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die sechste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die siebente Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die achte Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die neunte Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die zehnte Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die elfte Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die zwölfte Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die dreizehnte Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die vierzehnte Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die fünfzehnte Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die sechzehnte Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die siebenzehnte Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die achtzehnte Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die neunzehnte Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die zwanzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die einundzwanzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die zweiundzwanzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die dreiundzwanzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die vierundzwanzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die fünfundzwanzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die sechsundzwanzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die siebenundzwanzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die achtundzwanzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die neunundzwanzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die dreißigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die einunddreißigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die zweiunddreißigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die dreiunddreißigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die vierunddreißigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die fünfunddreißigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die sechsunddreißigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die siebenunddreißigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die achtunddreißigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die neununddreißigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die vierzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die einundvierzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die zweiundvierzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die dreiundvierzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die vierundvierzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die fünfundvierzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die sechsundvierzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die siebenundvierzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die achtundvierzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die neunundvierzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die fünfzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die einundfünfzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die zweiundfünfzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die dreiundfünfzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die vierundfünfzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die fünfundfünfzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die sechsundfünfzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die siebenundfünfzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die achtundfünfzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die neunundfünfzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die sechzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die einundsechzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die zweiundsechzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die dreiundsechzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die vierundsechzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die fünfundsechzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die sechsundsechzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die siebenundsechzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die achtundsechzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die neunundsechzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die siebenzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die einundsiebzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die zweiundsiebzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die dreiundsiebzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die vierundsiebzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die fünfundsiebzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die sechsundsiebzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die siebenundsiebzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die achtundsiebzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die neunundsiebzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die achtzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die einundachtzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die zweiundachtzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die dreiundachtzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die vierundachtzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die fünfundachtzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die sechsundachtzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die siebenundachtzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die achtundachtzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die neunundachtzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die neunzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die einundneunzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die zweiundneunzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die dreiundneunzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die vierundneunzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die fünfundneunzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die sechsundneunzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die siebenundneunzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die achtundneunzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die neunundneunzigste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die hundertste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die einundhundertste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die zweiundhundertste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die dreiundhundertste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die vierundhundertste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die fünfundhundertste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die sechsundhundertste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die siebenundhundertste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die achtundhundertste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die neunundhundertste Zeile des ersten Wortes 5 Pf., die tausendste Zeile des ersten Wortes 5 Pf.

Verlagsamt: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 28. Dezember 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Eine „Verteidigung“ der Getreidezölle.

I.

Den Agrariern ist eine neue Hilfe im Wahlkampf entstanden. Der Freiburger Professor Karl Diehl hat bei G. Fischer in Jena ein Werk zur Verteidigung der Getreidezölle veröffentlicht. Seine Schrift richtet sich in der Hauptsache gegen Brentanos Denkschrift über die Getreidezölle. Wir haben im „Vorwärts“ seinerzeit darauf hingewiesen, daß Brentano, der ein gutes Anlagematerial gegen den Brotwucher gesammelt hat, doch dieses Material nicht genügend, teils sogar theoretisch falsch erläutert hat. Gegen diese Schwächen in Brentanos Denkschrift tritt nun Diehl auf. Aber wie? Wenn Brentano nur einige Fehler gemacht hat, so häuft sie Diehl in solcher Menge, daß man staunen muß, daß ein Mann, der auf Theorie Wert legt und als „Theoretiker“ gilt, solches Zeug zusammenschreiben kann.

Diehl ist sich selbst nicht klar geworden, worüber er schreibt: Ueber Getreidezölle an und für sich oder über bestimmte Zölle unter bestimmten Verhältnissen? Er erklärt selbst, daß er nicht über die jeweilige Höhe der Zölle diskutieren, sondern lediglich die Verteidigung und die Notwendigkeit von Getreidezöllen überhaupt verteidigen will. Dabei argumentiert er in einer Weise, die vielleicht in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts am Platze war. Die Umwandlung, die die transoceanische, vor allem die nordamerikanische Landwirtschaft, in den letzten zwanzig Jahren durchgemacht hat, scheint er gar nicht zu kennen. Er will die Getreidezölle gelten lassen, damit die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft durch die ausländische Konkurrenz nicht gefährdet werde, bemerkt aber gar nicht, daß diese Konkurrenz niemand mehr bedroht. Wenn es sich heute tatsächlich noch um sinkende Getreidepreise handelte, so könnte Diehl vielleicht anführen, daß Getreidezölle von seinem Standpunkte aus notwendig seien, damit die Preise nicht allzu rasch heruntergingen. Wir leben aber in einer Epoche steigender Getreidepreise. Folglich erweisen sich die Getreidezölle als überflüssig und deshalb auch als schädlich.

Die für Diehl größte Autorität der „Landwirtschaftswissenschaft“, J. Kühn, forderte einen Getreidezoll von 3,50 Mark, der aber weggelassen soll, wenn der Preis bei Weizen über 215 M. steht. In den Jahren 1907—1910 hat der Weizenpreis tatsächlich über 215 gestanden — trotzdem verteidigt Diehl die Getreidezölle.

Eine ernste Kritik der Diehlschen Ausführungen ist also eigentlich überflüssig, weil, wie wir sehen, Diehl noch im neunzehnten Jahrhundert lebt und von den letzten Ereignissen wenig oder nichts weiß. Allein seine Ausführungen werden zweifellos im Wahlkampfe ausgenutzt werden, und so müssen wir auf sie näher eingehen.

Gegen die Getreidezölle wenden wir ein, daß sie die Lebensmittelpreise in die Höhe treiben, die Grundrente und den Bodenpreis erhöhen und dadurch die landwirtschaftliche Kultur erschweren. Diehl gibt zu, daß die Getreidezölle im Brotpreise zum Ausdruck kommen, und daß sie auch die Bodenpreise steigern. Er bestreitet nur, daß die Bodenpreise in den achtziger und neunziger Jahren gestiegen seien, ohne dabei zu bemerken, daß damals die Getreidezölle trotz der Zölle heruntergingen. Daß aber die Bodenpreise in letzter Zeit hoch angefahren sind, leugnet er nicht; er sucht sogar die Landwirte davor zu warnen, allzu hohe Preise für Grundstücke zu zahlen. Ein selbstamer Volkswirt, der wirtschaftlich schädliche Erscheinungen, die eine notgedrungene Folge bestimmter Verhältnisse sind, durch „Warnungen“ abwenden will! Und doch, erhebt Diehl den Anspruch, die Grundrententheorie verstanden zu haben!

Diehl bestreitet also die schädlichen Seiten der Getreidezölle nicht, glaubt aber trotzdem, diese durch den Hinweis auf die Notwendigkeit empfehlen zu können, die einheimische Landwirtschaft vor dem Ruin zu schützen. Wie sollen aber die Zölle die Agrarwirtschaft fördern, wenn sie die Bodenpreise erhöhen und somit die Entwicklung der landwirtschaftlichen Kultur geradezu hemmen? Ueber diesen Widerspruch setzt er sich durch den Hinweis auf das „abschreckende“ Beispiel der englischen Landwirtschaft hinweg. Befindet sich denn aber die englische Landwirtschaft tatsächlich in so miserabler Lage? Keineswegs. Die Anbaufläche ist zwar seit 1871/75 fast unverändert geblieben; sie betrug in Großbritannien 1871/75 31,12 Millionen Acres, 1900: 32,44 Millionen Acres und 1910 32,15 Millionen Acres; aber auch in Deutschland ist das Acker- und Gartenland nicht wesentlich gewachsen; es betrug 1883 26,18 Millionen Hektar und 1900 26,26 Millionen Hektar. Wo liegt also der Fortschritt der deutschen Landwirtschaft gegenüber der englischen? Wenn aber die deutschen Agrarier sich immer über ihre schlechte Lage beklagen und eine immer weitere Steigerung der Zölle fordern, erklärt das englische Landwirtschaftsministerium, daß „ein gesteigerter Wohlstand in der Landwirtschaft“ bemerkbar sei (Annual Report of Proceedings under the Small Holdings Act, London 1909, S. 5). Und nach dem Zeugnis des Heidelberger Professors S. Levy, eines guten Kenners der englischen Verhältnisse, den kein die

englischen Landwirte gar nicht daran, Schutzzölle für die einheimische Landwirtschaft einzuführen.

Dabei muß beachtet werden, daß England in viel höherem Maße der auswärtigen Konkurrenz ausgesetzt ist als Deutschland, da die Zufuhr nach England beträchtlich leichter ist, als nach dem territorial bedeutend größeren Deutschland. Und trotzdem hat England eine intensivere Kultur als Deutschland. Es wurde nämlich 1901 bis 1905 vom Hektar geerntet (in 100 Kilogramm):

	Weizen	Gerste	Hafers
in Deutschland	18,44	18,45	16,90
in Großbritannien u. Irland	21,08	19,09	17,40

Den Hauptgrund der transoceanischen Konkurrenz sieht Diehl mit Recht in der dortigen extensiven Wirtschaft. Wie läßt sich aber erklären, wie England trotz der Konkurrenz eine hohe intensive Kultur haben kann?

Wer die Bedingungen der landwirtschaftlichen Arbeit einigermaßen kennt, dem wird die Antwort nicht schwer fallen. Für Diehl ist aber charakteristisch, daß er sich diese Frage gar nicht stellt. . . . Die Ueberlegenheit der transoceanischen extensiven Wirtschaft besteht keineswegs auf allen landwirtschaftlichen Produktionsgebieten. Einige verlangen von vornherein einen großen Arbeitsaufwand, der in Amerika fast ebenso hoch ist, wie in Europa, so der Garten- und Gemüsebau. Ebenso leidet die Viehzucht nur wenig unter der transoceanischen Konkurrenz. Dänemark konnte seine Viehwirtschaft sehr gut ohne Zölle oder vielmehr gerade wegen der Handelsfreiheit entwickeln. Die Fleisch- und Milchpreise sind auch in England nicht bedeutend gesunken. Es geht deshalb die natürliche Entwicklung der englischen und dänischen Landwirtschaft vom extensiven Getreidebau zur intensiven Viehzucht und noch intensiverem Gartenbau, für deren Erzeugnisse durch die industrielle Entwicklung ein guter Markt geschaffen wurde. Die Pflege der Viehzucht ermöglicht auch einen intensiveren Getreidebau. So ruiniert die Konkurrenz der extensiven transoceanischen Wirtschaft die europäische keineswegs, sie drängt sie nur auf andere, den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen mehr entsprechende Bahnen. Allerdings erweist sich überall das Privateigentum an Grund und Boden als schweres Hindernis für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Kultur. Aber in Deutschland halten die Zölle diese Entwicklung noch mehr auf, indem sie den Uebergang zur Viehzucht bedeutend erschweren. . . .

Agrarische Wahllügen.

III.

Daß der agrarischen Reaktion die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes gleichgültig sind, geht aus dem „Rüstzeug“-Alphabet allein daraus hervor, daß man in dem Wächlein das Wort „Verfassung“ als eigenes Stichwort vergebens sucht. Daß aber der Wunsch der reaktionären Parteien dahin geht, das bürgerliche Verfassung und Recht durch . . . Verordnungen zu mindern oder durch gesetzwidriges Verhalten zu beseitigen, zeigen nicht minder die wenigen Auslassungen des „Rüstzeuges“ über Verfassung an gelegentlichen Stellen. „Die Verfassung beruht auf monarchischer Grundlage“, heißt es unter „Monarchie“. „Wer diese Grundlage nicht anerkennt, sondern sie zu beseitigen strebt, der stellt sich selbst außerhalb der Verfassung. . . . Die Rechte der Krone sind verfassungsmäßig ebenso festgelegt, wie die des Volkes.“ Die Verfassung läßt es aber zu, daß sie selbst auf verfassungsmäßigem und gesetzlichem Wege geändert werden kann. Allergemeinste Vorbereitungen sind es daher, Bestrebungen auf Verfassungsänderung einen Vorstoß gegen die Verfassung zu nennen, und mit aller Schärfe muß die heuchlerische Behauptung zurückgewiesen werden, daß „die Sozialdemokratie, die anerkanntermaßen antimonarchisch ist, kein Recht darauf habe, als gleichberechtigte Verfassungspartei anerkannt zu werden“. Wer so etwas ausspricht, fordert selbst zum Vorstoß gegen die Verfassung auf! Die demagogische Verhetzung gegen die Sozialdemokratie wirkt um so widerlicher, als noch ganz kirchlich konservative selbst auf Anregung ihrer lieblichen Vlodbrüder, des Zentrums, die Hand zur verfassungsmäßigen Einschränkung von Kronrechten geboten haben!

Einel Wahlmache ist es daher weiter, wenn das „Rüstzeug“ von einer „glänzenden und guten“ Verwahrung der Monarchie in Preußen und auch in den anderen deutschen Staaten spricht. Wir erinnern dagegen nur an die Kritik von Konservativen in den Novembertagen 1908. Aber nicht die monarchische Verfassungsform oder gar die konstitutionelle Monarchie verteidigt das „Rüstzeug“ in erster Linie. Höher steht ihm die Autorität, das heißt Sklavensinn und Sklavenherrschaft. Und es bedeutet eine ganz schwere Beleidigung des deutschen Volkes, wenn der Rüstzeugler dekretiert: „Ein Volk von der Art des deutschen entwickelt sich nur gesund, wenn die gotteordnete Autorität aufrechterhalten bleibt.“ Die Deutschen sind also so geartet, daß sie der bevormundenden Autorität und der Krone mehr bedürfen als andere Nationen! Geradezu lächerlich ist die Erklärung dafür, daß die Quelle und Grundlage der irdischen Autorität im Königtum von Gottes Gnaden ruht: „Das Gottesgnadentum ist für die Konservativen nichts Wahnsinniges, sondern beruht auf der Ueberzeugung, daß der Fürst die Krone von Gottes Gnaden trägt und ihm deshalb in besonderer Weise verantwortlich ist.“ So herzlich einfach haben es wirklich nur die Konservativen: Gottesgnadentum ist eben unsere Ueberzeugung vom Gottesgnadentum und damit basta! Nicht einmal der Versuch einer Wortumschreibung wird gemacht. Den Leser möchten wir sehen, der durch ihre alberne Wortwiederholung klüger geworden wäre!

Was die Konservativen an das „Gottesgnadentum“ wirklich fesselt, verrät das Rüstzeug in dem nächsten Satz: „Nur solange das Bewußtsein vom Gottesgnadentum bei den Herrschern und den Beherrschten lebendig ist, bleibt das Königtum der ehernen Fels, den keine Woge erschüttern kann.“ Die Konservativen sind also die eigentlichen Hüter dieses Bewußtseins und sie drohen selbst den Herrschern von Gottes Gnaden mit der Gehorsamsverweigerung, falls sie nicht das Bewußtsein in ihrem Sinne festigen lassen! Die katholische Kirche ist doch wenigstens konsequent und läßt den Papst von Gottes Gnaden nie irren; aber die Brüder vom blauen Blute Preußens sind noch päpstlicher als der Papst, gottesgnadener als der Gottesgnadenherrscher!

Wie der Militarismus auf dem deutschen Volke lastet.

Das neue Deutschland von 1870/71 brauchte ein Jahr nach dem Kriege, also 1872, für Rüstungsausgaben 370 Millionen Mark.

Damals hatte das Deutsche Reich rund 41 Millionen Einwohner, jeder Einzelne mußte demnach im Durchschnitt neun Mark solcher wahnwitziger Lasten tragen!

Jetzt betragen die Rüstungsausgaben pro Jahr über 1 500 000 000 Mark!

Deutschland hat heute 65 Millionen Einwohner, das deutsche Volk vermehrte sich von 1872 bis 1911 um rund 60 Proz. Auf jeden Kopf kommt jetzt eine Rüstungslast von fast 24 Mark! Diese Ausgaben sind in rund vier Jahrzehnten um 350 Prozent gestiegen!

Die Belastung mit Ausgaben für den Rüstungswahnwitz betrug für jede deutsche Familie mit 4,7 Köpfen (Reichsdurchschnitt)

im Jahre 1872 42,30 Mark.

im Jahre 1912 102,10 Mark!

Das ganze deutsche Volk mit Ausnahme der Junker leidet unter der hohen Steuer, rund 102 Mark für den Rüstungswahnwitz muß trotzdem jede Familie tragen. Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen leiden unter dem Mangel der notwendigsten sozialen Leistungen des Staates, jeder Arbeiter und jede Arbeiterin müssen trotzdem im Durchschnitt pro Jahr rund 42 Mark für Militarismus, Flottenbau und Luftschiffswut hergeben!

Die wahlberechtigten deutschen Staatsbürger werden von Jahr zu Jahr durch das längst ungerecht gewordene Reichstagswahlrecht immer mehr betrogen, sie müssen trotzdem alle gleichmäßig beitragen zu den ins Ungeheuerliche steigenden Ausgaben für den — Frieden, wie ihn die herrschenden Klassen verstehen!

Daran denke Jeder am 12. Januar!

Das Zentrum im Spiegel.

Verhöhnung der Wittven!

„. . . Das wichtigste im neuen Gesetze wird aber wohl die Wittven- und Waisenversicherung. Hier werden ja die Herren Sozialdemokraten wahrscheinlich wieder ein wahres Indianergeheul anschlagen, weil nicht gleich jede Wittve eine Rente von so und so viel tausend Mark bekommt. . . .“

„Die Arbeiterin“, Organ der süddeutschen katholischen Arbeiterinnenvereine nach Annahme der Reichsversicherungsordnung.

In Wirklichkeit ist die vom Zentrum gemachte Wittvenversicherung eine — Wittven — verhöhnung! Erstens bekommen nicht alle Wittven eine Rente, sondern nur die dauernd invaliden! Das sind ungefähr 7 von je 100 Wittven! Zweitens gilt das nur für die Wittven, die nach dem 1. Januar 1912 invalide werden. Drittens werden die bisherigen Leistungen nicht angerechnet. Viertens beträgt die Rente für eine invalide Wittve 20 Pf. pro Tag. Fünftens bekommt eine invalide Wittve mit unmlündigen Kindern für das erste Kind 10 Pf., für das zweite Kind 9 Pf. — Und die katholische „Arbeiterin“ macht sich lustig über die Sozialdemokratie, weil diese die Unterstützung als unzureichend ablehnte. So sind die Frommen!

Die Zentrumsführer kapitalistisch!

„. . . Die Freigebigkeit ist's, die uns verdirbt. Man wünscht, daß das Christentum einen wasche, aber den Pelz dabei nicht nah mache; man will wohl ein theoretisches, aber kein praktisches Christentum. Gerne geht man zur Kirche, gibt den Zehnten, fastet, betet, aber die schöne kapitalistische Welt verlassen, um dem Herrn nachzufolgen, das mag man nicht. Und weil die Welt keine Beispiele sieht, weil die Führer selbst dem Kapitalismus huldigen, darum folgt das Volk auch nicht, darum bleibt alles beim schönen Reden; man geht um die soziale

Reform Herum und meldet jene, die geradewegs auf Ziel losziehen. . . .

„Stände-Ordnung“ (katholisch-soziale Zeitschrift in Koblenz), 1900, Heft 21.)

Das verräterische Zentrum!

Das arbeitende Volk muß zum großen Teil durch die agrarfreundliche Politik unserer Zentrums-Partei das Fleisch entbehren:

- 1. durch die von unserer Zentrums-Partei so entschieden herbeigeführte Vollerhöhung auf einzuflühendes Vieh und Fleisch;
- 2. durch ihr Einverständnis mit der Grenzsperr, um angeblich das deutsche Vieh vor Seuche zu bewahren.

Demgegenüber hat das Landwirtschaftsministerium in diesem Jahre im Deutschen Reich dreimal soviel Viehseuchen festgestellt wie im gesamten Ausland. Der wahre Zweck der Grenzsperr besteht also nur darin, daß das Vieh zum Nutzen der Agrarier verteuert werde. . . .

Wer hat im Jahre 1902 in der hl. Weihnacht in einer achtzehnstündigen Reichstags-Sitzung unter Vertretung der Geschäftsordnung und Entbeiligung des Weihnachtstages dem arbeitenden Volke in so unerhörter Weise die Lebensmittel verteuert? Vornehmlich unser Zentrum! Wer beantragte die Befreiung der fürstlichen Personen von der Erbschaftsteuer? Nur unser Zentrum!

Das nennt unsere Zentrums-Partei: „Schutz den wirtschaftlich Schwachen, und ausgleichende Gerechtigkeit!“ . . .

... Nichts kann klarer, kann logischer sein, unsere Zentrums-Partei hat sich von einer Volkspartei zu einer agrarisch-reaktionären Regierungspartei durchgemauert. . . .

(Aus einem Flugblatt, das die Katholiken N. Lammerly und J. Borchert im Auftrage einer am 14. Oktober 1906 in N. Gladbach stattgefundenen öffentlichen Versammlung katholischer Arbeiter, die Protest erhoben gegen die Verratspolitik ihrer Partei, verfaßten und verteilen ließen.)

Beschimpfung der Landarbeiterinnen durch das Zentrum.

Zentrumsabgeordneter Erzberger in einer Versammlung am 16. Dezember in Weisenau (Hessen):

„Denken Sie sich, eine Dienstmagd gebärt ein uneheliches Kind und legt sich auf Kosten der Krankenkasse acht Wochen ins Bett. Das gesteht der Person so gut, daß sie die Sache das nächste Jahr und vielleicht noch öfter probiert. (Schallendes Gelächter.) Die Bäuerin aber, die muß am zehnten Tage spätestens wieder an ihre Arbeit. Aus diesem Grunde und wegen Hochhaltung der Stillschließung auf dem Lande mußte das Zentrum gegen die achtwöchentliche Unterstützung stimmen.“

Das Zentrum preist die Reichsversicherungsordnung als sein Werk! Das mit Recht! Das Zentrum lehnte nämlich die von den Sozialdemokraten geforderte obligatorische Hebammenhilfe ab, das Zentrum setzte die Schwangerschaftsunterstützung für Landarbeiterinnen von acht auf vier Wochen herab. Das Zentrum stimmte auch gegen die von der Sozialdemokratie geforderte Einbeziehung der Frauen und Töchter der kleinen Pächter und Bauern in die Krankenversicherung!

Herr Erzberger sagt: „Auf dem Lande ist die Unsitlichkeit zu groß!“

Nun werden die Landarbeiter doch sicher — zentruntsmäßig wählen!

Zur Reichstagswahl.

Reichsverbändlerisches.

Der Reichsverband fährt im Zeichen der Reichstagswahlen fort, die bürgerlichen Politiker zu bekämpfen, die mit dem Schammaschismus und der schwarzblauen Verdrängerung nicht ganz einverstanden sind. In der vom 21. Dezember datierten Nr. 3 wendet sich die „Wahlkorrespondenz“ des Reichsverbandes gegen den Hirschtupferschen Arbeitersekretär Erkelenz, weil dieser in einem „Liberalschmus und Arbeiterbewegung“ beistellenden Vortrag nicht etwa die Sozialdemokratie gelobt, sondern beiläufig nur die Behauptung aufgestellt hat, daß die deutschen Unternehmer knauseriger seien als die englische Bourgeoisie.

Dieser Behauptung muß der vom deutschen Großunternehmerum unterhaltene Reichsverband natürlich entgegenreten. Er besorgt das Geschäft nach Vorschrift und fällt mit folgenden, der Verhöhnung von Bildung und Besitz durchaus angemessenen Scheltworten über Herrn Erkelenz her:

„Genau wie Babel und die Seinen streicht er das Ausland, vor allem England, auf Kosten des Vaterlandes heraus und beschimpft seine eigenen Volksgenossen, die sich erdreisten, etwas zu besitzen und die Volksaushebung abzulehnen.“

Nachdem auf diese Weise der Hirschtupfersche Harmoniefreund vom Reichsverband erledigt worden ist, kriegt ein Göttinger Professor, Dr. Buxtel mit Namen, sein Teil. Herr Buxtel hot in einer Versammlung der Nationalliberalen gesagt, daß die Sozialdemokratie nicht richtig bekämpft werde. Die „Wahlkorrespondenz“ fühlt sich dadurch getroffen und schilt den Professor, daß er eine „ziemlich krause Weisheit“ vorgetragen habe. Nur ein deutscher Professor, dem die Sozialdemokratie trotz seiner Gelehrtheit ein Buch mit sieben Siegeln geblieben sei, könne ein so verkehrtes Urteil über die Umsturzpartei haben!

Wählen die Postunterbeamten rot?

Die antisemitische „Staatsbürgerzeitung“ erklärte leiblich, daß die Unterbeamten, vornehmlich die der Postverwaltung, fast durchweg einen roten Stimmzettel abgeben, ohne deshalb sozialdemokratisch zu sein. Die Schuld an diesem Zustand wurde von dem antisemitischen Blatt der Postverwaltung und ihrer mangelnden sozialpolitischen Fürsorge zugeschrieben. Darauf antwortet nun die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, daß die erste Behauptung der „Staatsbürgerzeitung“ eine schwere Verunglimpfung und Beleidigung des ehrenwerten Standes der Unterbeamten sei. Die Ausführungen der „Staatsbürgerzeitung“ hätten aber auch eine völlige Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse bewiesen, da die Postunterbeamten nicht ungünstiger gestellt seien, als alle anderen Unterbeamten der Reichs- und preussischen Postämter.

Daß man die freie Ausübung des geheimen Wahlrechts als eine Herabsetzung des „ehrenwerten Standes der Unterbeamten“ hinstellt, wird die Unterbeamten noch nicht dazu bestimmen, die Kreuzungspolitik der Postverwaltung und ihrer Verbündeten zu unterstützen und die Gelüste der Arbeiterfeinde nach einer Antastung des Koalitionsrechtes durch Abgabe schwarz-blauer Stimmzettel zu ermuntern!

Die Reichstagswahl ist geheim!

Dieser Verfassungsbestimmung will auch die mecklenburgische Regierung zum Durchbruch verhelfen. Die Regierung in Schwerin hat über die Beschaffenheit der Wahlurnen folgendes verfügt:

„In Ansehung der Wahlurnen wird noch besonders darauf hingewiesen, daß hierzu nur solche genügend großen Gefäße zu verwenden sind, welche es gestatten, die Umschlüge mit den Stimmzetteln durch den Spalt im Deckel des Behältnisses so einzuwerfen, daß ein Aufeinander der Stimmzettel der Wahlumschlüge unmöglich ist. Suppenterrinen, Zigarrenkästen und dergleichen dürfen hiernach nicht zur Verwendung kommen.“

Kinder in der Wahlbewegung.

Aus Ludau im Wahlkreise Salau-Ludau wird berichtet: Hier kann man die Beobachtung machen, daß schulpflichtige Kinder zum Verteilen der Flugblätter des Reichsverbandes verwendet werden. Als die Kinder nach ihrem Auftraggeber gefragt wurden, gaben sie den Herrn Rektor der Knabenschule, A. H. i. e. n., an. Nicht genug damit, daß dieser Herr die Kinder in Ludau zum Flugblattverteilen verwendet, auch vom Schulbesuch werden sie dispensiert, um nach den umliegenden Dörfern Flugblätter zu tragen. Willige Wahlarbeit!

Wucher und Sozialdemokratie.

Der „nationale“, „patriotische“ Ordnungsstreik, dies konfessionsantifemisch-nationalliberale-Zentrumsorgane, lebt von Lügen, Hausidien, in breiterer Öffentlichkeit längst widerlegter Schwindel über die Sozialdemokratie leitet in ihren Flugchriften und Zeitungen immer wieder. Die perfide Absicht, die damit verfolgt wird, ist klar. Man hofft, durch die schamlose Wiederholung alberner Erfindungen die Aufmerksamkeit der Wähler abzulenken vom Ernst der wirtschaftlichen, durch die Deutepolitiker vermehrten Notlage, von den Gelüsten der bürgerlichen Parteien nach neuen Deutungen auf die Taschen des arbeitenden Volkes und von ihren Plänen gegen die schmalen Rechte des Volkes. Daneben handeln die auf die Dummheit der Albernsten spekulierenden Verleumdungspolitiker nach dem alten Gauversatz: Verleumde dreißig, hängen bleibt immer etwas.

Wir greifen heute eine der frechen Wählügen heraus. Sie geht dahin: die Sozialdemokratie habe gegen die Wuchergesetze gestimmt.

Allenmäßig steht fest, daß die Sozialdemokratie für beide Wuchergesetze (1890 und 1893) gestimmt hat. Wir legen dies nochmals an der Hand der stenographischen Berichte dar.

Das erste Wuchergesetz ist im Jahre 1890 im Reichstage behandelt. Zu diesem durchaus unzulänglichen Wuchergesetz nahm von sozialdemokratischer Seite nur der Abgeordnete Kaiser das Wort. Er führte in der Sitzung des Reichstages vom 20. April 1890 aus (S. 835 Sten. Ber.):

„Meine Herren, ich nehme nur deshalb das Wort, weil in einem Teil der gegnerischen Presse zur Zeit unserer Wektritätszeit (bekanntlich waren damals die sozialdemokratischen Zeitungen durch das Sozialistengesetz unterdrückt) und Vorwürfe gemacht worden, daß wir gar nicht unsere Stellung zu dieser Frage klarlegen und uns gar nicht dieser Sache annehmen schienen.“

Zum Schluß führte der Abgeordnete Kaiser dann aus (S. 837 Sten. Ber. Sp. 1):

„Wenn ich zum Schluß komme, so gelange ich zu dem Resultat, daß, so sehr ich überzeugt bin, daß in der heutigen Gesellschaft die Tätigkeit, die Notlage des Rebenmenschen auszubehüten, sonst ringsum bestehen bleibt, ich doch trotz aller meiner Lebenden mich mit der Vorlage befreunde. Ich wiederhole, ich habe große Bedenken gegen die Rechtsprechung, weil der Richter das richtige Verständnis für das was Wucher ist, nicht hat. Aber trotz aller Bedenken erkläre ich, daß ich hier, wo mir die rodelte und abscheuliche Form der Ausbeutung entgegentritt, zur Befreiung dieser Form beitragen will. Ich hole das Gesetz für ein solches, das den Kermeren vor dem Reichen so viel als möglich schützen soll und welches eine Rücksichtnahme zu sein scheint auf die öffentliche Meinung, die wir in den vergangenen Jahren durch unsere Agitation, indem wir ja fortwährend auf das Unrecht der Ausbeutung des notleidenden Menschen aufmerksam machten, hervorgerufen haben. Ich werde also für das Gesetz stimmen.“

Demensprechend stimmte Kaiser und stimmten sämtliche sozialdemokratischen Abgeordnete, die bei der Abstimmung zugegen waren, für das Wuchergesetz vom Jahre 1890.

Wie steht es mit der Wuchergesetznovelle vom Jahre 1893?

Die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zur Wuchergesetznovelle von 1893 kennzeichneten im Plenum des Reichstages Frohme (Sten. Ber. S. 655, 1842), Kunert (Sten. Ber. S. 2059) und Stadthagen (Sten. Ber. S. 1842, 1848, 1941, 1943, 2053, 2065, 2069), in der Kommission Frohme und Stadthagen. Sie erklärten, daß das Gesetz zur Bekämpfung des Wuchers und der Ausbeutung in jeder Form durchaus nicht genüge und nicht genügen könne, die heutige Gesellschaftsordnung sei nicht imstande, den Wucher zu beseitigen, da sie auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgebaut sei. Wenn aber auch der Wucher erst aufhören könne in dem Augenblick, wo die Ausbeutung durch Vergewaltigung der Arbeitsmittel in sozialdemokratischem Sinne unmöglich werde, so könne doch auch innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung viel mehr zur Befreiung des verberblischen, verwerflichen und verächtlichen Wuchers gesehen, als der Gesetzesentwurf vorschlägt. Es sei möglich und erforderlich, auch den nicht gewohnheits- und gewerbsmäßigen Wucher, auch den Arbeitervertragswucher, wie er sich in der Ausbeutung des Arbeiters durch besonders niedrige Löhne, durch Koalitionsbeschränkungen usw. zeige, ferner den Miets-, den Agenten- und Vermittler-, den Grund- und Boden-, den Pfandleih-, den Zoll- und Steuerwucher zu treffen und durch Richter, die aus dem Volk genommen und durch dasselbe gewählt seien, gegen die arbeitende Klasse gerichteten Wucher zu treffen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten stellten nach dieser Richtung hin in der Kommission und im Plenum Anträge. Biewohl die meisten derselben abgelehnt wurden, stimmten die Sozialdemokraten, Mann für Mann, geschlossen für das Gesetz, das wenigstens den Anfang dazu machte, den Wucher als etwas Unmoralisches zu kennzeichnen.

Ueber die Stellung der Sozialdemokraten zu dieser Wuchergesetznovelle äußerte sich recht charakteristisch der damalige Vorsitzende der Wuchergesetzkommission, nachmaliger Präsident des Reichstages, der Zentrumsabgeordnete Freiherr v. Busl-Berenberg (S. 1851 der Sten. Ber.) auf eine Verurteilung des Herrn v. Bar, Mitgliedes der freisinnigen Partei, die gegen das Gesetz eintret:

„Der Herr Redner hat neu vorgeschützt, daß wir uns zu hüten hätten, Gesetze zu machen, die eine Verstärkung des faszialistischen Gedankens seien und daß uns schon der Umstand feuhig machen mühte, daß die Sozialdemokraten sich für diesen Gesetzesentwurf so sehr ins Zeug werfen. Ich muß gestehen, das schredt mich nicht ab. Ich prüfe und entscheide objektiv. . . ; indem wir den berechtigten Kern der Sozialdemokratie aus der Welt zu schaffen suchen und ihre Forderungen, soweit sie berechtigt sind, befriedigen, stützen und fördern wir nicht, sondern bekämpfen wir den faszialistischen Gedanken am wirksamsten. Wenn der Herr Redner aber daran noch die Bemerkung geknüpft hat, man mühte noch einen Schritt weiter gehen und dem Antrag Stadthagen beistimmen, daß der Wucher durch Volksgerichte abgeurteilt werde, so erkläre ich jetzt schon, daß ich auch ohne diese Bemerkung auf diesen Punkt zu kommen gedächte, und zwar zustimmend. Ich hätte gar nichts dagegen, sondern im Gegenteil, ich würde es sogar für zweckmäßig halten.“

Von der Abstimmungen Waren zwei in zweiter Lesung namentlich, nämlich die Abstimmung über den Hauptparagrafen des Gesetzes § 302c und über Artikel 4. Die Abstimmung über § 302c befindet sich Seite 1907 der stenographischen Berichte über die Sitzung vom 18. April 1893. Sämtliche sozialdemokratische Abgeordnete stimmten mit ja. In der Abstimmung über Artikel 4 stimmten die Sozialdemokraten (mit den Nationalliberalen und den Konservernativen Camp und von Stumm) gegen Artikel 4, weil dessen Fassung unannehmbar war. Das sah die Antrogsteller selbst ein, darauf wurde zwischen zweiter und dritter Lesung eine andere Fassung für Artikel 4 in einer freien, von allen Parteien besuchten Kommission vereinbart. Diese Fassung war von Stadthagen vorgeschlagen. Sie wurde von den Abgeordneten v. Busl (Z.), Hüfing (natl.), Giese (L.), Fahr (L.), Kintelen (Z.) und Singer (Soz.) als Antrag auf Nr. 191 der amtlichen Druckfachen eingebracht. Für diese zum Gesetz erhobene Fassung stimmten natürlich auch die Sozialdemokraten. Ebenso stimmten sie bei der Schlußabstimmung für das gesamte Wuchergesetz von 1893.

Wenn ist die jetzt wieder aufgewärmte Lüge über die Abstimmung der Sozialdemokraten zu den Wuchergesetzen ins Leben gerufen?

Im Jahre 1897 erschien sie in Nr. 74 der vom Pastor Hülle redigierten Flugblattzeitung und in dem „Politischen Handbuch für nationalliberale Wähler“ S. 538 und 551 unseres Wissens das erste Mal. Sofort nagelte der „Vorwärts“ die Lügen fest. Die Blätter der verschiedenen Parteirichtungen, auch die „Nationalzeitung“, gaben darauf im Herbst 1897 an, daß die Sozialdemokratie stets gegen Wucher aufgetreten und für die beiden Wuchergesetze eingetreten ist. Nur der evangelische, vor kurzem verstorbene Pastor Engel vom „Reichsboten“ beharrte in seinem Kampf mit der Wahrheit. Der „Vorwärts“ hängte diese Unberstorbendheit zu Lügen und zum Lügen aufzufordern“ am 17. Oktober 1897 niedriger und führte die in Betracht kommenden Seiten der stenographischen Berichte an. Nunmehr gab auch der Pastor Engel sein Beharren in der Unwahrheit auf.

Der Hülle-Schwindel kam auch im Reichstage zur Sprache. Dort erklärte der Staatssekretär Graf v. Beselowsky am 13. Dezember 1897 (Seite 175, Spalte B, Seite 19 bis 14 von unten):

Nachdem ich eine Anzahl Zitate aus den Hülle'schen Schriften in den Zeitungen gelesen habe, habe ich mir allerdings gesagt, daß einzelne Behauptungen darin sind, die ich für tatsächlich unrichtig halte, wie z. B. die Behauptung, die Sozialdemokratie habe den Wucher begünstigt. Das ist eine Behauptung, die absolut nicht aufrecht zu erhalten ist.

Dann verurteilte unseres Wissens die Mär über die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie zum Wuchergesetz. Sie tauchte 1903 in einigen Lügenflugblättern wieder auf. Der Sekretär des Abgeordneten Freiherrn Hehl zu Herrndheim verleierte diesen, am 26. Januar 1904 (Seite 520 C der Sten. Ber.) folgenden Witzstich zu verzapfen:

„Die Sozialdemokratie hat im Jahre 1894 sogar gegen das Wuchergesetz gestimmt. Das, meine Herren, ist mir das aller-aussäglichste. Das versteht auch der sozialdemokratische Arbeiter nicht, warum die Sozialdemokratie gegen das Wuchergesetz gestimmt hat.“

Ihm wurde unbarmerzig im Reichstage am 13. Februar 1904 (Stenographischer Bericht Seite 945—950) und am 15. Februar (Stenographischer Bericht Seite 975 und 976) „an der Hand der Akten dargelegt, daß seine Behauptungen Wort für Wort, von Anfang bis zu Ende, das absolute, allenmäßig nachweisbare Gegenteil der Wahrheit“ waren. Die Zeitungen aller Richtungen mühten das damals zugeben.

Der Gottentatensblock im Jahre 1907 wärmte in einem in der Offizin des „Berliner Lokalanzeigers“ gedruckten, wohl aus dem Wilton-Sammellonds bezahlten Flugblatt, als dessen Verleger ein Herr Paul Köhler, Berlin SW.11, zeichnete, dennoch die alte Lügenmähr auf. Der „Vorwärts“ nagelte das Schwindelblatt an.

Der freche Schwindel verstumte. Zum Leben ist er wieder von dem führenden Organ der Zentrums-Partei, der „Germania“, gerufen. Das geschah 1909, bald nachdem das Zentrum sich den Konservernativen als Vasallen verschrieben hatte. Und jetzt gehen die edlen Schnapsbrüder, Zentrum wie Konservernativ, in mehreren Flugblättern mit der Lüge über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Wuchergesetzen abermals häusieren. Ein englisches Sprichwort sagt: Wenn er an einer Lüge erstickt könnte, so mühte er jetzt erstickt sein. Der „nationale“, „patriotische“ Ordnungsstreik, dessen Haupttruppe jetzt das Zentrum stellt, lebt von Lügen. Darum ist er an den hundertsten, von ihm in die Welt gesetzten, noch nicht erstickt.

Und mit solchem Lügenpack muß sich die Sozialdemokratie immer von neuem herumtschlagen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Dezember 1911.

Ein zutreffendes Urteil des Zentrums über die Konservernativen.

Die Konservernativen sind Kalmipatrioten, treten nur für die Interessen der Großen, gegen die Interessen des Kleinbauern, des Kleinhandlers und der Arbeiter ein. Wer den Konservernativen Wahlhilfe leistet, bewirkt, daß das Geld des Volkes bald vollständig in die Tasche der Großgrundbesitzer und der Unternehmer gleitet — das ist die zutreffende Ansicht des Zentrums von ehemals. Seit zehn Jahren und heute freilich leeren Konservernativ und Zentrumslente gemeinschaftlich die Taschen des erwerbstätigen Volkes zugunsten der reichen Großgrundbesitzer, Großunternehmer und Börsenleute und wenden sich gegen die schmalen Rechte des Mittelstandes und der Arbeiterklasse. Die Ansicht des Zentrums über die Konservernativen bleibt trotzdem zutreffend, ist heute nur auch auf das Zentrum auszubehnen.

Die ehemalige Ansicht des Zentrums über seinen konservernativen Modbruder ist mehrfach in Wort und Schrift niedergelegt. Zitiert sei nachstehender Passus aus einem Wahlflugblatt vom Jahre 1898 zugunsten des damaligen Zentrumskandidaten Herrers Dr. Stephan im Kreise Niederbarnim. Dort heißt es wörtlich:

„Bei früheren Wahlen habe ich vielleicht aus Patriotismus konservernativ gestimmt. Für das ärmere Volk war dies ein Unglück, weil diese nur die Interessen der Gornehmeren vertreten und die Besserung der Lage des gewöhnlichen Mannes mit allem Nachdruck aufhalten. Wähler Niederbarnims, ein falscher Patriotismus! Und habt Ihr gesehen, was ein solcher Patriotismus einbringt? Wenn Ihr weiter in dieser Weise patriotisch seid, kommt nach und nach euer Geld vollständig in die Taschen der Konservernativen und Großunternehmer. Sellen hat die konservernativ Partei ein Gesetz begünstigt, das der zunehmenden Notlage des Volkes, des Arbeiters, des Kleinbauern, des Kleinhandlers gesteuert hätte.“

Sehr treffende Worte. Und mit diesen Ausbeutern der wirtschaftlichen Notlage und politischen Rechtslosigkeit des Volkes geht das Zentrum als eifriger Helferdhelfer Hand in Hand. Wer die Ausplünderung und Verhergung Deutschlands durch die Ritter und Heiligen hemmen und beseitigen will, muß am 12. Januar sozialdemokratisch wählen.

Die Pläne unserer Kolonialfeyer.

Wir haben ja erst kürzlich dargelegt, daß der eingehandelte Fegen „Neu-Kamerun“ nicht etwa eine endgültige Abrundung unseres afrikanischen Kolonialbesitzes darstellen würde, sondern nur einen ersten Wiffen, der den Appetit auf weitere ganz andere Erweiterungen erst recht rege machen werde. Die freikonservative „Post“ rückt denn auch bereits mit den wirklichen Plänen und Forderungen unserer Kolonialfeyer heraus. Sie geht „auf Ganze“ und verlangt nichts weniger, als daß ganz Mittel-Afrika vom Atlantischen bis zum Indischen Ozean in ein einziges zusammenhängendes deutsches Kolonialgebiet verwandelt werde!

Am liebsten wäre es ja dem Blatte, wenn Deutschland in Südamerika Ansiedelungsland erwerben könnte. Das geht aber nicht, solange wir nicht den Willen und die Kraft haben, einen Weltkrieg mit den Nordamerikanern zu führen. Auch Marokko sei „zunächst (!) als deutsches Ansiedelungsland verloren“. Also ganz gibt die brave „Post“ auch Marokko noch nicht auf, ebensovienig wie ein Weltkrieg mit den Vereinigten Staaten ihr ganz außerhalb aller Möglichkeiten zu liegen scheint! Immerhin will ich das Blatt fürs erste dahin bescheiden, daß nur Portugiesisch-Angola, Portugiesisch-Mosambik bis zum Sambesi und dann, zur Verbindung des deutschen Koloniallandes an der West- und der Ostküste, auch das belgische Kongogebiet von Deutschland annektiert werde!

Die „Post“ glaubt, daß Angola und Mosambik ganz leicht zu haben seien. Durch den Delagoa-Vertrag vom Jahre 1888 sei mit England bereits dahin ein Abkommen erzielt, daß bei einer Liquidation des portugiesischen Kolonialgebietes Deutschland Angola und die nördliche Hälfte von Mosambik erhalte. England habe freilich Deutschland „betrogen“ und den Portugiesen das nötige Geld geliehen, um seine gerüttelten Kolonien noch eine Zeitlang behaupten zu können. Durch den Sturz des portugiesischen Königtums sei die Frage der Aufteilung der portugiesischen Kolonien jedoch wieder aktuell geworden. Man müsse eben „Herrn Grey und Asquith jetzt beim Wort nehmen und die Liquidation des portugiesischen Kolonialgebietes verlangen“. Man dürfe auch nicht länger warten, sondern „das Eisen schmieden, so lange es noch warm ist“. Das deutsche Volk sehne sich „nach neuen Zielen und neuen Taten“. Als solches Ziel aber erscheine die Forderung: „Mittel-Afrika deutsch!“ Sei dieses Ziel erreicht, so werde Deutschland einen afrikanischen Kolonialbesitz haben, der sechzehnmal so groß sei wie das Deutsche Reich!

Daß die Ausgaben für unsere Kolonien, die jetzt schon jährlich — ohne eine Schuldverzinzung von hundert Millionen — 30 Millionen Mark jährlich ausmachen, dann ins Äußerste anwachsen würden, kümmert natürlich die „Post“ nicht. Ebenso schnuppe ist ihr, daß jedes derartige Kolonialabenteuer die Gefahr des Weltkrieges von neuem herauf beschwören werde! Das deutsche Volk aber, das derartig über die wirklichen Pläne unserer Kolonialtreiber aufgeklärt ist, wird am 12. Januar dafür sorgen, daß die weltpolitische Karte nicht in den Himmel wächst!

Die Opfer der Weltpolitik.

Wir haben erst kürzlich dokumentarisch nachgewiesen, wie täglich das Deutsche Reich, das jährlich weit über 1½ Milliarden Mark für die Zwecke des Militarismus und der Weltpolitik ausgibt, für die Söhne des Volkes sorgt, die auf den Schlachtfeldern ihre gesunden Glieder und ihre Gesundheit gelassen haben. Nicht einmal für die bedürftigen Veteranen aus dem deutsch-französischen Kriege haben die bürgerlichen Parteien ausreichende Mittel zur Unterstützung bewilligt; da ist es kein Wunder, daß auch die invaliden Kolonialkrieger auf die private Wohltätigkeit angewiesen sind. Folgendes „sitzungsprotokoll“ des Zirkulars, das von dem eingetragenen Verein „Kolonialkriegerbund“ gegenwärtig versandt wird, gibt Aufschluß darüber, welcher Lohn derer harret, die in den Kolonialkriegen ihre Gesundheit eingebüßt haben:

Um Hochwohlgebornen

beehrt sich der unterzeichnete Kolonialkriegerbund mit der Bitte, seine Bestrebungen freundlichst unterstützen zu wollen, folgendes ganz ergebend zu unterbreiten:

Der Kolonialkriegerbund E. V. hat gemäß seiner Satzungen den Zweck, ehemalige Kolonialkrieger und ihre Angehörigen zu unterstützen, insbesondere in Fällen der Not durch Geldspenden, und in Krankheitsfällen, durch Gewährung ärztlicher Hilfe und Verabfolgung von Arzneien helfend eingzugreifen. Der Verein ist am 18. Februar 1900 begründet und am 27. Dezember 1900 in das Vereinsregister beim königlichen Amtsgericht Berlin-Schöneberg eingetragen worden.

Wozu ist die Not unter den Kolonialkriegern?

Die Taten unserer tapferen Kolonialkrieger im verflohenen Jahrzehnt sind dem deutschen Volke wohlbekannt und noch in frischem Gedächtnis. Viele der Tapferen haben ihr Leben gelassen und weit über den Meeren ihre letzte Ruhestätte gefunden. Ohne ihrem Andenken!

Sehr groß ist aber die Zahl derer, die nach Beendigung der Feldzüge und des Dienstes in den Kolonien in die Heimat zurückgekehrt sind und durch ungesundes Klima, durch Kriegstrapazen und Krankheiten aller Art, schwere, oft dauernde Schäden an ihrer Gesundheit erlitten haben.

Schwer, aber nicht schwer ist es, diesen braven Leuten in der Heimat Arbeit zu verschaffen!

Und ist dies schließlich doch gelungen, so sind sie meist nicht in der Lage, den an sie gestellten Anforderungen zu entsprechen; Fieberanfalle haben den Körper geschwächt und die Erkrankung des Herzens, die so häufig als Folgeerscheinung des längeren Aufenthaltes in den Tropen auftritt, macht ihnen den Wettbewerb mit den im Heimatlande gebliebenen Angehörigen ihres Gewerbestandes oft unmöglich.

Wenn nun auch der Staat für die Krieger sorgt, so reicht doch in vielen Fällen die gefehlmäßige Fürsorge nicht aus, weil die zur Verfügung stehenden Mittel beschränkt sind.

Wir hoffen, daß hier, wie in so vielen anderen Fällen, die private Wohltätigkeit einsetzt.

Der Kolonialkriegerbund hat seit den drei Jahren seines Bestehens, soweit es geringen Mittel gestattet, bereits vielfach versucht, die große Not unter den Kolonialkriegern zu lindern. Aber die Zahl derer, die sich hilfesuchend an ihn wendet, wird naturgemäß von Jahr zu Jahr größer, und je älter die Krieger werden, desto reichlicher Mittel sind notwendig. Mühten sich in verflohenen Jahre über 150 hilfesuchende abgewiesen werden, denen auch nicht die geringste Unterstützung gewährt werden konnte!

In dem Zirkular wird weiter mitgeteilt, daß der Kronprinz dem Verein 13 500 M. überlassen habe, der dem Kaiser zu seinem 25-jährigen Regierungsjubiläum als Stiftung zur Unterstützung erwerbsunfähiger Kolonialkrieger überreicht werden solle.

Wenn wirklich einige hunderttausend Mark zusammenkommen sollten, so wird das doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein sein, da unsere Weltpolitik fortlaufend die Gesundheit von Tausenden vernichtet und erst recht ungeheure Opfer an Volksgesundheit

berstürzen wird. Wenn erst die schönen weltpolitischen Pläne unserer Kolonialphantasten zur Verwirklichung gelangen! Trotz des „Kolonialkriegerbunds“ wird also der Dank für die Kolonialkrieger Not und Hunger sein, ein Dank des Vaterlandes, den ja auch die Kriegsveteranen aus dem deutsch-französischen Kriege hinlänglich zu kosten bekommen haben!

Dem Verdienste seine Orden.

Wilhelm II. hat Herrn v. Alderlen-Wachter die „Brillanten zum Roten Adlerorden erster Klasse“ verliehen. Das ist eine deutliche Sanktionierung der Kongospolitik, ist doch auch Weismann schon ausgezeichnet worden, wenn auch nur mit einer Baste. Des Kronprinzen Kundgebung für den Heubehrschützen „Wahlpatriotismus“ hat nicht den rechten Zeitpunkt erwirkt. Darum ist aber für die Kriegspartei noch aller Tage Abend gekommen. Das Volk wird weiterhin für die Aufrechterhaltung des Friedens sorgen müssen.

Die Sozialdemokratie als treibende Kraft der Sozialpolitik.

Die Wahrheit dieses Satzes haben auch Gegner schon oft anerkennen müssen. Ohne die Sozialdemokraten würde sich niemand um die Armen und Entrechteten kümmern. Ein an sich wenig bedeutender, aber immerhin bezeichnender Vorfall bestätigt dies aufs neue. Die Gemeindefürsorge in Regensburg, deren Lohnverhältnisse außerordentlich mäßig sind, hatten schon im Mai die Stadterweiterung um eine Teuerungszulage gebeten, aber keine Beachtung gefunden. Ran ist vor einigen Wochen der erste Sozialdemokrat, Genosse Wunderlich, in das Gemeindefolgeamt eingedrückt. Zu seinen ersten Handlungen gehörte es, den übergebenen Antrag der städtischen Arbeiter wieder aufzunehmen, der nun allgemein Anklang fand. Die liberalen Redner erkannten an, daß die städtischen Arbeiter sich in einer großen Notlage befinden, ein dem Zentrum angehöriger Kassenarzt verteidigte die Teuerungszulage mit den erbärmlichen Wohnungsverhältnissen der Arbeiter, ein anderer Zentrumsmann sprach von einer „wohlgegründeten Teuerungszulage“. All diese Gründe bestanden natürlich nicht erst seit heute, und sie sind auch den bürgerlichen Vertretern nicht erst jetzt bekannt geworden; aber solange der sozialdemokratische Antreiber fehlte, hat kein Mensch einen Finger gerührt.

Deutsch-japanischer Handelsvertrag.

Nachdem der Reichstag dem dem Bundesrat mit Wirkung vom 17. Juli d. J. in Kraft getretenen neuen deutsch-japanischen Handelsvertrag seine Zustimmung erteilt hat, sind zwischen dem auswärtigen Amt und der Berliner japanischen Botschaft heute Noten ausgetauscht worden, denen zufolge beide Regierungen von dem Recht, den Vertrag und das zugehörige Zollabkommen zum 31. Dezember 1912 zu kündigen, keinen Gebrauch machen werden.

Drei reichsländische Landtagsmandate kassiert.

Der zuständige erste Senat des Oberlandesgerichts Colmar i. E. hat am Samstag, den 23. d. Mis., über fünf Wahlkreisprüche verhandelt und dabei zwei Wahlen für gültig erklärt, in drei Fällen jedoch deren Einspruch stattgegeben und die in Frage kommenden Mandate zur zweiten Kammer des elsässisch-lothringischen Landtages für ungültig erklärt. Wegen die Entscheidung gibt es keine Berufung. Für gültig erklärt sind zwei Zentrumsmandate, die annullierten Mandate sind die der Abgeordneten Alfred Wolf (liberal) für Sully und W. Wörth, Zimmer (lothringischer Block) für Driedenhofen-Groß-Gettingen und Gessmann (Zentrum) für Wittich-Rohrbach-Wolmünster. Der liberale Alfred Wolf, ein Bruder des zweiten Vizepräsidenten der zweiten Kammer und Vorsitzenden der liberaldemokratischen Fraktionsgemeinschaft Georg Wolf, war erst bei der Wahl vom 20. Oktober gewählt worden und zwar mit einer Mehrheit von 12 Stimmen. Seine Wahl mußte für ungültig erklärt werden, da nachgewiesen wurde, daß 11 Personen die Stimme abgegeben hatten, die nach dem reichsländischen Landtagswahlgesetz nicht wegen Diebstahls in den letzten fünf Jahren bestraft nicht wahlberechtigt sind, sowie zwei Personen, die die Voraussetzungen der Wahlberechtigung in der Wohnortklausel nicht erfüllen, ferner daß in einer Gemeinde (Reffenach) eine Wahlurne benutzt worden war, die den Boden in der Mitte hatte und zwei Einschnitte besaß, wodurch es möglich gemacht wurde, beim Umkehren der Urne in der einen Abteilung der Urne die Stimmen der Katholiken und in der anderen Abteilung die Stimmen der Protestanten zu sammeln und bei gesondelter Aufzählung zu kontrollieren. Daß etwas Derartiges wirklich geschah, konnte zwar nicht nachgewiesen werden und das Gericht bezeichnete den Vorgang als „belanglos“, aber wohl nur deshalb, weil schon durch die nachgewiesene Unrichtigkeit der Wahlliste die Mehrheit von 12 Stimmen sich in eine Minderheit verwandelte.

Ebenfalls formelle Verstöße sind's, die die Kassierung der Wahl des Lothringers Zimmer im Gefolge hatten. Mehrfach waren die Wahllisten nicht entsprechend den gesetzlichen Vorschriften angelegt worden, es waren noch Schlupf der Auslegungsfreiheit auch ohne formellen Einspruch noch Namen hinzugefügt oder gestrichen worden, in einem Falle hatten sich während der Wahlhandlung der Vorsitzende des Wahlvorstandes und sein Stellvertreter gleichzeitig an dem Wahllokal entfernt usw. Das Gericht entschied hier, daß zwar nicht jede Wahlvorschrift absolut bindend sei, ein so wichtiger Verstoß aber wie die gleichzeitige Entfernung zweier leitender Mitglieder des Wahlvorstandes an dem Wahllokal, oder wie die weiter nachgewiesene Nichtverpflichtung eines Weisigers im Wahllokal durch Erklärung an Absicht auf die Ungültigkeit der Stimmen führen, die an dem Orte des Verstoßes auf den Mehrheitskandidaten gefallen sind. Der Abgeordnete Zimmer aber hatte nur eine Mehrheit von 151 Stimmen.

Die Annullierung des Mandates des Zentrumsgewählten Gessmann endlich im 60. (dem letzten) Wahlkreis Wittich-Rohrbach-Wolmünster erfolgte wegen erwiesener unzulässiger Wahlbeeinflussung durch die Geistlichkeit in einer ganzen Reihe von Orten. Das Gericht sprach hier die Ungültigkeit der Wahl aus, obgleich der gewählte Abgeordnete mit 3378 gegen 2268 Stimmen des Kandidaten vom Lothringer Block und 520 des sozialdemokratischen Gegenkandidaten erfolgt war, also mit einem Mehr von 589 Stimmen aus der Urne hervorging. Der Reichsbescheid des Gewählten, Justizrat Dr. Klein in Colmar, hatte es als die Pflicht der Geistlichen bezeichnet, die großen Fragen der Vertikalisierung des Menschen in der Politik zu prüfen und dementsprechend die Wahlen zu beeinflussen, da der gläubige Katholik nur das Lebensziel habe, Gott zu dienen, und da er demgemäß im Staate ein Werk göttlicher Vorsehung erblicke. Demgegenüber stellte das Gericht fest, daß die Geistlichen in einer großen Reihe von Gemeinden Mittel gebraucht hätten, die den Gesetzen der Sittlichkeit und Moral nicht entsprechen, die Geistlichen hätten vielfach weit über ihre seelsorgerischen Befugnisse hinaus gehandelt, indem sie die Freiheit der Wahl beeinträchtigten.

Die Klage hat diese Sektion verdient. Die unerbörten Treiben bei diesen Landtagswahlen dürfte der politischen Partei der Geistlichkeit, dem Zentrum, dem dieses Treiben zu dem so stolz verkündeten Wahlerfolg verhalf, in den noch ausstehenden weiteren Wahlkreisprüchungsverhandlungen noch ein paar Mandate kosten. Von den elf sozialdemokratischen Mandaten ist keines mehr angefochten.

In der Strafsache gegen I. den Redakteur Richard Barth in Berlin, Adalbertstr. 20, geboren am 10. November 1882 in Jüntenau, Kreis Weimar, Dissident, 2. pp. wegen Freibeildigung hat die I. Strafkammer des königlichen Landgerichts I in Berlin am 3. Mai 1911 für Recht erkannt: Die Angeklagten werden wegen öffentlicher Beleidigung und zwar Barth zu einem Monat Gefängnis pp. verurteilt. Den Eisenbahndirektions-Präsidenten in Berlin und Breslau wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung der Angeklagten auf deren Kosten innerhalb vier Wochen nach Zustellung einer Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils im „Vorwärts“ an der nämlichen Stelle, wo die Veröffentlichung des beleidigenden Artikels erfolgt ist, und in demselben Druck, sowie im „Bedruf“ öffentlich bekanntzumachen. Alle Exemplare des „Vorwärts“ und der „Eisenbahn“, welche den beleidigenden Artikel enthalten, sind insoweit unbrauchbar zu machen; ebenso die zu ihrer Herstellung bestimmten Blatten und Formen. Die Kosten des Ausfahrens fallen den Angeklagten zur Last. Die Richtigkeit der auszugehenden Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt. Berlin, den 15. November 1911. L. S. gez. Siegert, Landgerichtsdirektor, Gerichtsschreiber des königlichen Landgerichts I, Strafkammer I.

Persiens Verzweigungskampf.

Es hat nichts gekracht — weder die Bereitwilligkeit der persischen Regierung, einen Teil der russischen Forderungen anzunehmen, noch der Appell des persischen Volkes an die europäischen „Kulturstaaten“. Die russische Regierung hat, nachdem sie scheinbar einen friedlicheren Ton anschlug, die Annahme aller ihrer Forderungen durchgesetzt, während die europäischen Mächte dem Verzweigungskampf des persischen Volkes gleichgültig gegenüberstehen. Die persische Regierung hat sich angesichts der heranmarschierenden russischen Truppen schließlich gegenwärtig gesehen, vor den russischen Räubern zu kapitulieren und dazwischen zu willigen, daß der Reorganisator Persiens Morgan Shuster dabon angeht, die Berufung von ausländischen „Beiräten“ unter russisch-englischer Kontrolle gestellt und die Kosten des russischen Raubzuges von den Persern selbst bezahlt wurden. Und die nicht direkt interessierten europäischen Staaten Frankreich und Deutschland, die bisher an den persischen Angelegenheiten mitzuspüren hatten, rührten nun keinen Finger: Frankreich — um sich für die „neutrale“ Haltung Rußlands während des Marokkokonflikts erkenntlich zu zeigen, Deutschland — weil es sich seine „Kompensationen“ für die Erdrosselung Persiens schon in Potsdam geholt hat. Nur die Türkei, die durch das Vordringen Rußlands in Nordpersien strategisch bedroht wird, erhob Protest gegen die Vergewaltigung Persiens; sie vermochte aber, ihren eigenen Kräften überlassen und durch den Krieg mit Italien gelähmt, gegen den russischen Ueberfall nichts auszurichten.

Die beiden Vertragsmächte, Rußland und England, stehen nun vor dem Beginn einer aktiveren Politik in Persien, deren Endziel die Aufteilung dieses Pufferstaates ist. Bis hier hat England aus wohlverwogenen Gründen seiner asiatischen Politik dem russischen Draufgängerum ein Paroli zu bieten gesucht und sich als Verteidiger der „Integrität“ und „Souveränität“ Persiens aufgespielt. Nun sieht es sich, in der Konsequenz seines Bündnisses mit Rußland trotz bestiger Proteste einflußreicher Kreise gezwungen, die wichtigsten Hemmungspunkte einer aggressiven Politik in Persien: die strategische Stellung Indiens und die Stimmung der mohammedanischen Bevölkerung, einer allmählichen Revision zu unterziehen.

Vorerst sucht es aber seine schon stark geschädigten persischen Handelsinteressen soweit möglich in Sicherheit zu bringen und die „Mängel“ des englisch-russischen Vertrages von 1907 zu korrigieren. Schon im November, bevor Rußland den Streit gegen Morgan Shuster vom Jause brach, besetzte England nicht nur die wichtigsten Städte Südpersiens, Buschir und Schiras, sondern auch das in der russischen Einflußsphäre liegende Isfahan, das als Endpunkt der „Wachlarenstraße“ vom Persischen Golf nach dem Innern Persiens für den englischen Handel von entscheidender Bedeutung ist. Erst danach setzte das russisch-englische Spiel in Persien mit verteilten Rollen ein, das nun zur faktischen Vernichtung der letzten Ueberreste der persischen Selbständigkeit geführt hat. Schon haben die russischen Kanonen in Täbris geschrien, und die Grausamkeiten der russischen Wajschibozugs zeigen, daß die Jarenregierung auf dem besten Wege ist, die italienischen Megeleien in Tripolis in den Schatten zu ziehen.

Russische Brutalität und Heuchelei.

Petersburg, 24. Dezember. Die „Nowoje Wremja“ veröffentlicht ein Interview mit dem Chef der persischen Abteilung des auswärtigen Amtes, worin mitgeteilt wird, daß dieser an den Statthalter im Konstantin den Befehl erteilt habe, möglichst viel Truppen nach Täbris zu senden. Es handle sich um vereinzelte revolutionäre Ausbrüche in Täbris, Recht und Gesetz. Deshalb beabsichtige Rußland keinen erneuten Druck (!) In Teheran würden selbständige Maßnahmen zur strengen Bestrafung der Aufwiegler (!) an den genannten Orten getroffen werden. Der Anstand, daß die Regierung in Teheran nach Täbris telegraphisch Befehl gegeben habe, die Gewaltthätigkeiten einzustellen, sei ein neuer Beweis dafür, daß sie nicht mitschuldig sei.

Teheran, 25. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Im Einverständnis mit dem Kabinett hat der Regent den Medschlis aufgelöst.

Der Vizegouverneur von Täbris berichtet, die Russen hätten kaltblütig eine Megele unter persischen Frauen und Kindern angerichtet. Nach seiner Schätzung sind in den bisherigen Kämpfen bereits fünf hundert Perser gefallen.

Petersburg, 26. Dezember. Bei dem Minister des Aeußern ist ein Telegramm eingelaufen, in dem der russische Generalkonsul in Täbris gegen die Verleumdungen protestiert, die gegen die russischen Truppen ausgestreut worden seien. Die russischen Truppen behandelten die friedliche Bevölkerung mit Schonung (!), trotzdem die Forderungen der russischen Verbündeten grausam behandelte und die Toten geschändet hätten. Wenn in vereinzelten Fällen Unschuldige ums Leben gekommen seien, so hätte sich das nur während der Beschließung der dem russischen Lager benachbarten Häuser ereignen können, von denen aus die russische Truppenabteilung beschossen worden war.

Die Kämpfe in Täbris.

Petersburg, 27. Dezember. Laut privaten Nachrichten haben die Russen in den Kämpfen bei Täbris 150 Verwundete gehabt. Das Ministerium des Aeußern hat noch keine genauen Angaben über die Verlustziffer, gibt aber zu, daß in Anbetracht der allgemeinen Lage die Verluste bedeutend sein können. Dem kaukasischen Statthalter ist Befehl gegeben worden, eine Truppengruppe abzulommandieren, die genügend ist, um jeden Widerstand in kürzester Zeit zu brechen.

Ueberfall auf einen englischen Konsul.

Teheran, 27. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In der Nähe von Asoferun ist auf den mit einer

Großen Schutzwache indischer Reiter von Abscheu nach Schiras reisenden englischen Konsul Sward ein Ueberfall ausgeführt worden. Der Schutzwache gelang es nach erbittertem Kampfe, sich nach Kofersun durchzuschlagen, der Konsul ist jedoch spurlos verschwunden, nur sein verwundetes Pferd wurde aufgefunden. Die Verluste der Schutzwache sind nicht bekannt.

London, 27. Dezember. Wie das Reutersche Bureau meldet, bestätigen in London eingetroffene amtliche Telegramme die Nachricht von dem Ueberfall auf den britischen Konsul von Schiras, Konsul Sward. Die Verluste der Abteilung sind nicht genau bekannt, doch glaubt man, daß ein Sward (indischer Kavallerist) getötet und drei verwundet wurden, während Konsul Sward vermißt wird.

Oesterreich.

Im Dienste des Volkes.

Unter dem dunklen Titel: „Sozialpolitik im Dienste der Partei“ hat die Zentrale des österreichischen Sozialmachertums, die „Hauptstelle industrieller Arbeiterorganisationen“, ein merkwürdiges Buch erscheinen lassen: Die Initiativanträge der österreichischen Sozialdemokratie in der ersten Sitzungsperiode der 21. Session des Abgeordnetenhauses (Sommer 1911). Es ist für die Mitglieder des Herrenhauses bestimmt und soll diese für die hohen Bürokratie oder Interessentvertreter von Großgrundbesitz oder Großkapital scharf machen gegen die ernste Sozialpolitik, die von unseren Genossen im Parlament betrieben wird. Es wird daher gesagt, diese Gesetzentwürfe „beabsichtigen, die Organisation der sozialdemokratischen Partei auf gesetzlichem Wege zu stärken, die derzeitige Gesellschaftsordnung zu erschüttern und eine Krise in der Volkswirtschaft herbeizuführen, um auf diesem Wege den Boden für die Erreichung der sozialdemokratischen Ideale zu ebnen“. Viel auf einmal, genug, um die angestrichelten Vertreter des Profits und der „Autorität“, die das Herrenhaus beherrschen, um die Fortdauer der bestehenden herrlichen Weltordnung zittern zu lassen und sie gegen die bescheidenen sozialpolitischen Verbesserungen, die unsere Genossen in Würdigung der bestehenden Machtverhältnisse fordern, einzunehmen.

Wie vielseitig die positive Arbeit sozialdemokratischer Parlamentarier ist, zeigt ein Blick auf das Inhaltsverzeichnis des 256 Seiten starken Buches, das leider nicht zur öffentlichen Verbreitung bestimmt ist. Die zusammengestellten Anträge behandeln: Kürzung der Arbeitszeit — Arbeitsbuch (in Oesterreich noch für alle Arbeiter vorgeschrieben) — Kontraktbruch — Vergewaltigung — Eisenbahngesetze — Staatsbetriebe und Staatsbedienstete — Werkmeister und Industriearbeiter — Gewerbegerichte — Kartelle — Arbeiterschutz: Heimarbeit, Kinderarbeit, Arbeiterwohnungen, sanitäre Schutzvorrichtungen — Arbeiterversicherung — sonstige sozialpolitische und politische Anträge.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Rußland.

Wie man in Rußland die Immunität erlangt.

Als die sozialdemokratische Fraktion vor einigen Tagen eine Interpellation über die Ermordung des radikalen Abgeordneten Dr. Karawajew durch die Schützen in der Duma einbrachte, beizogen sich die Mehrheitsparteien, die beantragte Dringlichkeit anzunehmen, um die Interpellation nach kurzer Debatte glatt ablehnen zu können. Diese ungewöhnliche Eile ist begreiflich, wenn man den Gegenstand der Interpellation berücksichtigt. Aus den von unseren Genossen beigebrachten urkundlichen Beweisen ging hervor, daß der Nord von dem Wusensfreund des Zaren, Dr. Dubrowin, organisiert und von zwei Schützen Schaldo und Schelenko gegen einen Sold von 30 000 Rubel ausgeführt wurde, und daß dabei die jehigen eckstrussischen Dumaabgeordneten Obraszow und Solobow ihre Hand mit im Spiele hatten. Die elementarste Pflicht der Duma wäre es nun gewesen, die von den Sozialdemokraten vorgebrachten urkundlichen Beweise in der Kommission zu prüfen. Die Duma entzog sich aber dieser Pflicht, da die Prüfung der Dokumente ungewisslich ist in diese blutige Affäre hineingebracht und die Wusensfreunde des Zaren auf das schlimmste bloßgestellt hätte. Die Fehlerdienste, die die Duma in dieser Angelegenheit geleistet hat, stehen auf einer noch niedrigeren Stufe wie die Fehlerdienste der russischen Behörden, die den Anstifter des Nordes an Prof. Herzenstein, Dr. Dubrowin, den finnischen Verleumdern nicht ausgeliefert haben.

Anläßlich dieser Debatte ist von unseren Genossen eine Tatsache ans Licht gebracht worden, aus der hervorgeht, auf welche Weise allein die persönliche Unantastbarkeit in Rußland erlangt werden kann. Dubrowin hat in der Geheimföhrung in Jekaterinobsk, wo der Nord an Dr. Karawajew beschlossen wurde, u. a. erklärt, der Zar habe den früheren Ministerpräsidenten Grafen Witte verhaften lassen wollen. Dies sei aber unmöglich gewesen, da Witte im Besitz zahlreicher Briefe des Zaren sei, die bei Mendelssohn in Berlin aufbewahrt würden. Witte — so erklärte weiter der Wusensfreund Nikolaus II. — habe gedroht, daß diese Briefe im Falle seiner Verhaftung oder seines Todes sofort veröffentlicht werden würden. Vergebens habe er, Dubrowin, bisher versucht, sich in den Besitz dieser Briefe zu setzen. Ihm ständen für diesen Zweck einige Millionen (!) zur Verfügung, und er habe bereits eine Reihe von Leuten zu diesem Zweck nach dem Ausland geschickt. — Auch ein Beitrag zu der mit Blut und Schmutz geschriebenen Geschichte der Regierung Nikolaus II.

Türkei.

Der Verfassungskonflikt.

Genosse Farbus schreibt uns aus Konstantinopel: Die Regierung will das Parlament auflösen. Das Komitee ist der Urheber des Gedankens, Said Pascha will ihn durchführen. Der Großvezier erklärt, er müsse das Parlament auflösen, um Frieden schließen zu können. Das Komitee wiederum, das seine parlamentarische Majorität verloren hat, fürchtet, daß schon in der nächsten Zeit ein Koalitionsministerium gebildet werden könnte. Damit würde das Komitee seinen Einfluß auf die Beamtenenschaft verlieren. Das ist aber seine letzte Stütze. Außerdem braucht das Komitee den Regierungsschatz, um bei den nächsten Wahlen eine PreSSION zu seinen Gunsten auszuüben. Darum will es das Parlament auflösen, um den Regierungsschatz wenigstens bis nach den nächsten Wahlen in den Händen zu behalten.

Die Auflösung des Parlaments würde unbedingt eine Verschärfung der Reaktion zur Folge haben. Die Vergewaltigung des Parlaments muß zu einer Vergewaltigung der öffentlichen Meinung führen, die mit steigender Erbitterung sich gegen das Komitee und gegen die Regierung wendet. Man spricht von Einschränkungen der Presse. Vor allem wird das Kriegsgericht Strangulierungsarbeit leisten. Das Vereins- und Versammlungsleben ist auch jetzt schon in Konstantinopel durch das Kriegsgericht fast unmöglich gemacht worden.

Nun kann aber die Regierung nach der bestehenden Verfassung das Parlament gar nicht so leicht auflösen. Kommt es zu einem Konflikt zwischen der Regierung und dem Parlament, muß sich vielmehr die letztere zurückziehen. Kommt es dann aus dem gleichen Anlaß zu einem zweiten Konflikt, so kann auch dann die Regierung das Parlament nicht auflösen, sondern sie muß

dazu erst die Zustimmung des Senats haben. Die Regierung verlangt deshalb eine Aenderung des Artikels 85 der Verfassung, um dem Sultan freizustellen, nach Belieben die Kammer aufzulösen.

Wird aber das Komitee in diesem Kampf gegen das Parlament und gegen das ganze Land sich auf die Arme e stützen können? Durchaus nicht, denn die Arme e befindet sich in voller politischer Zersetzung, die durch den Verfassungskonflikt erst recht gesteigert wird. Die Macht des türkischen Staates nimmt im Quadrat der Entfernung von Konstantinopel ab. In Armenien reihen die türkischen Feudalen immer mehr die Staatsgewalt an sich. In Mesopotamien gibt es überhaupt keine staatliche Autorität. Mit dem 3. März hat die Türkei einen Vertrag geschlossen, der ihre vollständige Kapitulation vor dem Rebellen bedeutet. Der Konflikt mit dem Parlament wird die Macht des Staates diesen Elementen gegenüber erst recht schwächen und ein für die Türkei ungünstiger Friede sie zur Revolte reizen.

Es heißt freilich andererseits, die türkische Regierung werde von den Großmächten zu diesem Schritt gezwungen. Denn der Widerstand des türkischen Parlaments stehe den diplomatischen Abmachungen im Wege, zu denen neben der Okkupation von Tripolitanien durch Italien, die Freigebung der Dardanellen an Rußland zu gehören scheint. Rußland und England sollen mit der Errichtung eines Protektorats gedroht haben. Ob dies sich verwirklichen läßt, ist ein Problem mit vielen Fragezeichen; viel wahrscheinlicher aber ist es, daß die Auflösung des Parlaments Zustände erzeugen würde, bei denen das Protektorat schließlich nicht errichtet werden müßte. Die Opposition hat herausgefunden, daß die Auflösung des Parlaments der Regierung noch durchaus kein Recht gewähren würde, Frieden zu schließen, da dazu, nach der Verfassung, die Zustimmung des Parlaments nötig ist, und daß diese Zustimmung insbesondere auch noch bei Gebietsabtretungen vorgeesehen ist.

Afrika.

Neue Kämpfe in Marokko.

Kämpfe der Spanier im Rifgebiet.

Madriz, 26. Dezember. Wie ein amtliches Telegramm aus Melilla besagt, haben gestern bei Tagesanbruch fünf Kolonnen gleichzeitig die Rifleute angegriffen, die sich nach sehr heftigem Widerstande auf die andere Seite des Rifstufes zurückziehen mußten. Die Eingeborenen haben sehr große Verluste erlitten und ihre Toten, Waffen und Munition im Stich gelassen. Auf spanischer Seite wurden ein Major, drei Hauptleute und 43 Soldaten verwundet, 22 Mann getötet.

Unruhen im französischen Okkupationsgebiet.

Paris, 24. Dezember. Nach einer Mitternachtsmeldung aus Fes haben in der Gegend von Sefru neuerdings große Ansammlungen zweier aufständischer Stämme stattgefunden, welche von der Besatzung von Sefru und mehreren aus Fes abgegangenen Reiter- und Fußtruppenteilen mit beträchtlichen Verlusten in die Flucht geschlagen wurden. Die Militärbehörde beschloß, die im Besitz der Juden von Melines befindlichen Waffen- und Munitionsvorräte genau zu überwachen, da man sie im Verdacht hat, Waffenschmuggel zu treiben.

Paris, 27. Dezember. Nachrichten aus Fes zufolge herrscht unter den Stämmen in der Umgegend, die an dem letzten Aufstand beteiligt waren, von neuem eine starke Gärung. Major Brémont hat im Einvernehmen mit dem Sultan alle Maßnahmen getroffen, um eine Aufstandsbewegung zu verhindern.

Der Krieg.

Ein türkischer Angriff auf Benghasi.

Rom, 26. Dezember. (Meldung der Agenzia Stefani.) Nach einem aus Benghasi hier eingetroffenen Funkentelegramm begann der Feind gestern früh den Vormarsch auf Benghasi. Gegen 10 Uhr vormittags entwickelte sich die feindliche Schlachtlinie in einer Gesamtsärke von einigen tausend Mann mit Geschützen vor der östlichen Front der italienischen Stellungen. Das bewegte Meer machte ein Eingreifen der Schiffe unmöglich. Der Feind ging langsam in der Richtung auf Fostat und auf die italienischen Schanzen Nr. 4 und 3 vor. Als er sich ihnen auf zwei Kilometer genähert hatte, eröffneten die Italiener das Geschützfeuer und brachten den Angriff zum Stillstand. Der Feind erlitt bedeutende Verluste und zog sich bei Sonnenuntergang zurück. Die Italiener hatten keine Verluste. (?)

Türkische Repressalien.

Konstantinopel, 25. Dezember. Wie hier berichtet wird, hat die Regierung die Schließung der italienischen Banken und ähnlicher italienischer Unternehmen angeordnet.

Konstantinopel, 27. Dezember. Die Kammer hat ein Gesetz angenommen, wodurch für Waren italienischer Herkunft ein hundertprozentiger Zoll eingeführt wird. Das Gesetz stellt es der Regierung anheim, ausnahmsweise den elfprozentigen Zoll für italienischen Schwefel, der für den Weinbau unerlässlich ist, beizubehalten.

Die Revolution in China.

Das Streben nach einer erweiterten Verfassungskonferenz.

Schanghai, 26. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Friedenskonferenz richtete an den Thron das Ersuchen, seine Zustimmung zum Zusammenritt einer aus mehr Mitgliedern bestehenden und mehr repräsentativen Charakter tragenden Konferenz zu geben, die ermächtigt sein soll, über die Regierungsform zu entscheiden. Wie es heißt, hat Yuanshikai diese Vorschläge dem Thron unterbreitet, aber ihre Ablehnung angedeutet.

Autonomie der Mongolei unter russischer Oberhoheit.

Petersburg, 24. Dezember. Nach hier vorliegenden Privatmeldungen ist ein Komitee, zu dem sechs Fürsten und ein Vertreter des Dalai Lama gehören, mit der Verwaltung der Mongolei betraut worden. Die Bildung eines Ministeriums des Innern, des Außenwärtigen, des Krieges, der Finanzen und der Justiz ist in Aussicht genommen und die Bildung des Kabinetts im Gange. Für die Thronbesteigung des Cheptans Dampa Hutuktu, des Oberhauptes der buddhistischen Geistlichen, werden Vorbereitungen getroffen. Es herrscht volle Ordnung.

Sun-Yat-Sen, der Leiter der chinesischen Revolution.

Man schreibt uns: Sun-Yat-Sen ist jetzt fünfundsiebzig Jahre alt. Er war einer der ersten der jüngeren chinesischen Generation, die sich bemüht, im Ausland Kultur und Volkswirtschaft zu lernen, um dem krank daniederliegenden vierhundertmillionenreich durch Reform an allen Enden aufzuhelfen. Der Sun-Yat-Sen während seines vieljährigen Aufenthalts in Paris sah, hätte hinter diesem bescheidenen und anspruchslosen Mann nicht den Führer der Vorrevolution vermutet, der mit festen und geschickten Händen zugleich alle Fäden zusammenhielt, die sich von Paris, Berlin und London nach dem himmlischen Reich spannten.

Einfach, ohne Wichtigkeitserei und vorsichtig im Gespräch, das war der Eindruck, den er ausübte. Sun-Yat-Sen begann seine

unermüdlige Propaganda über elfundzwanzig Jahren. Anfangs predigte er friedliche, gradweise voranschreitende Reform. Das Scheitern aller Reorganisationsinfolge des jähren Widerstandes der Mandschudynastie und der Sunuchen- und Manbarinenuimwirtschaft drängte ihn allmählich die Ueberzeugung auf, daß ohne einen gewaltsamen Umschwung keine wahre Reform zu erzielen sei. Derart ward aus dem Reformator der Revolutionär. Es fehlte ihm nicht an Anhang. Die Tausende von chinesischen jungen Leuten, die in Europa das suchten, was ihnen die Heimat versagte, eine freie, liberale Erziehung, wurden rasch seine begeisterten Jünger. Nach China zurückgekehrt, nahmen sie dort die hohen Ämter und Posten ein, zu denen sie infolge ihrer privilegierten Abstammung berechtigt waren, ohne aber der Hand Sun-Yat-Sens, des Verbannten, zu erliegen. Sun-Yat-Sen war aber nicht nur die Heimkehr auf immer verboten, sondern die chinesische Regierung hatte im weitem Selbsterhaltungstrieb auf das Haupt dieses Mannes eine Belohnung ausgeföhrt, die sich auf zwei Millionen Mark belief — ein durchaus respektabler Achtungsbeweis seitens der Mandschudynastie. Es fehlte denn auch nicht an den „Bravi“, die sich Lohn und Dank durch die Ermordung Sun-Yat-Sens zu verdienen trachteten, und die Attentate auf ihn hörten nie auf. Als man Sun-Yat-Sen auf die ständig ihm drohende Lebensgefahr vor einem Jahre aufmerksam machte, sagte er zu seinem englischen Freund Barker: „Sie sollen mich töten. Keine Person war vor zehn, fünfzehn Jahren noch unentbehrlich für unsere Sache, jetzt ist dem anders. Es gibt schon viele Chinesen, die mich zu ersetzen vermögen.“

Daß es dieser Chinese mit seinen Studien ernst nahm, beweist schon seine Erlangung des Doktoritels, dann aber mehr noch sein im Jahre 1904 erschienenes Buch: „Die Lösung der chinesischen Frage.“ Hier machte er einerseits der Wirtschaft der Mandschudynastie den verurteilenden Prozeß, und andererseits entwickelte er in diesem bedeutenden Werk das ganze Programm der Revolution, wie es sich jetzt abspielt. Besonders Interesse für den Europäer haben diejenigen Kapitel dieses Buches, die den Fremdenhaß des Chinesen behandeln. Sun-Yat-Sen leugnet diese Xenophobie. Nach ihm ist der Fremdenhaß das künstlich erzeugte Produkt der Mandschudynastie.

Das politische Programm Sun-Yat-Sens weist als Hauptpunkt die Errichtung einer Bundesrepublik auf demokratischer Basis auf. Gegenüber dem Einwand, daß eine solche Demokratie der Jahrtausende alten und starken Tradition des himmlischen Reiches nicht entspreche, weist Dr. Sun-Yat-Sen darauf hin, daß gerade sein Programm die wirkliche Tradition befolge, wie sie durch den großen Konfuzius niedergelegt worden sei. Erst die Fremdherrschaft habe die Günstlingswirtschaft, die Korruption, den Despotismus und eine tyrannische Bürokratie gezeitigt, diese Krebsübel des gelben Kolosses. Der große Moralphilosoph und Politiker Konfuzius sagt in der Tat ausdrücklich: „Das Wichtigste im Staat ist das Volk; dann erst kommen die Götter. Am unwichtigsten ist aber der Herrscher.“

Letzte Nachrichten.

Massenvergiftungen von Obdachlosen.

Berlin, 27. Dezember. Hierzu erhalten wir noch in späteren Nachtstunden folgende amtliche Meldung: Nach den Krankheitserscheinungen und dem Ergebnis der Sektion einer unter den typischen Erscheinungen verstorbenen Person, handelt es sich bei den Erkrankungen im städtischen Obdach jedenfalls nicht um eine ansteckende Krankheit, sondern mit hoher Wahrscheinlichkeit um eine Nahrungsmittelvergiftung. Die Quelle der letzteren ist bisher nicht ermittelt worden; es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß es sich um Nahrungsmittel handelt, die in das städtische Obdach eingeschleppt worden sind. Es sind bis jetzt 45 Krankheitsfälle gemeldet, wovon bisher 30 tödlich verlaufen sind. In den letzten Stunden haben die Erkrankungen an Zahl und Kräftigkeit nachgelassen. Die Sperre über das Obdach, das heißt das Verbot, das Obdach zu verlassen, ist jetzt aufgehoben worden.

Türkische Siegesmeldung.

Konstantinopel, 27. Dezember. (W. L. W.) Das Kriegsministerium veröffentlicht eine Depesche, wonach die Türken und Araber am 22. d. Mts. die italienischen Stellungen in Tabruk angegriffen hätten. Es sei ihnen gelungen, in die italienischen Verschanzungen einzudringen; der Kampf habe zwölf Stunden gedauert. Die Türken und Araber hätten ein Maschinengewehr und eine Anzahl Gewehre erbeutet.

Sun-Yat-Sen Präsident der chinesischen Regierung.

Schanghai, 27. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Wutingfang und Tangshaoqi prüften heute den Vorschlag, die Entscheidung über die künftige Regierungsform einer besonderen Nationalversammlung zu unterbreiten. Mit der Ankunft Sun-Yat-Sens machte sich ein neuer bedeutungsvoller Faktor geltend. Man nimmt an, daß er morgen durch die Vertreter von achtzehn Provinzen einstimmig zum Präsidenten der provisorischen Regierung der vereinigten Provinzen von China gewählt werden, dann ein Kabinet bilden und eine Proklamation erlassen wird, in der er unter Ignorierung der Verhandlungen zwischen Wutingfang und Tangshaoqi den Mandschu und dem Hofe seine Bedingungen stellen wird.

Eine Bauernrevolte in Galizien.

Wien, 27. Dezember. (Meldung der P.-C.) Aus Czernowitz wird gemeldet: Gestern rühten über 800 Bauern des Ortes Soboda gegen das Gut Japos in der Nähe von Wisny vor, nahmen das Gut in Besitz, vertrieben die Herrschaft und Tagelöhner und richteten sich im Schlosse häuslich ein. An der Spitze der rebellierenden Bauern stand der Gemeindevorsteher. Alle Versuche, die Bauern zu veranlassen, das Gut zu räumen, waren vergeblich. Es ist Militär requiriert worden, um die Bauern von dem Gut zu vertreiben.

Die Rettungsarbeit auf See „Leutoburgia“.

Gastrop, 27. Dezember. Obschon auf See „Leutoburgia“ während der Feiertage Tag und Nacht rastlos an der Bergung der vier noch durch die Schlagweiterexplosion eingekürzten Gefleissmassen verschütteten Vergleute gearbeitet wurde, war die Bergung bisher nicht möglich. Von den sechs bei dem Unglück zu Tode gekommenen Leuten waren fünf verheiratet. Diese hinterlassen außer den trauernden Witwen zwanzig Waisen.

Offen, 27. Dezember. Auf See „Engelshurg“ wurden zwei Vergleute verschüttet; beide sind tot.

Verhängnisvoller Wirtshausstreit.

St. Ingbert, 27. Dezember. Eine in einer Wirtshaus gastierende Tiroler Sängergesellschaft geriet mit Gästen, die das Konzert hörten, in Streit. In dessen Verlauf gab der Glasmacher Weil acht Schüsse auf die Truppe ab, wodurch ein Mitglied getötet, ein zweites schwer, ein drittes leicht verletzt wurde.

Die Heimarbeit in Frankreich.

Von Hermann Fernau.

Wie sehr das schmerzliche Problem der Heimarbeit auch bei unseren Nachbarn die Geister beschäftigt, wird uns durch eine soeben beendete Enquete bewiesen, die das französische Arbeitsministerium über die Lage der Wäscharbeiterinnen angestellt hat und deren Resultate nunmehr in 6 Bänden komplett vorliegen. Wir erfahren aus dieser offiziellen Ermittlung, daß auch Frankreich zu den Ländern gehört, in denen die Heimarbeit ein Krebsgeschwür unserer modernen Industrie geblieben ist.

Was ist die Heimarbeit? Das ist nicht, wie manche Leute noch glauben, ein Nebenberuf, den man sich an langen Winterabenden verschafft, sondern es ist die aufreibende, die ganze Arbeitskraft des Individuums in Anspruch nehmende und schlecht bezahlte Arbeit, wogu der Unternehmer das Rohmaterial liefert und die der Heimarbeiter als fassionierte Ware abliefern. Alle Unkosten für Werkzeuge, Zutaten, Beleuchtung, Heizung usw. gehen dabei zu Lasten der Heimarbeiter, die keinen festen Lohn erhalten, sondern pro Stück bezahlt werden. Etwas Fehler in der Ausführung, Verlust oder Verschwendung des Materials bringt der Unternehmer in Abzug. In ihrer übergroßen Mehrzahl sind die Heimarbeiter Frauen und ihre Stellung im sozialen Erwerbaleben macht aus ihnen isoliert lebende, furchtsame Geschöpfe, die in beständiger Angst leben, von heut auf morgen ihren Erwerb zu verlieren, sich untereinander die schädlichste Konkurrenz machen und von zahlreichen Zwischenhändlern, Zwischenunternehmern usw. um so leichter ausgebeutet werden, als sie keinerlei individuelle oder kollektive Mittel zur Verteidigung ihrer Interessen besitzen.

Ich kenne keinen künstlerisch geschriebenen, in seinen Gefühls-effekten sorgsam berechneten Roman, der einen tieferen und traurigeren Eindruck hinterläßt, der uns unmittelbarer zum Mitleiden mit diesen tausenden von Arbeiterinnen zwingt, als die Lektüre dieser mit Statistiken gefüllten fünf Bände des Arbeitsministers. Für jeden, der über ein normales Einkommen verfügt, bleibt die Existenz dieser Frauen in der Tat ein schier unlösbares Problem. Denn das inmitten unserer Zivilisation Tausende von fleißigen Menschen mit weniger als ein Frank am Tage leben müssen, wird genöthigt vielen ungläublich erscheinen.

Die Rundfrage des französischen Arbeitsministers beschäftigt sich wie gesagt vorzugsweise mit der Wäscharbeiterinnen und erstreckt sich über ganz Frankreich. Die private Wäscharbeiterinnen, die früher nur in einigen französischen Industriezentren bekannt war, hat sich allmählich über fast alle Distrikte in Frankreich ausgebreitet und namentlich liefern heute die landwirtschaftlichen Gegenden eine enorme Armee von Heimarbeiterinnen, die sich ständig erneuert und vergrößert. Junge und alte, ledige, verheiratete und verwitwete Frauen sowie Kinder aller Altersklassen arbeiten sowohl direkt als auch durch Zwischenhändler aller Art für die großen Warenhäuser und für den Groß- und Exporthandel. Im ganzen ernährt die Heimarbeit in Frankreich etwa 1 200 000 Menschen, wovon rund 900 000 Frauen in der Wäscharbeiterinnen beschäftigt sind. Ganz kleine Ortschaften der Distrikte Solagne, Anjou usw. machen den großen Industriestädten des Nordens Konkurrenz und dieser immer wachsende Wettbewerb der ländlichen Heimarbeiterinnen, die sich mit sehr wenig begnügen und sehr billig wohnen, drückt naturgemäß die Löhne der Arbeiterinnen in Paris, Lyon, Roubaix usw. auf ein Minimum herab.

Wie illusorisch muten und nicht bei näherer Bekanntschaft mit diesen Verhältnissen jene gelehrte zusammengestellten Statistiken an, womit manche Soziologen und die ständige Kulturfortbewegung der Arbeitelöhne beweisen. Leider haben unsere Statistiker bei ihren Berechnungen noch nie die Löhne der Heimarbeiterinnen in Betracht gezogen. Könnten sie sonst zu ihren so beliebten optimistischen Schlussfolgerungen kommen?

Was in der Tat verdient eine Heimarbeiterin? Die Fragebogen des Arbeitsministers (die man gewiß nicht der Heimarbeiterin wird stellen können) belehren uns, daß eine Wäscharbeiterin meistens nicht einmal 10 Centimes in der Stunde verdient. In den Departements Cher, Allier, Sarthe usw. schwankt der stündliche Arbeitslohn zwischen 5-6 Centimes, während er in Paris und anderen großen Städten auf 12-15 Centimes steigt.

Die wenigen, die mehr als 20 Centimes verdienen, dürfen sich für Privilegierte halten. „Man muß eine gute Arbeiterin sein“, sagt eine Hemdenmacherin in Rouen, „um 1.25 Frank am Tag zu verdienen, und dabei darf man nur einige Stunden in der Nacht schlafen.“ Diese Arbeiterin hat in der Hochsaison in einer Woche 127 Hemden anfertigen können, aber diese Arbeit hat ihr, alle Spesen abgerechnet, nicht mehr als 10 Frank eingebracht. — Ein Unternehmer im Departement Cher beklagt die Geringsfügigkeit der Löhne und erklärt: „Selbst wenn eine gute Arbeiterin all die Zeit arbeitet, die ihr ihre Haushaltung läßt, so kann sie nicht mehr als 50 bis 60 Centimes am Tage verdienen.“ Wenn man für Frankreich den Durchschnittsjahresverdienst einer dieser Arbeiterinnen sucht und ihn mit 300 Frank veranschlagt, so liegt in dieser Ziffer ein gewisser Optimismus, der durch die Details der angestellten Rundfrage stark gedämpft wird. Denn diese Rundfrage befragt in der Tat, daß manche Frauen nur 100 Frank und sogar noch weniger im Jahr verdienen; in einigen Gegenden, wo die Heimarbeit erst zu den „Errungenschaften“ der Neuzeit gehört, schwankt der Verdienst zwischen 100-200 Frank. Für Paris selbst sind Witwen mit 170-330 Frank angegeben. Die Fragebogen, die sich nach den näheren Umständen erkundigen, erzählen uns beispielsweise, daß eine Frau, die ihre Mutter zu ernähren hat, 810 Frank verdient, eine unverheiratete 37-jährige Frau, die zeitweise bis 19 Stunden am Tag arbeiten muß, 340 Frank; zwei Frauen, Mutter und Tochter, zusammen 300 Frank und so fort. Wenn es sich, wie gesagt, hier nicht um eine offizielle Enquete handelte, von der man eher erwarten kann, daß sie schöngeistig statt zu verschlimmern, dann könnte man glauben, diese fünf gewichtigen Bände mit ihren bedrückenden Details seien das Werk eines schlechten Spahvogels, der seinen Zeitgenossen gruseln machen wolle.

Und dabei arbeiten diese Unglücklichen, um einen so kläglichen Verdienst zu erreichen, durchschnittlich 12 Stunden am Tag. Geringere als zehnstündige Arbeitszeiten kommen eigentlich nur während der toten Saison vor, die in dieser Branche etwa zwei Monate im Jahre dauert. Dagegen sind 15, 16, ja sogar 19 Stunden in der Hochsaison keine Seltenheit. Wie diese Frauen außerdem noch ihren Haushalt besorgen, ihre Kinder pflegen können, wie und ob sie überhaupt Zeit für ihre Gesundheitspflege oder für ihre Erholung finden, das alles sind beängstigende Geheimnisse, die uns die Enquete des Arbeitsministers nicht enthüllt.

Es ist unter diesen Umständen nur allzu verständlich, daß uns die Fragebogen beflagenswerte Details über die Gesundheit der Heimarbeiterinnen berichten. Mehr als ein Drittel beklagt sich über Krankheiten aller Art. Und dabei kann man annehmen, daß die Fragebogen lügen, insofern viele zu stolz oder zu unwissend sein mögen, über diesen heißen Punkt Aufschluß zu geben, ganz abgesehen von den vielen, die da instinktiv fürchten, ihre Arbeit zu verlieren, wenn sie sich beklagen. — Wie sehr die Tuberkulose und andere ansteckende Krankheiten in diesen Milieus grassieren, wie außerordentlich gefährlich infolge dessen die Produkte der Heimarbeit für den Konsumenten werden können, darauf hat man gerade in der neuesten Zeit von so vielen und maßgebenden Seiten her hingewiesen, daß man sich föhlich wundern darf, warum das große Publikum nicht schon längst versucht hat, die Erzeugnisse der Heimarbeit zu boykottieren. Auf der Heimarbeitsausstellung in Brüssel 1910 hat man beispielsweise Photographien von drei- und vierjährigen, mageren und scharlachkranken Kindern gezeigt, die im Bett liegend, mit Kondoneneinwickeln beschützt sind. Es ist also fast eine grausame Ironie, wenn das Publikum glaubt, die Papier-einwickelung (die in 9 von 10 Fällen Heimarbeit ist) verbürge die Sauberkeit dieser Wäschelein. — Sprechen wir nicht von der moralischen Gesundheit der Heimarbeiterinnen. Es ist nur allzu klar, daß die Frau, die trotz angestrengtester Arbeit nicht einmal ein Frank am Tage verdient, mit Rechtigkeit den Verdächtigungen der Strafe erliegt, sofern sie allein steht und seelisch hüßlich ist.

Warum aber, so wird mancher Leser fragen, ist die Heimarbeit in den Kulturländern noch so verbreitet? Die Antwort darauf ist bald gefunden: Wenn sich die Heimarbeit namentlich in den letzten Jahren so enorm ausgebreitet hat, dann vor allen Dingen deshalb, weil sie sich bis jetzt gänzlich jener gesetzgeberischen Schutzmaßregeln entzieht, die für die Fabrikarbeit von Jahr zu Jahr schärfer werden. Der Fabrikant oder

Gändler, der seine Waren drauhen anfertigen läßt, kann straflos unsere gesamte soziale Gesetzgebung ignorieren. Wird die Fabrikarbeiterin beispielsweise in Frankreich durch ein Gesetz beschützt, das eine Maximalarbeitszeit von 10 Stunden vorschreibt, so wird dieses Gesetz für die Heimarbeiterin, die auf eigene Rechnung und allein arbeitet, natürlich illusorisch. Außerdem kommen für den Heimarbeiter auch alle lästigen Gesetze über die Hygiene und Sicherheit seiner Fabriklokalitäten in Fortfall; er spart nicht nur die Miete für große Fabrikräume, sondern auch alle Beiträge für Unfall- und Krankheitsversicherungen usw. — Ein Pariser Fabrikant erklärt, daß er vorzieht, seine Arbeit aus dem Hause zu geben, „weil er dergestalt die Unkosten für Miete spart, keinerlei Ueberwachung auszuüben hat und weil ihm bei der Festsetzung der Selbstkostenpreise alle Ueberraschungen erspart bleiben.“ Ein anderer sagt: „Mit der Atelierarbeit weiß man nie, ob man mit Gewinn oder Verlust arbeitet und muß die Inventur abwarten; mit der Heimarbeit dagegen sind es immer die Arbeiter, die ein etwaiges Risiko tragen.“ Bei der Heimarbeit ist man viel beruhigter“, erklärt ein dritter, „denn mit ihr vermeidet man jede Streikgefahr und außerdem ist sie viel moralischer (?).“ Aus allen diesen Gründen erklärt es sich, daß die Unternehmer, die Zwischenunternehmer und Händler die Heimarbeit überall da bevorzugen, wo sie überhaupt möglich ist. Ja, eine ganze Anzahl von ehemaligen Wäscharbeiterinnen haben sich mit Hilfe der Heimarbeit in einfache Händler umgewandelt, die nur noch drauhen arbeiten lassen. Verringerung der Löhne, der Mieten und der allgemeinen Unkosten, größere Sicherheit des Betriebes, an Stelle etwaiger Koalition die vollständige Hilflosigkeit, Isolation und gegen-seitige Lohnkonkurrenz der Arbeiterinnen usw., dies alles sind bestehende Vorteile für den Fabrikanten resp. schier unüberwindliche Hindernisse für Veseitigung des Uebels. — Allerdings gibt es auf der anderen Seite zahlreiche Unternehmer, die die Heimarbeit eingeschränkt wissen möchten, weil die Fabrikarbeit in ihrer Branche zugleich für sie und für ihre Arbeiter produktiver und besser ist. — Daß sich die etwas vorwärtliche Produktionsweise der Heimarbeit vor den Fortschritten der Technik und des Maschinenbaus von selbst verlieren werde, ist zwar eine häufig geäußerte Ansicht, die sich aber leider durch die neuesten Erhebungen des französischen Arbeitsamtes nicht nur nicht bestätigt, sondern geradezu widersprochen findet.

Die zahlreichen und traurigen Uebelstände der Heimarbeit existieren nicht nur etwa in Frankreich, sondern in der ganz gleichen Weise in allen Kulturländern; ihre Veseitigung ist heute eine internationale Frage geworden, an deren Lösung alle Parteien mitarbeiten sollen. Bereits im Jahre 1903 lud ein Berliner Arbeiterkongreß die deutsche Regierung ein, die Initiative zu internationalen Kongressen „zwecks Veseitigung der antihygienischen Heimarbeit“ zu ergreifen. Leider hat sich die deutsche Regierung nicht in diesem Sinne betätigt und erst im Jahre 1910 berief Belgien einen internationalen Kongreß zur Veseitigung dieser Frage ein; neun Länder (Deutschland, Oesterreich, Dänemark, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Holland, Italien, Rußland und Belgien) haben an diesem Kongresse teilgenommen und über die verschiedenen Möglichkeiten zur Veseitigung der Heimarbeit beraten.

Zunächst könnte die Privatinitiative eingreifen. Die Konsumenten müßten so lange und so eindringlich auf die Gefahren der Heimarbeiterzeugnisse hingewiesen werden, daß sie diese allmählich boykottieren resp. von den Fabrikanten und Ladeninhabern Rechenschaft über die Herkunft der Waren verlangen. — Von den Unternehmern selbst ist wenig zu erwarten; sie könnten freilich auf dem Wege der Verständigung einen Minimallohn festsetzen, aber ebenso leicht könnte diese Verständigung auch dazu führen, die heutigen Hungerlöhne noch mehr zu drücken. Ein Pariser Unionsnehmer verurteilt im letzten Jahre eine Verständigung aller Konfektionsfabrikanten dahingehend zu erzielen, daß er einen täglichen Minimallohn von 1 Frank für das Land, 1.50 Frank für Städte mit weniger als 100 000 Einwohnern und 2 Frank für Paris festsetzen wollte. Sein Vorschlag blieb ganz unbeachtet. — Auf der andern Seite haben fast alle Arbeiterkongresse den Heimarbeitern zur Bildung von Gewerkschaften geraten. Einige Versuche in diesem Sinne sind zwar gemacht worden, sind aber bis jetzt fehlgeschlagen. So sind die in Rouen und Saint Omer gebildeten Gewerkschaften

Kleines feuilleton.

Theater.

Theater in der Königgräber Straße: Die fünf Frankfurter, Lustspiel von Karl Möhler. Die Episode aus der Regierungszeit der fünf Rothschildböhen, die Möhler frei erfunden hat und seinen Milieuzeichnungen als Handlung unterlegt, möchte man von Shaw gestaltet sehen. Der hätte wohl alle seine paradoxen Lichter über die neue Finanzmacht und die alte bankrott gewordene Fürstenherrlichkeit spielen lassen und die Gegensätze (und die höhere Einheit) in witzigen Antithesen herausgearbeitet. Möhler begnügt sich mit einem tantummodo-verstehenden Lustspiel, in dem ein nach alten und neuen Wörtern und benachbarten Witz verlangendes Publikum sich amüsieren und an der immer noch beliebten Wiederholerei in Kostüm und Ausstattung erkennen kann.

Man schreibt 1822. Die fünf Gebrüder Rothschild, die so hüßlich Europa unter sich verteilt haben, sind im Frankfurter Stammhause in der Judengasse versammelt, Triumphe auszulösen und neue Pläne zu erörtern. Das schlicht-bebagliche Milieu wird in der Mutter Gudula verkörpert, der Vertreterin des Alten. In Salomon, dem Wiener Rothschild, ist der neue Typus lebendig, der weiß, daß Geld alles kann, und gerade aufs Ziel geht. Er hat eben der ganzen Familie die Baronisierung besorgt und will jetzt dem verschuldeten Herzog vom Tamms neue Geldbesorgen, falls er seine Tochter Charlotte heiratet, zum Ruhme der Dynastie Rothschild. Die anderen schwanken und zeigen Bedenken. Aber es laßt sie doch bis auf den Jüngsten, Jacob, der in seine Rechte verliebt ist. Der zweite Akt entwickelt das herzogliche Milieu — im Operettenstil. Durchlaucht ist Welt- und Lebensmann durch und durch. Am liebsten würde er das ganze Herzogtum verlaufen, um in Paris zu leben. Der Vorkind Salomons verläßt ihn laum, und da er neue Millionen verspricht, geht er rasch darauf ein. Die große Staatsaktion soll im letzten Akt perfekt werden. Der Einspruch Gudulas, die dem Herzog und sich eine starke Szene macht, nützt nichts. Aber an einem unermuteten Hindernis zerschellt der schöne Plan. Charlotte spricht sich (grad im letzten Moment) mit Jacob aus und schlägt dann einfach den werdenden Herzog aus. Der ist ganz zufrieden. Eine Million hat er in der bereit erhalten. Die allgemeine Nahrung aber feiert Drogen, da sich die beiden Rothschilde kriegen.

So überlistet Durchlaucht seinen Finanzjuden, und so erscheint die traditionelle Rothschildische Familienposse, untereinander zu heiraten, als Sieg des guten (beseidene!) Familienfuns und der klugen Energie eines Mädchens.

Unter den Faktoren, die den Erfolg beschieden, ist neben den Witz vor allem der von F. Göy entworfene Ausstattung zu gedenken. Die Darsteller suchten die verschiedenen Rothschilde zu charakterisieren, die noch am ehesten bei Salomon (Hartau) und Anselm (Hersfeld) möglich war. Als alle Mutter Gudula fand Fr. Maria Mayer die Töne schlächter Herzlichkeit. Das Publikum nahm die leichte Ware von der harmlos-lustigen Seite und amüßerte sich nach Kräften.

Musik.

Kurfürstenoper: „Der Schmelz der Madonna“, dreifache Oper von Ermanno Wolf-Ferrari. Der durch-

schlagende Erfolg, den die Erstaufführung erzielte, scheint dem Werk eine lange Dauer auf dem Repertoire zu verhessen; aber auch abgesehen davon sind das Werk und seine Vorführung einer genaueren Betrachtung wert.

Der Griff in das „neapolitanische Volksleben“, den wir jetzt zu sehen und zu hören bekommen, ist allein schon eine Sühne des Erfolges. Eine eigentümliche Verbindung im Volke steht dabei voran. Demen, die sich nichts daraus machen, Leben und Gut zu zerstören, dünkt es unmöglich, einer Madonnenstatue ihren Schmelz zu rauben. Das vermag nicht einmal der Häuptling der Camorra: Rofaele, der Mallella bezaubert. Das vermag nur der warmherzige Schmelz Genaro, der inbrünstig die Madonna verehrt und die teuflische Mallella liebt, der um ihrer willen den Madonnenschmelz raubt, und den als einen völlig Verfluchten auch die Tot-schläger nicht anrühren.

Die Herausarbeitung dieses Gegensatzes ist das Beste am Textbuch. Im übrigen ist es trotz aller Anzeichen von Poësie und trotz seiner Gemähr eines Erfolges doch nur eine Nordseelandsche, mit einer Fülle von epischen und lyrischen Schilderungen. Der Hauptsache nach stammt es vom Komponisten selbst.

Lang, ehe die sogenannte „veritische“ Oper des neuen Italiens um 1890 durchdrang, hatte ihre Art zu wirken begonnen. So durch A. Ponchielli mit seiner „Gionda“ von 1876, die schon viel von dem „Schmelz“ vorwegnimmt. So durch Bizets „Carmen“ von 1875, die dann mit Späterem zusammen nicht übel unter dem Typus der „tragischen Operette“ zusammengefaßt wurde. Wolf-Ferrari besitzt nicht Bizets charakteristische Melodienfülle, steht aber hoch über italienischem Spektakel. Als Vermittler zwischen deutscher und italienischer Musik ein Unikum, hat er die deutsche und auch französische Tradition zur Vervollkommenung dessen verwendet, was man heute italienische Oper nennen kann. Man muß ihn deswegen noch seinen „Ektiker“ nennen. Vaut er auch keine neue Strafe, so steht er doch fest auf einer Höhe. Niemals wird er trivial, jedenfalls nie mehr, als die dramatische Gelegenheit es verlangt. Er scheut vor keinen Dissonanzen, freien Ueberhängen, schnellen Abwechselungen zurück. Eindringliche Hauptmotive ziehen sich durch's Ganze hindurch und wachsen ungefucht zu behaglichen lyrischen Weiten an. Breit, manchmal bis zum Er-müden, ist der Komponist überhaupt; doch sein gut und edel melodischer Zug verfehlt nicht. Auch der Stregerungen ist er Meister; für ihren Gipfel fehlt's nicht an geschickter Charakteristik sowie an Lieblichem und Mäherndem, wie zum Beispiel bei der Hingabe Morriello an den ungeliebten Schmelzräuber zu Ende des zweiten Aktes. Die überzeugende Größe der musikalischen Sprache fehlt dann allerdings. Das Ganze hat viel Vernunft und Schönheit in den großen Linien seines Zusammenhanges, eine sichere Ueberlegenheit über die Verführungen zu Künsterei und Effekt, eine glaubwürdige Geschicklichkeit, das durch mannigfaltige Sonderinstrumente ergänzte Orchester zu beherrschen.

Mit der Ausstattung und Aufführung des Werkes, das aussieht als sei es eigens im Sinne der Gregor- und Moris-Ueberlieferung hergerichtet, hat sich die Kurfürstenoper geradezu ein historisches Verdienst erworben, obwohl manches in ihrem eigenen Sinne noch reicher und genauer sein konnte. Die schwierige Rolle der widerlichen Mariella wurde von der neuen Jda Salden in Spiel und Sang mit bester Charakteristik durchgeführt. Paula Weber fiel in der Rolle der Mutter Genaros durch eine vollständige Altstimme auf. Die beiden Liebhaber waren von zwei Sängern gut

dargestellt, die wir in der Kurfürstenoper schon kennen gelernt: dem Mariton Javilowoff und dem — wieder etwas typischen — Tenor Kurt Frederich. Dientig Selmar Mehrowitz und sein Orchester alles Lobes wert!

Uebrigens bewährt sich der Innenaub der neuen Oper bei öfterem Besuch ästhetisch und technisch doch nicht so gut, wie es anfangs schien. Die Ornamentik wird bald öde. Und als es um eine Stunde vor Anfang gerade noch möglich war, einen teuren Logenplatz zu erkämpfen, hatten wir wieder einmal einen „sehr guten“, d. h. sehr schlechten“ Sitz — einen vom „Ranghystem“, der nur entweder für Gesellschaftsleute oder für Akrobaten paßt.

Humor und Satire.

Zwischen Herrmanns-Schlacht und Weihenacht.

Die Witwe Hermann möchte Geld begeh'n,
Und sie verlag den Fiskus von Berlin.
Wie — sorgt denn Vater Herrmann nicht für Brot?
Kein — ein Beamter Jagow's schlug ihn tot!
Es war in Moabit vor Jahr und Tag,
Die Herrmanns-Schlacht heißt's, wo er unterlag.
Und weil er doch bloß ein Prolet war,
Erzog man auch die Söhne nur in Bar:
Hier, Witwe, haben Sie ein Plaster drauf,
Dann aber Schluß — Sie halten und nur auf!
Jedoch: was tut dies Weib? Es hält sich stramm
Und will und will gleich eine Rente hamm!
Und läuft für Herrmanns Kinder zum Gericht,
Der Fiskus aber lpricht: Mich fangt Ihr nicht!
Und immer, wenn die Witwe kommt und klagt,
Wird — leider, leider! — der Termin vertagt.
Run, zwischen Herrmanns-Schlacht und Weihenacht,
Wird dieses Spiel zum fünftenmal vollbracht.
Die Witwe denkt und hofft: ein Grifflich fest —
Wieleicht daß er sich diesmal rühren läßt!
Umsonst, umsonst — er hält die Rente fest —
Weil sich — der Täter nicht ermitteln läßt.
Die Witwe spricht: Ihr Kinder, seid nur still —
Wieleicht im nächsten Jahr — wie Gott es will!
Liebt fleißig, daß ihr euch ein Christkind — malt,
Daß der uns Paterns Leiche doch bezahlt!

(Peter Scher im „Simplissimus“.)

Notizen.

— Die Ausstellung der Sezession ist um einige Tage verlängert worden. Der Schluß findet am Dienstag, den 2. Januar, nachmittags 5 Uhr, statt.
— „Das Mirakel“ von Holimüller mit der Russin Gumpertinds, das seit langem vorbereitete und als neues Weltwunder gepriesene Riesenaussstattungsstück, ging im Londoner Ausstellungspalast „Olympia“ in Szene. Reinhardt's Inszenierung machte besonders im ersten Akt großen Eindruck.

Der Bäcker- und Konfektionsarbeiterinnen können wieder an Geldmangel leiden. Wer wollte auch von den Armen, die nicht einmal 1 Frank am Tage verdienen, noch Gewerkschaftsbeiträge erheben? Die Kooperationen, die da und dort von den Heimarbeitern gebildet wurden zwecks gemeinsamen Einkaufs von Materialien, Beseitigung der Preisunternehmer usw. leiden an denselben Mängeln. In Paris haben sich allerdings einige dieser Genossenschaften erhalten können, aber es sind mehr mildtätige und konfessionelle Institute, die von der Wohlthätigkeit einiger wohlhabender Persönlichkeiten abhängen. Sondern zu erwähnen wäre hier, daß beispielsweise die Handschuhmachergewerkschaften in Deutschland und in Schweden fast genug gewesen sind, den Fabrikanten die Heimarbeit in ihrem Gewerbe unmöglich zu machen.

Eine durchgreifende Besserung wird hier wahrscheinlich erst mit Hilfe eines möglichst international durchgeführten Gesetzes zu erzielen sein. Zahllose Arbeiterkongresse haben die Regierungen aufgefordert, die Heimarbeit einfach zu verbieten. Aber weder der Kongress in Brüssel noch der französische Arbeitsminister haben diese Lösung befürwortet, da sie aus mancherlei Gründen undurchführbar erscheint. Eine viel wirksamere Maßregel wäre die Festsetzung eines Minimallohnes, und über diesen Punkt sind sich alle Parteien, einbezogen die Unternehmer, einig. Ein derartiges Gesetz existiert bereits in Australien seit 15 Jahren und seit 1910 in England. — Auch in Deutschland sind bekanntlich im Reichstage mehrfach von sozialdemokratischer Seite Forderungen gestellt worden, der Gewerbeordnung eine derartige Bestimmung zuzufügen, aber die Regierung und die bürgerlichen Parteien haben jedesmal erklärt, die Idee eines Minimallohnes in der Industrie sei nicht verwirklichtbar, da man die freie Konkurrenz nicht unterbinden könne. — In Oesterreich steht noch immer ein Regierungsprojekt aus dem Jahre 1907 zur Beratung, das für die Heimarbeiter Lohnbücher resp. eine Lohnkontrolle vorsieht.

Auch in Frankreich ist die Regelung dieser Frage noch immer nicht über die Einbringung einiger Gesetzesentwürfe hinausgekommen. Ein Projekt des Abgeordneten de Mun sieht die Schaffung gemischter Komitees vor, die in jeder Region und Profession einen Minimallohn festsetzen und diese Sätze dann den Arbeitsämtern zur Kontrolle vorlegen sollen. Ein Gesetz vom 17. Juli 1908 sieht zwar die Schaffung solcher Kontrollstellen vor, bis heute sind aber noch keine gebildet worden. Das Problem bleibt also auch für Frankreich noch ungelöst. Man darf aber annehmen, daß jetzt, nachdem die langjährige Untersuchung des Arbeitsministers mit der Veröffentlichung von 5 Bänden Materials beendet ist, die Regierung endlich selbst ein Gesetz einbringen und durchdrücken wird, das wenigstens die bedauerlichsten Uebelstände beseitigt. Denn darüber ist sich alle Welt einig: Die Heimarbeit mit ihren Hungerlöhnen und den sich daraus ergebenden sozialen Uebeln ist eine Schande für die zivilisierte Menschheit. Es ist wahr, daß die Gesetzgebung nicht alles tun kann und daß eine durchgreifende Besserung wohl erst dann möglich sein wird, wenn die Arbeiterinnen selbst zu einer klaren Erkenntnis ihrer Menschenwürde gekommen sein werden. Aber von den Regierungen unserer Kulturstaaten darf man verlangen, daß sie wenigstens mit einigen Schutzmaßnahmen die Basis für eine erste Besserung der Dinge schaffen. Es bedarf hier gewiß nur eines Anstoßes: Einmal aus dem schreiendsten Uebel herausgehoben, werden die Heimarbeiterinnen selbst den Mut und die Energie finden, sich zu koalieren und Schritt um Schritt eine menschenwürdigeren Existenz zu erringen.

Wann verjährt eine Forderung?

Die Rechtsicherheit, insbesondere der Verkehr verlangt, daß nicht in beliebig langer Zeit frühere Tatsachen zum Gegenstand rechtlicher Ansprüche gemacht werden. Der Zeitverlauf verdunkelt die Rechtslage. Die Rechtsordnung setzt Verjährungsfristen, jedoch nicht für alle Rechtsverhältnisse. Ausgeschlossen von der Verjährung sind insbesondere Ansprüche aus einem familienrechtlichen Verhältnis, auf Aufhebung einer Gemeinschaft, auf Verchtigung des Grundbesitzes, aus eingetragenen Rechten (Zinsansprüche verjähren aber) und Ansprüche, die auf dem nachbarlichen Verhältnis beruhen.

Die Verjährungsfrist ist für die verschiedenartigen Forderungen eine verschiedene. Nur für ausgeklagte Forderungen beträgt die Verjährungsfrist 30 Jahre, ausgenommen bei Elementen- und Zinsforderungen. Diese Ansprüche sind verjährt, sofern sie länger als vier Jahre zurückliegen, selbst dann, wenn sie ausgeklagt sind. — Auch die regelmäßige Verjährungsfrist, z. B. für Darlehensforderungen, beträgt 30 Jahre. Die Frist rechnet vom Tage der Entstehung ab. Ein am 1. April 1912 fälliges Darlehen verjährt also mit Ablauf des 31. März 1942. Anders wird die Verjährungsfrist da berechnet, wo längere Verjährungsfristen eingeführt sind. Das trifft auf fast alle Forderungen zu, die im weltlichen Leben entstehen. Für diese, einer zwei- und vierjährigen Verjährungsfrist unterliegenden Ansprüche wird die Frist vom Ablauf des Jahres ab gerechnet, in dem die Forderung entstanden ist. Zum Beispiel verjährt eine Forderung auf Lohnzahlung aus einem Arbeitsverhältnis in zwei Jahren. Ist die Lohnforderung 1907 fällig gewesen, so verjährt sie mit Ablauf des 31. Dezember 1909.

Einer vierjährigen Verjährung unterliegen insbesondere die Forderungen der Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker für Lieferung von Waren oder für Ausführung von Arbeiten, wenn die Leistung für den Gewerbetreibenden des Schuldners erfolgt ist, ferner für die Ansprüche auf Rückstand von Zinsen, von Miets- und Pachtzinsen, auf Rückstände von Renten, Ausgableistungen, Befordungen, Bartgeldern, Aufgehältern, Unterhaltungsbeiträgen und allen anderen wiederkehrenden Leistungen. Auch der Anspruch der Gemeinden und Landarmenverbände auf Erstattung von Armenunterstützungen, gleichviel ob der Anspruch an die Unterstützten oder an ersatzpflichtige Verwandte, verjährt nach reichsgerichtlicher Entscheidung ebenfalls in vier Jahren.

In zwei Jahren verjähren insbesondere die Ansprüche der Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker und Kunstgewerbetreibenden für Warenlieferungen oder Ausführung von Arbeiten, ferner die Forderungen der Eisenbahnunternehmungen, Postbeamten, Schiffer, Lohnkutscher und Boten, der Gastwirte und solcher Personen, die Speisen und Getränke gewerksmäßig verabreichen, diejenigen, die Lotterielose verreiben, derjenigen, die im Privatdienst stehen, wegen des Gehalts, Lohnes oder anderer Dienstbezüge, der gewerblichen Arbeiter, Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter, Tagelöhner und Handarbeiter wegen des Lohnes und anderer an Stelle oder als Teil des Lohnes vereinbarten Leistungen, mit Einschluß der Auslagen, sowie der Arbeitgeber wegen der auf solche Ansprüche gewährten Vorschüsse, der Lehrherren und Lehrmeister wegen des Lehrgeldes und anderer im Lehrvertrag vereinbarter Leistungen sowie wegen der für die Lehrlinge bestellten Auslagen, der öffentlichen und privaten Unterrichts-, Erziehungs-, Erziehungs- und Heilanstalten, der Lehrer, Ärzte, Hebammen, Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsbeamten, Zeugen und Sachverständigen.

Die Verjährung wird gehemmt, wenn die Zahlung gesumdet worden ist oder wenn der Schuldner aus einem anderen Grunde vorübergehend zur Verzögerung der Zahlung berechtigt ist oder wenn der Gläubiger an der Rechtsverfolgung verhindert ist. Verhinderung an der Rechtsverfolgung liegt nicht vor, wenn die Adresse des Schuldners unbekannt ist. Der Zeitraum, während

dessen die Verjährung gehemmt ist, wird in der Verjährungsfrist nicht eingerechnet.

Die Verjährung wird dadurch unterbrochen, daß der Schuldner dem Gläubiger gegenüber den Anspruch auf Abschlagszahlung, Zinszahlung, Sicherstellungsleistung oder in anderer Weise anerkennt oder falls Schuldner eine Abzahlung leistet. Die bloße Zustellung einer Rechnung oder sonstigen Mahnung unterbricht die Verjährung im allgemeinen nicht. Die Verjährung wird ferner dadurch unterbrochen, daß der Gläubiger gegen den Schuldner beim Gericht Klage erhebt oder den Erlaß eines Zahlungsbefehls beantragt.

Nach Ablauf der Unterbrechung rechnet die Frist von neuem. Die Forderung eines Schneiders z. B. für einen im Jahre 1909 gelieferten Anzug würde im Jahre 1911 verjährt sein. Anerkennt der Schuldner aber die Forderung im Jahre 1911, so verjährt sie erst im Jahre 1913.

Aus der Partei.

Die tschechoslawische Partei und die deutschen Reichstagswähler. Wir erhielten folgendes Telegramm:

„Der heute (24. Dezember) in Prag tagende Parteitag der tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei beauftragte das Präsidium, Ihnen in dem bevorstehenden Wahlkampfe den besten Erfolg zu wünschen. Ihren Kampf gegen die Regierung und die mit ihr verbündete reaktionäre Bourgeoisie wird das tschechische sozialdemokratische Proletariat mit seinen Sympathien verfolgen; es hofft auf freundliche Siegesnachricht.“

Eine Erinnerungsfest an sozialistengesellschaftliche Zeiten.

Die Frankfurter Parteigenossen gedachten am zweiten Weihnachtstage in einer würdigen und imposanten Gedächtnisfeier der Opfer preussisch-deutscher Polizeibrutalität: der Genossen, die vor 25 Jahren am Weihnachtstage von Frankfurt a. M. ausgewiesen wurden. Eine Reihe dieser alten Genossen hat ausgekämpft, die noch Lebenden wurden vom Sozialdemokratischen Verein zu dem Erinnerungstage eingeladen. Und zehn dieser Vorkämpfer haben der Einladung gerne Folge geleistet. Die Genossen Emil Fleischmann - Frankfurt a. M., Joh. Hedderich - Kassel, Friedrich Heuß - Langen, Joseph Huber - Ludwigshafen a. Rh., R. Zug - Frankfurt a. M., M. Münzer - Birmg., Joh. Rapp - Weiskirchen, Anton Schneider - Frankfurt a. M., Ed. Steinhilber - Berlin, Otto Weber - Dornheim. Auch einige Frauen der Ausgewiesenen, die tapfer alles Leid und Not trugen, das über deren Familien hereinbrach, nahmen an der Feier teil, so die Frau des verstorbenen Genossen Prinz. Eingeleitet wurde die Feier durch den Vortrag eines von dem Gen. Predzang eigens hierfür verfaßten stimmungsvollen Prologs. Dann gaben aus den Reihen der Ehrengäste die Genossen Huber und Fleischmann Schilderungen der damaligen Kämpfe, der rigorosen polizeilichen Verfolgungen, denen sie ausgesetzt und deren Abwendung die Ausweisung am Weihnachtstage bildete. Sie sprachen zum Schluß als höchsten Wunsch der Ausgewiesenen die Hoffnung aus, daß die Sozialdemokratie in Frankfurt a. M. am 12. Januar auf eigener Kraft siegen möge. Und die ungezählte zweitausend Genossen und Genossinnen, die diese Ausführungen mit stürmischem Beifall aufnahmen, gelobten damit, alles daran zu setzen, auf daß am 12. Januar die Fahne der fortschrittlichen Volkspartei sich vor unseren Veteranen neigt: als schönste Ehrung der mitwollenen Kämpfer. — Genosse Hermann Wendel sprach für die jüngere Generation das Gelübnis aus, im Sinne und Geiste der Alten weiter zu kämpfen. Er zog Vergleiche zwischen damals und heute. Vor 25 Jahren war die Partei noch klein, heute ist sie stark und mächtig; nach Hunderttausenden zählen ihre Mitglieder und nach Millionen ihre Wähler. Heute könnten es die Staatsmächte nicht mehr wagen, unsere Anhänger zu Weihnachten in Bind und Fesseln zu jagen. Genosse Dr. Daard erinnerte in seiner Ansprache daran, daß gerade auch 25 Jahre verstrichen sind, seit er aus dem Justizdienst gelöst wurde, weil er zu freimütig gedacht hat. — Ein Chorgesang schloß wirkungsvoll die Veranstaltung, deren Teilnehmer vom kampfesfreudigen Geiste durchdrungen.

Sozialdemokratische Erfolge in Bosnien und Herzegowina. [1]

Die Sozialdemokratie der Balkanländer hat wieder einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Die Partei und die Gewerkschaften in Bosnien und Herzegowina haben in Sarajewo aus eigenen Mitteln ein großes geräumiges Gebäude gekauft und für ein Volkshaus eingerichtet, in dem alle Partei- und Gewerkschaftsinstitutionen zusammengelegt werden. Die großen Versammlungssäle, die jetzt den Organisationen zur Verfügung stehen, werden ihre Tätigkeit sehr erleichtern.

Vom 1. Januar 1912 erscheint das Parteiblatt „Glas Slobode“, das bisher zweimal wöchentlich erschienen ist, dreimal wöchentlich. Das Blatt erfreut sich großer Sympathie bei der Arbeiterklasse und eines großen politischen Ansehens, da es der einzige unerschrockene Gegner der absolutistischen Regierung ist. Die unzähligen Beschlagnahmen, die Strafen und die Verbannungen der Redakteure haben dem Parteiblatt wie der Partei bloß mehr Abonnenten und Mitglieder und größeren Einfluß auf die Volksmassen gebracht.

Obwohl die Regierung sich ernstlich vorgenommen hat, die Arbeiterbewegung mit Gewalt zu unterdrücken oder ihrem Vorwärtbringen wenigstens Halt zu gebieten, feierten am Sonntag, den 17. Dezember, die Arbeiter Sarajewos die Eröffnung ihres Volkshauses mit dem Gelübnis, die Kämpfe weiter zu führen.

Gegen die Teuerung.

Amsterdam, 24. Dezember. (Fig. Ver.)

Auf Initiative der holländischen S. D. P. (der neuen Partei) hat sich vor kurzem ein Nationales Komitee gegen die Teuerung gebildet, bestehend aus S. D. P., Nationales Arbeiter-Sekretariat (N. A. S.) und dem Sozialistenbund. Die S. D. P. (die alte Partei) und das N. A. S., die Gewerkschaftszentrale der modernen organisierten Arbeiter, haben bisher ihre Mitwirkung verweigert ohne besonderen Grund dafür anzugeben, erstere, weil nach Meinung des Parteivorstandes durch das Auftreten der sozialdemokratischen Fraktionen in den verschiedenen Gemeinderäten, durch das Abhalten einer einzelnen Demonstration, sowie durch die Hin und wieder von Unternehmern zugestandenen zeitlichen Lohnzuschlägen schon alles gegen die Teuerung geschehen sei, was getan werden können. Trotzdem konstituierte sich in einer Versammlung, die heute im Saale des „Deelwinck“ unter der Leitung des Vorsitzenden der S. D. P., Genossen Wynloop, stattfand, das Komitee definitiv. Dem Komitee, der „an alle auf dem Standpunkte des Klassenkampfes stehende Organisationen“ gerichtet war, hatten außer den drei das vorläufige Komitee bildenden Landesorganisationen noch 15 teils dem N. A. S. angehörende, teils noch gänzlich isoliert stehende, „unabhängig“ organisierte Gewerkschaften und die dem N. A. S. angeschlossenen Brauer folge gegeben, die eine Gesamtschlacht von etwas mehr als 15 000 Arbeiter vertraten. In der Diskussion wurde allgemein das Fernbleiben der S. D. P. und des N. A. S. bedauert und der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die Absage beider Landesorganisationen nur eine vorläufige sei und daß, mit Rücksicht auf ein ungedrucktes, einheitliches Auftreten des gesamten holländischen Proletariats und in Erwägung des wegen der in Holland im allgemeinen so niedrigen Arbeitslöhne doppelt schwerer auf den Arbeitern lastenden Teuerung-

drucks, deren demnächstiger Anschluß an das Komitee nach noch maliger zeitlicher Heberlegung doch noch erfolgen möge. Man meinte, daß von Seiten der Arbeiterschaft noch durchaus nicht in genügender Weise gegen die Teuerung aufgetreten sei. Ganz besonders bemerkenswert war an diesen Verhandlungen auch das gerade von den an erster Stelle „unabhängig“ organisierten ausnahmslos und wiederholt Ausdruck findende dringende Verlangen nach Einheit des holländischen Proletariats und daß die gegenseitige Fühlung, die die gegenwärtige Gelegenheit bietet, zur dauernden Einheit führen möge. Schließlich einigte man sich nach wenigen Änderungen und mit allgemeinen Stimmen auf die vom vorläufigen Komitee vorgeschlagene Resolution, welche folgendes als Grundlage der Komiteetätigkeit festlegt: Gründung von örtlichen Agitationskomitees, Verbreitung einer Schrift in 100 000 Exemplaren, Abhaltung von Versammlungen und einem großen Landesmeeting, eventuell von Straßen-demonstrationen; auch können Adressen betreffend der Teuerung an Regierungen, die Kommunen und Gemeinderäte gerichtet werden. Als allgemeine Forderungen stellt die Resolution auf: a) Abschaffung aller Sorten von Steuern auf Lebensmittel; b) Lohn-erhöhung für alle Arbeiter im Dienste von Reich, Gemeinde oder andern öffentlichen Körperschaften; c) ferner, daß alle von diesen auszugehenden Subventionen einen höheren Lohn als den bestehenden bedingen sollen; d) Festsetzung der Maximumpreise durch die Gemeinde für die notwendigen Lebensmittel, da die Teuerung keine Folge des Mangels an Lebensmitteln ist, sondern der Spekulation; schließlich sollen die Gewerkschaften dazu angespornt werden, halbmonatlich Mahnrufen zu Aktionen für Lohnenerhöhung zu nehmen. Die Aktion selbst soll im April oder sobald später endigen, als die allgemeine Versammlung der angeschlossenen Verbände beschließen wird.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine Justizblamage.

Das Reichsgericht hat das gegen das „Vochumer Volksblatt“ ergangene Urteil wegen Abdruck des polnischen Romans „Arbeit“ aufgehoben und an die Vorinstanz zurückgewiesen. Der Reichsanwalt hatte selbst Aufhebung des Urteils beantragt.

Massenvergiftungen von Obdachlosen am Weihnachtsabend.

Eine erschütternde Kunde kommt aus dem städtischen Asyl für Obdachlose in der Fröbelstraße. An dieser Stelle des Glends, die von den Armen der Armen zum Nächsten aufgesucht wird, sind am Abend des zweiten Feiertages zahlreiche Absterben an schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt und bereits 20 Personen gestorben.

Ueber das aufsehenerregende Vorkommnis liegen die verschiedensten Meldungen vor. Wir geben folgende wieder: Der Besuch vor am Dienstagabend besonders stark — etwa 2400 Personen mögen anwesend gewesen sein. Bei mehr als zwanzig Absterben, die in den Nachmittagsstunden des Obdach aufgesucht hatten, traten um im Laufe des Abends und der Nacht in verschiedenen Sälen starke Vergiftungserscheinungen ein, die nach dem vorläufigen ärztlichen Befund auf den Genuß von verdorbenen Fischen zurückzuführen sind. Man besetzte sich, die Erkrankten sofort nach den Krankenhäusern am Friedrichshain und in Probit zu bringen, einige starben aber noch im Asyl, andere auf dem Transport oder bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus.

Die Ursachen der Vergiftung.

Die Erkrankungen sind in drei Sälen des Obdaches in der Zeit von 6—10 Uhr abends zum größten Teil eingetreten. Die ärztliche Untersuchung sowie die Auslagen der Erkrankten ergaben, daß die Vergiftungserscheinungen nach dem Genuß verdorbener Fische austraten. In der Nähe der Fröbelstraße halten sich oft stehende Händler mit Nahrungsmitteln und Lebensmitteln auf, da die Obdachlosen im Asyl nur Brot und Suppe bekommen. Da aber am zweiten Feiertage der Straßenhandel unterlagert ist, so müssen sich die Asylanten die Ware auf andere Weise beschaffen. Einer der Verdorbenen soll eine kleine Kiste mit Fischen beisehen und den Inhalt dann weiterverkauft haben. Eine andere Auslage geht dahin, daß sich die Leute in und um der Zentralmarkthalle Lebensmittel und verdorbene Fische aufgelesen und gegessen haben. Es ist ein schon lange bestehender Brauch, daß arme Frauen und Männer sich an der Gontardstraße und in der Halle Fische und anderes Weggeworfene zusammenfischen, um sich kümmerlich zu erhalten. Die Asylanten sind vielfach Leute, deren unterernährter Körper den Angriffen einer solchen Veranlassung keinen Widerstand entgegenzusetzen kann. So hat denn auch das Fischgift mit rasender Schnelligkeit gewirkt.

Die Liste der Toten.

1. Eduard Reimke, geb. 26. 9. 1872 in Petersburg, Arbeiter.
2. Emil Paase, geb. 20. 3. 1866 in Stettin.
3. Alexander Ritter, geb. 20. 2. 1871 in Brunnitz, Schneider.
4. Georg Buche, geb. 23. 4. 1856 in Rüstern.
5. Paul Werschütz, Arbeiter.
6. Hermann Anika, geb. 17. 8. 1884 in Jasterburg, Arbeiter.
7. Hermann Deuner, Arbeiter, geb. 22. 12. 1807.
8. Josef Weiß, geb. 12. 8. 1891, Schlosser.
9. Max Vogt, geb. 13. 5. 1876 in Berlin, Arbeiter.
10. Paul Koll, geb. 5. 2. 1868 in Neubamm, Arbeiter.
11. Friedrich Rehl, geb. 9. 2. 1892 in Sippeke.
12. Hermann Kühnel, geb. 30. 10. 1878 in Piffa.
13. Friedrich Monkei, geb. 1871 in Bärwalde, Arbeiter.
14. Friedrich Schelle, geb. 22. 2. 1877 in Fischberg, Arbeiter.
15. Goedde, geb. 29. 10. 1881 in Groß-Wanzleben.
16. Heinrich Kotow, geb. 12. 9. 1899.
17. Wilhelm Leufwinat.
18. Adolf Schmidt, geb. 10. 1. 1830, Arbeiter.
19. Bruno Krause, geb. 10. 4. 1888 zu Rathow, Arbeiter.
20. Richard Beder, geb. 23. 2. 1890 zu Breslau, Dreher.

Erkrankt sind: Paul Leuschner, Arbeiter, geb. 3. 5. 1889; Richard Müller, Kupferschmied, geb. 23. 9. 1875; Leopold Sosnowsky, Arbeiter, geb. 11. 7. 1878. Diese drei liegen im Krankenhaus am Friedrichshain. Emil Lange, geboren 18. Oktober 1880 in Lebus; Wilhelm Blume; Max Dewischer; Wilhelm Frisch; Franz Grohmann; Karl Werner; Ernst Maßlauer; Adolf Weber; Christian Hehn; Paul Kirch; Karl Weubin; Otto Schmidt; Carl Schulze, geboren 1873 in Gerdelen; Julius Gröger, geboren 1850 in Reibe.

Weitere drei Personen sind noch gestern Abend im Asyl an Vergiftungserscheinungen erkrankt und wurden nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Die Zahl ist somit auf 41 gestiegen.

Die Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei

nach der Herkunft der verdorbenen Fische haben zu einem bestimmten Resultat noch nicht geführt. Die Annahme, daß sie von einem Händler aus der Dantziger Straße herrühren, hat noch keine Bestätigung gefunden. Ein Teil der Vorräte des Händlers ist zum Zweck der Untersuchung durch das Nahrungsmittelamt beschlagnahmt worden. Auch die Behauptung, daß die Fische von „liegenden“ Händlern herrühren, die mit ihren Wagen in der Nähe des Obdachlosenshals Aufstellung nehmen, ist noch nicht nachgewiesen. Es bleibt

die Annahme übrig, daß die verdorbenen Fische aus der Zentralmarkthalle herührten. Hier hat sie einer der dort Gelehrtesten verachtenden Arbeitslosen wahrscheinlich geschickt erhalten, und zwar, wie anzunehmen ist, schon am Weihnachtsfestabend. Erst Dienstag hat dieser Mann, der mit den Verhältnissen und Gemüthsheiten des Asyls vertraut war, wohl das Asyl aufgesucht und die Wüdlinge dort verkauft.

In einer weiteren Meldung heißt es: Worauf die Vergiftungserscheinungen und die Todesfälle zurückzuführen sind, konnte bisher mit Sicherheit noch nicht festgestellt werden. Nach den vorläufig noch unverbindlichen Angaben des Anstaltsarztes Dr. Lumme scheinen Fischvergiftungen vorzuliegen. Die bisher befragten Personen geben in ihren Aussagen sehr weit auseinander. Der eine behauptet, Fische in der Dantsiger Straße gekauft zu haben; der andere sagt, er habe aus der Markthalle geräucherter Dorsch mitgebracht. Ein dritter behauptet, nach dem Genuß von Kuchen erkrankt zu sein.

Uns wird schließlich noch mitgeteilt, daß sich im Laufe des gestrigen Tages noch eine Anzahl Personen als erkrankt gemeldet haben, die am Dienstagabend im Asyl waren. Das Asyl ist auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft bis zum Abschluß der Untersuchung vorläufig geschlossen worden. Weder Asylisten noch Beamte durften das Asyl verlassen. Die Anstaltsleitung beschränkte sich darauf, die von den Obdachlosen benutzten Räume zu desinfizieren. Ausdrücklich sei bemerkt, daß die Asylisten bei dem Besuch des nächtlichen Obdach nur Suppe und Brot erhalten.

Von den bekannt gewordenen Einzelheiten sei noch folgendes erwähnt: Mehrere Erkrankte sprachen davon, daß sie verdorbene Fische in dem Lokal von Jaak gekauft hätten. Der Schankwirt versichert wiederholt, und auch Zeugen bestätigen, daß er in seinem Lokal einen Handel nicht duldet. Er ließ niemals zu, daß jemand mit einem Handelskorbe oder dergleichen unter seinen Gästen umherging. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß diese Gäste, wenn sie dicht gedrängt in den Räumen umherliefen, untereinander mit allerhand Lebensmitteln heimlich Geschäfte machten, oder auch sie in Erwartung von Gegenständen austauschten. Von wem sie in dem Jaak'schen Lokal gekauft haben, vermochten die Erkrankten, die noch vernommen werden konnten, nicht zu sagen. Der Verlauf der einzelnen Erkrankungen und Todesfälle ist jetzt noch genauer festzustellen. Die Leute erkrankten in Zwischenräumen von 10 bis 15 Minuten. Es begann immer mit Schwindelanfällen. Dann sprangen die Kranken plötzlich auf und bekamen Erbrechen und Krämpfe. Zwischen dem Beginn der Erkrankungen und dem Eintritt des Todes liegen nur 1 1/2 bis 3 Stunden. Das Gift hat also sehr stark gewirkt, ein Beweis für den hohen Grad der Verwesung der Nahrungsmittel, die es enthielt.

Um bei weiteren Erkrankungen sofort alle Maßnahmen treffen zu können, wurden gestern vormittag alle Asylisten, 2400 an der Zahl, die das städtische Obdach noch nicht verlassen hatten, zurückgehalten. Im Laufe des gestrigen Tages zeigten sich bei noch mehreren Personen Vergiftungserscheinungen, so daß jetzt zusammen

88 Obdachlose im Asyl erkrankt sind.

Von den gestern nachmittag Erkrankten starben zwei noch in der Anstalt, die anderen wurden sofort nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Die Mehrzahl der nachträglich krank gewordenen Asylisten gehen ebenfalls an, von einem anderen Obdachlosen Wüdlinge gekauft und gegessen zu haben, andere dagegen sagen, daß sie

überhaupt keine Nahrung zu sich genommen haben.

Wie weit diese Erkrankungen mit der Fischvergiftung im Zusammenhang stehen, kann erst die Obduktion der Gestorbenen ergeben. Auf Verlangen der Staatsanwaltschaft wurde eine der Leichen schon gestern abend um 6 1/2 Uhr von den Bezirgs-Gehelmirat Strahmann und Medizinalrat Dr. Hoffmann obduziert. Die Ansicht der leitenden Ärzte im Institut für Infektionskrankheiten geht dahin, daß es sich nicht um irgend eine Infektionskrankheit, sondern um eine typische Vergiftung handelt. Dennoch wurden die weitgehendsten Vorkehrungen, um ein eventuelles Umsichgreifen der Krankheit zu verhindern, getroffen. Alle Werge der Anstalt sowie die Wärrer bewegen sich ständig unter den Asylisten, um diesen bei dem Auftreten von Krankheitserscheinungen gleich beistehen zu können.

Der als einer der ersten Erkrankte Müller war gestern nachmittag wieder soweit hergestellt, daß er vernommen werden konnte. Er gibt an, daß er bald nach dem Genuß der Wüdlinge ein Unwohlsein verspürt habe, vorerst aber noch keinen Verdacht gehabt habe. Er sah dann, wie sich andere in seinem Schlafsaal übergeben. Darauf habe er die Finger in den Hals gesteckt und ebenfalls erbrochen. Der Rest der gewissermaßen Nahrung wurde ihm dann gleich im Krankenhaus am Friedrichshain ausgepumpt, ehe die Vergiftung eine tödliche Wirkung hatte. Jetzt befindet sich Müller auf dem Wege der Besserung und dürfte mit dem Leben davonkommen. Er gibt weiter an, daß er die Fische von einem Händler gekauft habe, von dem er nur wisse, daß er mit dem Vornamen Raz heiße. Seine Beschreibung des Händlers stimmt mit den Angaben der übrigen Erkrankten überein. Danach ist es unzweifelhaft, daß der verdorbene Wülg der Verkäufer der in Verwesung übergegangenen Wüdlinge gewesen ist. Die Leiche Voigts wurde gestern im Schauhaus photographiert und wird die Photographie den Leuten vorgelegt werden.

Auch außerhalb des Obdach

sind einige Erkrankungen zu verzeichnen, die wahrscheinlich denselben Ursprung haben. Zwei von ihnen wurden im Süden der Stadt bewußlos auf der Straße aufgefunden und nach dem Krankenhaus am Urban geschafft. In späterer Nachmittagsstunde fanden Schulleute des 101. und 113. Reviers noch zwei Leute auf der Straße, die bereits gestorben waren. Offenbar handelt es sich auch hier um Obdachlose, die an Fischvergiftung gestorben sind.

In der Friedrichstraße stehen zahlreiche Asylisten, die Einlaß begehren, der ihnen jedoch noch verweigert wird, weil erst auf Veranlassung des Staatsanwalts Dr. Gutsch die Obduktion der Leichen abgewartet werden muß. Erst wenn diese stattgefunden hat und bestimmt festgestellt worden ist, daß keine ansteckende Krankheit vorliegt, werden neue Asylisten aufgenommen werden.

Die Obduktion der Leiche eines Gestorbenen.

Die Bezirgs-Gehelmirat Dr. Strahmann und Medizinalrat Dr. Hoffmann, öffneten gestern abend um 8 Uhr die Leiche eines an Vergiftungserscheinungen erkrankten und bald darauf gestorbenen Mannes. Die Obduktion hat ergeben, daß aller Wahrscheinlichkeit nach Fischvergiftung vorliegt. Der von der Obduktion hinzugezogene Professor Lenz vom Institut für Infektionskrankheiten fand bei einer bakteriologischen Untersuchung keine Anhaltspunkte, die darauf schließen lassen, daß eine Infektionskrankheit vorliegt, ebenso fand er keine Spuren von Chemikalien, so daß auch keine Bleivergiftung den Tod herbeigeführt hat. Professor Lenz war von der Sanitätspolizei besonders beauftragt worden, um alle Gerüchte, daß es sich dennoch um eine ansteckende Krankheit handelt, abweisen zu können, bzw. um sicher zu gehen, daß dieses tatsächlich nicht der Fall ist.

Das städtische Obdach ist für Einrückbegehrende geöffnet, doch ist es keinem der Insassen gestattet, dieses vorerst zu verlassen. Nachdem die bakteriologische Untersuchung des Professor Lenz ergeben hat, daß bestimmt keine ansteckende Krankheit vorliegt, dürfte das Asyl heute früh wieder wie gewöhnlich geöffnet und die Obdachlosen entlassen werden. Von den Asylisten, die die Anstalt noch im Laufe des gestrigen Tages aufsuchten, wie auch einige, die diese noch nicht verlassen haben, sind in den Abendstunden noch einige krank geworden und nach dem Friedrichshain gebracht worden. Erkrankt sind insgesamt 46 Personen. Von den zahlreichen Patienten, die im Krankenhaus am Friedrichshain liegen, dürfte eine große Anzahl die Nacht nicht mehr überleben, so daß sich die Zahl der Toten noch bedeutend erhöhen wird.

Soziales.

Ueber die Geschlechtskrankheiten der Arbeiter.

Die Prostitution ist die große Plage, deren Giftstoffe alle Teile des Gesellschaftskörpers durchdringen. Die Sittenkontrolle hat daran nichts zu ändern vermocht, sie hat vielmehr noch großen Schaden gestiftet, dadurch daß sie den Gedanken von der Ungefährlichkeit des Geschlechtsverkehrs und der Entbehrlichkeit aller Vorsicht aufkommen ließ. Der Anteil der gewerbmäßigen Prostitution an der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten in der Gesamtbevölkerung ist mehrfach durch Statistik festgelegt worden: ungefähr drei Viertel aller unterbeiraten, venereisch erkrankten Männer verdanken ihr Leiden jener Einrichtung. Auch weiß man, daß in den höheren Kreisen die „Maitressen“ dieselbe Rolle spielen wie im Mittelstand die Strahndamen. Dagegen ist nur selten danach geforscht worden, wie oft die Prostitution als Infektionsquelle für den Arbeiter in Betracht kommt. Zwei Wiener Ärzte, Oppenheim und Reugebauer, Assistenten des Verbandes der Genossenschafts-Krankenkasse und der allgemeinen Arbeiterkrankenkasse zu Wien, haben diese Frage zu lösen versucht, indem sie die Angaben von 1107 Kranken verwertheten. Danach erwerben sich die Arbeiter in mindestens 55 Proz. der Fälle das Geschlechtsleiden von der Prostitution. Das Gesamtergebnis der Statistik, wie es in der „Zeitschrift für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ veröffentlicht ist, lautet in der Hauptsache folgendermaßen: Unter 1107 Fällen erfolgt die Ansteckung durch eine Prostituierte 612mal, Dienstmädchen 168mal, Arbeiterin 122mal, „Verhältnis“ 61 mal, Ehe (angeblich) 50mal, Zufallsbekanntschaft 37mal. Die großen Zahlen der Rubrik „Arbeiterin“ und „Dienstmädchen“ beweisen natürlich nicht, daß die Geschlechtskrankheiten einen erheblichen Teil in diesen Ständen ergriffen haben. Denn die kranken Individuen bilden unter den vielen Tausenden doch nur einen ganz kleinen Prozentsatz, und dann befinden sich darunter stets Elemente, die ihrem ganzen Gebaren nach sich durch nichts von Prostituierten unterscheiden und in der Tat früher oder später in die Hände der Sittenpolizei geraten. — Wieviel Arbeiter überhaupt geschlechtskrank sind, ist nicht leicht festzustellen, weil sie sich auf viele verschiedene Klassen verteilen. Prof. Wlaschko hat vor einigen Jahren ausgerechnet, daß gegen 9 Proz. von den zum großen Teil unterbeiraten Mitgliedern der freien Hilfskassen wegen einer Geschlechtskrankheit in ärztlicher Behandlung standen; neuerdings hat der Wiener Chirurgen-Schiff eine viel kleinere Zahl gefunden, nur 2,5 Proz. Allerdings sind in seine Statistik viel mehr verheiratete Männer einbezogen, die der Ansteckung wenig ausgesetzt sind und daher das Gesamtergebnis günstig beeinflussen. Jedenfalls herrscht Einigkeit darüber, daß die Erkrankungsrate in den letzten Jahren nicht abgenommen hat, sondern sich stetig vergrößert. Es gilt darum, mehr als bisher über die Quellen der Ansteckung und die Mittel zu ihrer Verhütung Aufklärung zu verbreiten. Nur so wird es gelingen, der Seuche Einhalt zu gebieten und viele Proletarier mit ihren Familien vor Krankheit und Unglück zu bewahren.

Der Einfluß der Durchlüftbarkeit der Wohnungen auf die Gesundheit der Bewohner.

Das Aussehen der neuen großstädtischen Straßen ist ein anderes geworden gegen vor 30 bis 40 Jahren, aber in hygienischer Hinsicht haben auch sie noch oft Mängel. Zwar erfreuen jetzt das Auge schöne Fassaden mit Balkons und Loggien vielfach mit reichem Blumenzieren beim Betreten neuerer Straßen, z. B. der Neuen Christstraße und der Kaiserin-Augusta-Allee in Charlottenburg und ähnlicher Straßen in Schöneberg, Wilmersdorf und anderen Gemeinden von Groß-Berlin. Auch die Hofseiten zeigen gewöhnlich mit ihren zwei Seitensügel kein unansehnliches Bild. Aber die Wohnungen dieser Seitensügel leiden meist an dem großen Uebelstande, daß sie nicht durchlüftbar sind. Viele Menschen achten nicht auf diesen Umstand; welchen Einfluß aber diese Nichtdurchlüftbarkeit der Wohnungen auf die Gesundheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der Bewohner ausübt, hat Dr. Darr in sorgfältigen Untersuchungen dargelegt, die er im Auftrage des Local-Government-Board durchgeführt hat. (Wyman and Sons, London, Fetter, Lane.) Um vergleichende Zahlen zu finden über die Sterblichkeit zwischen Häusern, die so gebaut sind, daß ein direkter Durchzug der Luft stattfinden kann und Häusern, bei deren Bauart das nicht möglich ist, die mit ihren Rückseiten an einander gebaut sind (back to back), ergriffte D. seine Untersuchungen auf 18 Industriestädten in Yorkshire. Er wählte nur Häuser, die auf gesundem Grund und Boden standen und eine sonst einwandfreie Bauart zeigten und andere Beschaffenheiten an Ursachen der Sterblichkeit nicht zeigten. Um alle Zufälligkeiten möglichst auszuschalten, wurden die Sterblichkeitsverhältnisse der zur Untersuchung kommenden Häuser für die zehn Jahre von 1898 bis 1907 aufgenommen in hauptsächlich von Industriearbeitern bewohnten Gegenden. Die zur Untersuchung kommenden Häuser waren also von Personen mit ziemlich gleichem Einkommen bewohnt. Zwar stellte sich die Durchschnittsmiete in den durchlüftbaren Häusern um etwa 1 M. pro Woche höher, so daß wohl die wirtschaftliche Lage der Bewohner dieser Häuser im ganzen etwas besser sein mag, als die der Bewohner der nicht durchlüftbaren Wohnungen. Doch ist dieser Unterschied zu gering, um die Ergebnisse wesentlich beeinflussen zu können. Auf Grund des auf diese Weise vorzüglich gewonnenen Materials hat sich ergeben, daß die Sterblichkeit in den nichtdurchlüftbaren Wand- an Wandhäusern um 16 Proz. höher ist als in den durchlüftbaren. Der Unterschied steigt selbst bis auf 20 Proz., wenn die Wand- an Wandhäuser in lang fortlaufenden Strahnzügen stehen, die nicht durch Nebenstraßen durchbrochen werden. Dagegen stellt sich die Bauart solcher Häuser in Blocks von vier aneinanderstehenden Häusern günstig, denn bei dieser Bauart ist immer noch eine gewisse seitliche Durchlüftung möglich. Hier sind die Sterblichkeitsverhältnisse ziemlich dieselben wie bei den geradezu durchlüftbaren Häusern.

Die Untersuchungen wurden auch auf die aufstretenden Krankheiten und auf das Alter der Betroffenen erstreckt. Es zeigte sich dabei, daß bei allen Krankheiten der Atmungsorgane und bei denen der Nierensysteme die Sterblichkeit in solchen nichtdurchlüftbaren Häusern um 40 Proz. höher ist, dagegen nur um 10 Proz. bei Infektionskrankheiten und um 5 bis 6 Proz. bei Magenkrankheiten. Bei der Vergleichung nach Altersgruppen zeigte es sich, daß in den Wohnungen ohne Durchlüftung gerade Kinder unter 15 Jahren besonders gefährdet sind, dann wieder das Alter über 65 Jahre. Diese Feststellungen sind Veranlassung gewesen, daß in England durch eine Vorherrschaft des Haus- und Städtebaugesetzes von 1909 für die Zukunft die Einrichtung von Wohnungen nach diesem als gesundheitsgefährlich erkannten Wand- an Wandtypus verboten ist.

In Deutschland ist wohl durch die Statistik festgestellt, daß die

Arbeiterquartiere mit ihren meist höheren Mietsziffern, ihrer geschlossenen Bauweise, ihren engen Gassen und ihren hohen, undurchlüftbaren Seiten- und Hinterhäusern allgemein eine wesentlich höhere Sterblichkeit haben, als die Stadtbezirke, in denen hauptsächlich die wohlhabende Bevölkerung wohnt. Aber solche Spezialuntersuchungen, wie die des Dr. Darr über den Einfluß der Undurchlüftbarkeit der Wohnungen auf die Sterblichkeit sind unseres Wissens bei uns noch nicht durchgeführt worden, und unsere Bauordnungen enthalten nach dieser Richtung hin keine oder nur wenige Beschränkungen. Die durch die englischen Untersuchungen festgestellte wesentliche Erhöhung der Sterblichkeit durch solche undurchlüftbare Wohnungen sollten doch unseren Baubehörden Veranlassung geben, ihr Augenmerk nicht nur auf die Schönheit und Harmonie der Fassaden, sondern mehr als bisher auf die Gesundheit und damit auch auf die Durchlüftbarkeit der Wohnungen zu richten.

Gerichts-Zeitung.

Widerlei und Zuhälter.

Ein sehr vielseitiger Mann scheint der Hundehändler und Pianoflötenspieler Paul Laste zu sein, der sich unter der Anklage der Zuhälterei vor dem Strafgericht zu verantworten hatte. Der Angeklagte, welcher abwechselnd als Hundehändler, Pianoflötenspieler und Kellner tätig ist, ist ein sehr vielseitiges Talent, da sich in der Verhandlung herausstellte, daß er auch noch Mitglied eines Grabesangereins war, dessen Mitglieder durch Vermittlung der Beerdigungsinstitute und der Küster der einzelnen Kirchen an den Gräbern gegen Bezahlung Chöre singen. So seien aber auch mit diesem Verein nicht sehr weit her zu sein, denn es ergab sich vor Gericht, daß der Vorstehende dieses Vereins ein wegen Zuhälterei und anderer Straftaten mehrfach vorbestrafter Mensch ist. Neben der Ausübung dieser vier anstrengenden Berufsaktivitäten trieb der Angeklagte auch noch das Gewerbe eines Zuhälters, in dem er von einer jugendlichen Arbeiterin, die er selbst erst dem Laster in die Arme geführt hatte, täglich Beträge von 5-10 M. erhielt. — Vor Gericht war der Angeklagte geständig. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis und Ueberweisung an das Arbeitshaus. Das Gericht erkannte nur auf neun Monate Gefängnis.

Bauernfänger.

In drei Sprachen mußte eine Verhandlung geführt werden, welche die 7. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Wegen Betruges hatte sich der Händler Pietro da Ros zu verantworten. Als Zeuge trat ein aus Rußisch-Polen stammender Arbeiter Jablonski auf. Die Verhandlung gestaltete sich zu einer sehr schwierigen, da der Angeklagte, welcher Italiener ist, angeblich der deutschen Sprache nicht mächtig war. Da auch der Zeuge Jablonski nur polnisch sprach, so ergaben sich alle möglichen Schwierigkeiten. Als Dolmetscher waren der Amtsgeschäftssekretär v. Prusalk für die polnische Sprache und der Kaufmann Stetter für die italienische Sprache hinzugezogen. Die Aussagen des Zeugen und des Angeklagten mußten aus dem polnischen in das italienische bezw. umgekehrt übertragen und dann schließlich noch in die deutsche Sprache überleitet werden.

In der Sache selbst handelte es sich um einen alten Bauernjüngling, dem der Zeuge Jablonski zum Opfer gefallen war. Dieser war eben im Begriff nach Hamburg und von dort nach Amerika zu fahren, als er auf dem Lehrter Bahnhofe von dem Angeklagten da Ros angeprochen wurde, der ihm erklärte, daß er ebenfalls nach Amerika fahren wollte. Die schnell geschlossene Freundschaft wurde in einer Schankwirtschaft „begossen“, wo sich noch ein dritter Mann zu ihnen gesellte, der „zufällig“ auch nach Amerika fahren wollte. Als dieser sich entfernen wollte, verlangte der Angeklagte von ihm das Portemonnaie zu Pfande, damit er auch bestimmt wiederkomme. Der unbekannt gebliebene Dritte gab auch ohne weiteres seine Scheinbar wohlgeputzte Geldbörse heraus, die er dann, als er nach einiger Zeit wiederkam, zurück erhielt. Nachdem die beiden Gauner in dieser Weise den Beweis geführt hatten, daß Jablonski es mit grundehrlichen Leuten zu tun habe, verlangten sie auch von ihm das Portemonnaie zum Pfande, als er sich entfernen wollte. Er gab es ihnen. Als er zurückkam, waren die beiden „ehrlichen“ Leute mit der Börse, die über 600 M. enthielt, verschwunden. Der Angeklagte wurde am nächsten Tage verhaftet. In seinem Besitz wurden circa 800 M. vorgefunden. Da er die Täterschaft bestreitet, konnte dem Betrogenen das Geld vor der Beendigung des Strafverfahrens nicht zurückgegeben werden. Hierdurch geriet Jablonski in eine sehr sible Situation, da er ohne einen Pfennig Geld in Berlin festsaß und seine Amerikafahrt aufschieben mußte.

Nach einer längeren sehr umständlichen Beweisaufnahme wurde der Angeklagte, der schließlich noch ein Geständnis ablegte und plötzlich sehr gut deutsch sprechen konnte, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Ein Riesen-Fleischtrakt.

Nach einer Meldung der „New York Times“ aus Washington haben sich amerikanische und kanadische Kapitalisten vereinigt, um in Brasilien ein großes Rindfleisch-Produktionsunternehmen für die Ausfuhr nach Europa zu gründen; sie sollen sich bereits 9 Millionen Acres Weideland gesichert haben.

Die diesjährige Zuckerernte

der Vereinigten Staaten wird von Sachverständigen auf 1 825 000 Tonnen geschätzt. Damit würde der Rekord des Jahres 1910 übertroffen werden. Andere Sachverständige rechnen sogar mit einem Ertrage von 1 875 000 Tonnen.

Aus der Frauenbewegung.

Urteile über Frauenarbeit.

Eine Umfrage bei den Leitern einiger Betriebe, in denen Frauen in größerer Anzahl als Angestellte und Arbeiterinnen beschäftigt werden, hat das „Berliner Tageblatt“ über folgende Punkte veranstaltet: Kann die weibliche Arbeitskraft den Vergleich mit der männlichen Arbeitskraft aushalten? Besteht zwischen männlicher und weiblicher Arbeitskraft ein genau präzisierender Unterschied? Worin liegen die Vorzüge der Frauenarbeit? Auf welchen Gebieten hat die Frau sich besonders bewährt?

Von den Antworten, die darauf einliefen, wollen wir einige in gedrängter Form wiedergeben, denn sie sind in mehr als einer Hinsicht interessant; vor allem räumen sie mit der immer wieder geltend gemachten dahingehenden Ansicht von der geistigen und intellektuellen Minderwertigkeit der Frau gründlich auf. Ist das Urteil der Befragten in manchen Punkten auch schief und widersprüchlich, so beweist es aber doch, was einseitige Köpfe, allen voran unser alter Vorläufer für Frauenrechte, August Bebel, schon längst vertreten haben, nämlich, daß die Frau unter gleichen Bedingungen und bei gleicher Ausbildung denselben zu leisten imstande ist, wie der Mann. Nur in physischer Hinsicht und im — Antreiben bleib sie teilweise hinter diesem zurück.

Oberpostlat Vorbed, Oberpostdirektor für den Bezirk Groß-Berlin schreibt: Die Frauen hätten sich in der ihnen zugewiesenen Tätigkeit als Brauchbar und ausdauernd erwiesen. Sie zeichneten sich beim Fernsprechsprechdienst, sowie an der Schreibmaschine und an der Rechenmaschine vor den Männern aus. Eine weitere

Ausdehnung der Frauenarbeit im Postbetrieb sei angenehm. — Die Firma *Gerzon*, wo die Frauenarbeit eine große Rolle spielt, erwidert: Sie selbst habe mehrere bedeutende Abteilungen, die von Damen selbständig geleitet werden und deren Leitung sich sehr bewährt habe. Auch in der Gutbranche werde eine riesige Zahl von Damen beschäftigt, sowohl im Einkauf als auch im Verkauf. Für die duffigen leichteren Kleider sei die Frauenarbeit ganz unentbehrlich. An Intelligenz könnten nach ihren Erfahrungen die Frauen den Männern gleich erachtet werden. — Der Vorsitzende des Vereins der Textildetaillisten Berlins konstatiert, daß für eine ganze Reihe von Arbeiten die Frau sich besser eigne als der Mann. — Die Firma *Jandorf* hält die Frau, soweit der Verkauf in Betracht kommt, für alle Branchen prädestiniert, sie zeige die gleiche Intelligenz wie der Mann. Im Kontor sei sie fleißig, sehr gewissenhaft und lortrefflich. Auch arbeite sie ruhiger, bescheidener und zeige mehr Interesse für den Geschäft. Die Firma beschäftigt auch Frauen als Einkäuferinnen, sie seien als solche eminent tüchtig und es sei zweifelhaft, ob ein Mann die Position ebenso gut ausfüllen würde. Die Frau werde ihren Platz neben dem Manne behaupten, der Konkurrenzkampf zwischen den beiden sich aber steigern. — Der Inhaber des Seidenhauses *Michels* stellt der Tätigkeit der dort beschäftigten Frauen alles in allem ein günstiges Zeugnis aus. Für kleinere Detailarbeiten bringe die Frau mehr Geduld auf und führe sie exakter aus. Beim Verkauf eigne sie sich weit besser als der Mann. Für stenographische, Schreibmaschine und Korrespondenz sei die Frau unentbehrlich. Die Frau stelle auf die Dauer nicht so hohe Ansprüche in materieller Hinsicht (!). In der Seidenbranche läme die Geldfrage nicht so sehr in Betracht, weil da hohe Löhne gezahlt würden. Doch für viele Betriebe sei die Frauenarbeit schon wegen der niedrigen Löhne unentbehrlich. Er selbst wäre, alles in allem, mit den angestellten Frauen zufrieden und werde sie eher vermehren als vermindern.

Bei der Firma *Manoli* haben die Frauen, nach Angaben des Inhabers, sich vorzüglich bewährt. Sie brächten zur Arbeit mehr Geduld, Sauberkeit und Akkuratheit mit. „Für die Löhne, die in diesen Betrieben gezahlt werden, bekäme man auch keine jungen Mann.“ Die Zigarettenarbeiterinnen stammten meistens aus dem Auslande, besonders aus Rußland, der Türkei und Galizien. Die Frau denke nicht so intensiv an ihren Beruf wie der Mann, der nur an den Verdienst denke, während die Frau hundert Kleinigkeiten im Kopfe habe. Doch sei sie ruhiger, verlässlicher und geschickter. Auch verschwiegener, man brauche bei ihr nie eine Konkurrenz!lausel setzen zu können. — Die Firma *Müller u. Sußmann* bemerkt, daß sie in ihrem Betriebe keinen Unterschied zwischen Männer- und Frauenarbeit mache. Sie seien einander gleichwertig. An Fähigkeiten fänden die Frauen den Männern nicht nach und die Aufführung, die ihnen seitens der sozialdemokratischen Verbände resp. Organisationen geworden sei, habe sie den sozialdemokratischen männlichen Arbeitern gleichgestellt, sowohl in

ihren Ansprüchen, als auch in ihrem sonst feindsichtigen Verhalten gegenüber ihrem Arbeitgeber. In leitender Stellung und auch im Kontor habe sich die Frau bewährt. — Die Wäschefirma *Gebrüder Simon* spricht sich sehr lobend über die Tätigkeit der Frau in Kontor und Arbeitsstube aus, doch eigne sie sich zum Disponieren und Korrespondieren weniger als der Mann. Einer ihrer Keinen Fehler sei die Schwachhaftigkeit und das „sich schlecht“ machen. Beim Lohn dürfe nicht das Geschlecht entscheiden, wie es leider meist der Fall sei, sondern nur die Leistung. — *Sarotti*, Bellealliancestraße, schreibt: Der Unterschied zwischen der Frauen- und Männerarbeit bestehe in ihrem Betrieb darin, daß die leichteren Arbeiten den Frauen übertragen werden. Hierfür eigneten sich die Frauen besonders, weil sie mehr Fingerfertigkeit, Gelenkigkeit, Geschicklichkeit und Geduld hätten. Im Kontor sei die Frau dem Manne gleichwertig, ja, man könne sich ein gut geleitetes Kontor ohne Frauen gar nicht mehr denken. — Der Personalchef einer Berliner Großbank äußert sich hinsichtlich der Frauenarbeit im Bankwesen: Sie hätten als einzige Bank Deutschlands Damen in größerer Anzahl eingestellt, allerdings nur in untergeordneter Stellung, wo keinerlei Vorbildung erforderlich wird. Doch gerade in diesen Stellungen seien nach seiner Erfahrung die Frauen besser zu verwenden als die Männer, weil ihnen, seltene Ausnahmen abgerechnet, die den Männern eigene Lust, vorwärts zu kommen, fehle. Sie betrachten ihre Dienstzeit als Uebergang zur Ehe. Die Bank habe nicht die Absicht, die höheren Stellen mit Frauen zu besetzen. Auf ihrem Arbeitsgebiet teils gleichwertig, teils sogar besser einzuschätzen, als die Männer, da sie ruhiger, geduldiger und zufriedener seien.

Die Antworten aus Unternehmermünd, die Urteile und Ansichten aus diesen Kreisen bieten auch dem, der sich mit diesen Fragen täglich befaßt, Bemerkenswertes genug. Uebereinstimmend in all diesen Äußerungen wird betont: Frauenarbeit werde im allgemeinen geringer bewertet, die Frauen seien bedürftiger, geduldiger, an der Kasse zuverlässiger, sie betrachten die Arbeit im Geschäft nur als Durchgangstation. Die Frau ist mehr Krankheiten unterworfen als der Mann.

Sehe wertvoll ist die Feststellung einer Firma, die Auffklärung der modernen Organisationen habe erzielt, daß die Arbeiterinnen für gleiche Leistung auch gleichen Lohn verlangen. Ein ehrenvolleres Lob kann eine Kampforganisation gar nicht erhalten, als die Feststellung, sie habe ihre Mitglieder dazu erzogen, für ihre volle Leistung auch volle Bezahlung zu heischen. Die Gewerkschaften werden jedoch mit diesem Teilerfolg nicht zufrieden sein, sondern weiter schreiten auf dem Wege der Vesserstellung ihrer Mitglieder ohne Unterschied des Geschlechts.

Versammlungen — Veranstaltungen.
Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Heute, Donnerstag, den 28. Dezember, nachmittags 5 Uhr, in „Reisers Neue Philharmonie“, Köpenicker Str. 96/97; Weihnachtsfeier

mit Kindern. Für Gesang ist das deutsche Frauenorchester gewonnen, ein Kapelle-Theater, Spiel und Tanz soll die Kinder erfreuen. Erwachsene Mitglieder zahlen 10 Pf., Gäste 20 Pf. Kinder haben freien Eintritt.

Besehene.
Schöneberg. Morgen, Freitag, den 29. Dezember, in allen Bezirken: Extra-Besehene d. Zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder erwünscht.

Briefkasten der Redaktion.
S. G. 2. 1. Es kommt der von der Dreifachklasse festgestellte, aus dem Kassenbuch ersichtliche durchschnittliche Arbeitsverdienst in Betracht. 2. Sie legen sich am zweckmäßigsten mit Ihrer Organisation oder mit dem Arbeitersekretariat in Verbindung. — Weidenweg. Falls Ihre Behauptungen beweisbar sind, liegt Scheidungsgrund vor. Bei dem geringfügigen Einkommen nicht zahlungspflichtig. — G. G. 51. 1. Ja. 2. Ja. G. W. 12. 1. Ersuchen Sie das Amtsgericht um eine vollstreckbare Urteilsausfertigung. Auf Grund derselben Vollstreckung zulässig. 2. Fragen Sie beim Transportarbeiter-Verband, Engländer 15, an. — H. G. 31. 1. Gerichtsband Det der Tat oder Wohnort des Täters. Ist die Beileidigung in einem nach Berlin adressierten Brief enthalten, das Berliner Gericht. 2. Am Wohnort. 3. Nein, wenn Schulmittel vorhanden und Zwangs Vollstreckung fruchtlos war. 4. Ja, Staatsanwaltschaft, in dessen Bezirk der Täter wohnt. P. R. 100. Nur der Erheber kann zu dem gleichmäßig zulässigen Kündigungstermin kündigen. Dem Mieter steht dies Recht nicht zu. — P. R. 36. Ja. — A. W. 1. In der Sache selbst läßt sich nichts mehr tun. Rückgabe des Schriftstücks können Sie verlangen. — T. R. 7. Der Anspruch ist verfallen. — Gump. Vaidoborner Str. Nach Ablauf des Jahres sind Sie haltbar bezug zur Versicherung verpflichtet. — H. 89. 1. und 2. Vorausgesetzt, daß tatsächlich Gütergemeinschaft besteht, haben die Kinder des einen Teils nach dessen Ableben Anspruch auf die Hälfte. 3. und 4. Am zweckmäßigsten ist ein gemeinschaftliches Testament der Eheleute. — Sch. Mariendorf. Ja, falls tatsächlich ein Aktum der Kirchengemeinde vorliegt. Die Witwe soll sich den Akt vorlegen lassen. — W. S. Ja, sofern Untersuchung durch den Kreisarzt erfolgt ist. — Nr. 1912 S. 2. 1. Kein Anmeldebau bei der Gewerbeabteilung. 2. Je nach Einkommen. 3. Bauzinsgebühr 180 M. Andernfalls Grundgebühr 100 M., pro Gebirg 5 Pf. Zuschlag, Wundheilung 20 M., alles pro Jahr. — H. S. 3. Die halten ein neues Mietverhältnis für vorliegend, für das die gesetzliche Kündigungsfrist, nach Ihrer Schilderung zum Schluß jedes Quartals bis längstens am dritten Tage des Quartals, zulässig ist. — W. R. 84. 1. Nein. 2. Recht zweifelhaft. — A. Ja. — H. W. 24. Vierteljährlich. — W. S. 77. Geschäftliche Unternehmungen empfehlen wir nicht. — W. R. 30. Berlin N., Bernauer Straße 69. — P. G. 37. Fürsorge für Alkoholkranker Charité-Krankenhaus Montag und Donnerstag 5-7 Uhr. — Genu Richter. Ja. — W. R. 75. Daß von Ihnen vorgezogene Gewicht ist im Verkauf nicht zu haben. — G. H. 65. 1903 am 1. Oktober aus eigenem niedergelegt. Erfahrung: Studien, Sozialdemokrat. — W. 70. Nein.

Marktpreise von Berlin am 28. Dezember 1911, nach Ermittlung des Königl. Vollspreßbüros. Marktschillingenpreise (Reinhandel), 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 36,00—50,00. Speisebohnen weiße, 40,00—60,00. Hirsen 40,00—80,00. Kartoffeln 8,00—11,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Baufleisch 1,20 bis 1,80. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,80—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,80—6,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40. Kote 1,20—2,80. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,20 bis 2,60. Dorsche 1,00—2,00. Schlei 1,40—3,20. Hele 0,80—1,40. 60 Stück Störle 2,40—2,40.

Gertrud Löff
Bruno Dahms
Verlobte
Weihnachten 1911 Berlin NO.

Verlobte:
Martha Schmidt
Emil Fischer
Straßburg i. E. Rixdorf.
25. Dezember 1911.

Unserem Genossen, dem Restaurateur
Julius Wendt nebst Frau
zur heutigen Silberhochzeit die besten Glückwünsche.
Die Gäste der H.C.-G., Hennigsdorf.

Unserem Genossen u. Genossin
Paul Borsdorf und Gattin
zu ihrer Silberhochzeit am 27. Dezember 1911 die besten Glückwünsche.
Die Genossen des 12. Bezirks des Wahlvereins Schöneberg.

Die Verlobung unserer Tochter
Frieda mit Herrn **Max Krause** brechen wir hiermit ergebenst anzuzeigen.
Berlin, Weihnachten 1911.
Hermann Rejsmann nebst Frau.
12772

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andraasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hochelegant Genrez. Anfertigung in niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden

Festsäle Sonnabend im Februar 1912.
Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59. Amt Tpl. 10155.

Zweiter Wahlkreis

2 öffentliche Wählerversammlungen

heute Donnerstag, den 28. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Kreuzberg-Festsälen, Kreuzbergstr. 48,
morgen Freitag, den 29. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in der Anhaltischen Ressource, Möckernstr. 114.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:
Die Reichstagswahl und wen wählen wir?

Referenten: **Emil Eichhorn, Richard Fischer.**
Freie Ansprache. 212/14 Der Vorstand.

Dritter Reichstags-Wahlkreis.

Zwei Wähler-Versammlungen

in „Dresdener Kasino, Dresdener Straße 96 und in den „Ritter-Sälen“, Ritterstraße 75.
Tagesordnung:
„Die bevorstehende Reichstagswahl.“

Referenten: Genosse **Früh Ebert** und Stabsarzt **Paul Dupont.**
In beiden Versammlungen wird der Kandidat des Kreises **Wilh. Pfannkuch** eine Ansprache halten
Zahlreichen Besuch erwartet [214/13*] Der Einberufer.

5. Reichstags-Wahlkreis.

Freitag, den 29. Dezember 1911, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16—23:

Öffentliche Wähler-Versammlung

Tagesordnung: 259/8*
„Warum muß der 12. Januar 1912 ein Tag der Abrechnung sein?“
Referent: Schriftsteller Genosse **Eduard Bernstein.** — Freie Diskussion.
Parteilosen! Agitiert für Massenbesuch zu dieser Versammlung.
Daß sozialdemokratische Wahlkomitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.
Freitag, den 29. Dezember, abends Punkt 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3 (großer Saal):

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:
Welche Maßnahmen ergreifen wir gegenüber dem Verhalten des Hauptvorstandes?
Sämtliches und zahlreiches Erscheinen ist unbedingt notwendig. Auch machen wir unsere Kollegen aufmerksam, ihr Mitgliedsbuch mitzubringen, da nur Mitglieder unserer Zahlstelle Zutritt haben.
94/14 Die Ortsverwaltung.

Silvester-Punsch

Punsch Royal a Flasche 2⁰⁰ und 1¹⁰ M.
von Rum, Arrak, Glühwein . . . a Flasche 2⁵⁰ und 1³⁵ M.
Sherry u. Schlummer-Punsch . a Flasche 3⁰⁰ und 1⁶⁵ M.
Ananas, Burgunder-Punsch . a Flasche 4⁰⁰ und 2⁰⁰ M.
Bowlen-Mosel, Bowlen-Extrakte, Tischweine empfiehlt und versendet in bekannt ausgezeichneter Qualität.

Georg Andree, Berlin C., Prenzlauer Str. 1-2.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Tanz-Lehr-Institut Richard Heinrich

Gewerkschaftshaus, Engländer 15.
Beginn der neuen Kurse für Damen und Herren am
Sonntag, den 7. Januar
und folgende Tage.
Unterrichtstunden: Sonntags von 3-6 Uhr, Dienstags von 8-11 Uhr.
Aufnahmen werden jederzeit vor Beginn des Unterrichts sowie in meiner Wohnung Wrangelstraße 107, II, entgegengenommen. Hochachtungsvoll
Richard Heinrich.

SÄNGER: REDNER: RAUCHER:

WYBERT-TABLETEN

schützen Sie vor:
HUSTEN HEISERKEIT KATARRH

Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis Mk 1.-

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wack, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Gewerkschaftliches. Stürmische Weihnachten.

London, 23. Dezember 1911. (Fig. Ver.)

Das an Kämpfen in Großbritannien überaus reiche Jahr nimmt ein stürmisches Ende, das noch schwerere Kämpfe für die Zukunft prophezeit. Ein mit großer Erbitterung geführter Streik in Dundee, eine Ausperrung von 160 000 Arbeitern in Lancashire und der angekündigte Generalstreik der Bergarbeiter: das ist das Weihnachtsgeschehen, mit dem die britische Arbeiterschaft stürzlich nehmen muß. In Dundee streiken die Dackarbeiter und die Fuhrleute. Die Dackarbeiter verlangen eine Erhöhung ihres Stundenlohns von 5 auf 6 Pence und die Fuhrleute fordern einen Mindestlohn von 23 Schilling die Woche. Nebenbei wie in Liverpool im Sommer verloren die städtischen Behörden gleich zu Anfang des Kampfes den Kopf. Sie importierten fremde Polizisten und schrieben nach dem Militär, obwohl ihnen die Streikleitung nachdrücklich versichert, daß sie für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sorgen würde und könnte. Seitdem ist es täglich zu Straßenunruhen gekommen, bei denen eine Reihe alter Leute und Kinder von den Totschlägern der Polizisten verletzt worden sind. Noch aufrechter als die brutale Handlungsweise der Polizisten wirkt die Anwesenheit von 300 Soldaten vom Regiment, das den ominösen Namen „Schwarze Wache“ trägt. Bis gestern waren 90 000 Menschen durch den Streik arbeitslos gemacht worden und heute haben die Zuteilfabriken ihre Arbeiter nach Hause geschickt, da sie kein Rohmaterial und keine Kohle mehr haben. Der Streik hat jetzt 60 000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Auf beiden Seiten herrscht große Erbitterung, so daß auf eine nahe Beendigung des Kampfes nicht zu rechnen ist. Die Dackarbeiter drohen mit einem allgemeinen Transportarbeiterstreik. Die Entsendung der Truppen nach Dundee hat besonders im Norden unter der Arbeiterschaft große Erregung hervorgerufen, die die Regierung unmittelbar zu spüren bekommen hat. Bei der am 22. Dezember stattgefundenen Wahl in Govan bei Glasgow enthielten sich mindestens 1000 Arbeiterwähler der Stimme, so daß die Mehrheit des Regierungskandidaten von 2040 auf 986 sank. Am Tage vor der Wahl hatte die lokale Arbeiterpartei die Wahlparole ausgegeben: „Stimmt gegen den Kandidaten der Regierung, die Soldaten nach Dundee geschickt hat. Wäre der Aufruf etwas früher veröffentlicht worden, so hätten die Liberalen diesen sicheren liberalen Wahlkreis wahrscheinlich verloren.“

Die Ausperrung der Weber in Nord- und Nordost-Lancashire wird am 27. Dezember ihren Anfang nehmen, wenn nicht die Arbeiter bis dahin in zwei Fabriken, wo gestreikt wird, die Arbeit wieder aufnehmen. Von den 160 000 von der Ausperrung betroffenen Arbeitnehmern sind zwei Drittel Frauen. Der Streik dreht sich um die Frage der Unorganisierten, mit denen die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht arbeiten wollen. In jedem der zwei bestreikten Betriebe handelt es sich um zwei Personen, die der Gewerkschaft, der sie ihre günstigen Arbeitsbedingungen verdanken, nicht beitreten wollen. Die Frage der Unorganisierten ist jedoch in ganz Lancashire akut und die Arbeiter messen ihr die höchste prinzipielle Bedeutung bei. Nichts beeinträchtigt die Disziplin in der Gewerkschaft und die Eintracht in der Fabrik so sehr als die Anwesenheit einer Handvoll Unorganisierter in einem Betriebe. „Diese Leute“, so sagte mir neulich ein Gewerkschaftsbeamter, „sind keine anständigen Arbeiter; sie gehören meist zu der Sorte Leute, die des Sonntags in der Kirche anstatt der Wänze einen Hosenknopf in den Klingelbeutel werfen.“ Diese Schmarotzer werden natürlich in der kapitalistischen Presse Englands als fühne Kämpfer für die persönliche Freiheit hingestellt und den Gewerkschaften wird in derselben Presse der Vorwurf gemacht, sie hätten einen frivolsten Streik provoziert. Die Prinzipienfrage hat die Gemüter sehr erhitzt, so daß eine Vermehrung der Ausperrung kaum möglich scheint. Die Folgen der Ausperrung werden sich bald in der ganzen Textilindustrie Lancashires bemerkbar machen; die Spinnereien und Färbereien werden den Betrieb einstellen müssen, da der Absatz oder die Materialbeschaffung stocken wird.

Die finstere Wolke am wirtschaftlichen Himmel ist der drohende Generalstreik der Bergarbeiter. Die englische Bourgeoisie wiegt sich noch in der Hoffnung, daß der Streik nicht stattfinden wird und zitiert das Sprichwort: Kommt Zeit, kommt Rat. Woher der Rat kommen soll, wird jedoch nicht gesagt. Die Bergarbeiter bestehen energisch auf den Minimallohn und ebenso energisch

haben die Unternehmer die Forderung abgewiesen. Daß ein lahmere Vergleich wie im Falle der Eisenbahner zustande kommt, ist nicht wahrscheinlich. Die Bergarbeiter sind außerordentlich stark organisiert und haben eine reiche Kriegskasse. Auch kann man gegen sie mit Polizisten und Soldaten nicht viel ausrichten und die Bourgeoisöhnden, die die Gesellschaft retten wollen, werden sich hüten, in die Gruben zu steigen. Zu alledem kommt, daß einige der tatkräftigsten Bergarbeiterführer jetzt im Vorstand der Bergarbeiterföderation sitzen.

Wir stehen in Großbritannien an der Grenzschleife zweier Epochen. Von Tag zu Tag wird es klarer, daß die Kämpfe des Sommers nur ein Vorspiel waren. Der Druck des Kapitalismus auf der einen und die Lehren des Sozialismus auf der anderen Seite haben eine Situation geschaffen, die die Möglichkeit großer Umwälzungen in sich birgt. Lange ist es den klugen bürgerlichen Politikern gelungen, die Bildung einer mächtigen sozialdemokratischen Partei in England zu hintertreiben; aber sie haben nicht verhindern können, daß die Gedanken des Sozialismus in mehr oder minder klarer Form die Gemüter der britischen Arbeiter erfassen. Es wäre nicht schwer, zu beweisen, daß in den oben angeführten Fällen das treibende Element in der sozialistischen Bewegung zu suchen ist. Und diese neuen Gedanken lassen sich ebenso wenig durch Schläuelei als durch Ausnahmegerichte aus der Welt schaffen. Lange mag die Bourgeoisie die Arbeiterschaft am Gängelband führen, aber es kommt doch schließlich die Zeit, wo sich die Gegenkräfte nicht mehr vertuschen lassen. Diese Zeit scheint in England gekommen oder doch nahe zu sein. Die wirtschaftliche Aufschwüfung, die wir jetzt beobachten können, ist ihr Vorbote. Die holden Klänge der Weihnachtsglocken ertönen das Getöse des Klassenkampfes, das uns daran mahnt, daß nicht Friede auf Erden, sondern Krieg auf Erden die Lösung ist, so lange der Kapitalismus die Völker bedrückt.

Ein Telegramm meldet:

Rochdale, 27. Dezember. Heute morgen wurde hier in den Baumwollspinnereien durch Anschlag die Ausperrung bekanntgegeben. In verschiedenen Fällen ist auf den Anschlägen ausgegeben, daß sowohl die Spinnerei- wie die Webereiabteilungen von heute abend bis auf weiteres geschlossen sein werden. In Blackburn ist ebenfalls die Ausperrung in allen Baumwollspinnereien durch Anschlag bekanntgegeben worden. Es wird angenommen, daß die Ausperrung nur von kurzer Dauer sein wird, da die Ursache der Ausperrung und die schweren Folgen in keinem Verhältnis zueinander stehen.

Berlin und Umgegend.

Zerstörte gelbe Hoffnungen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der A. E. G., Werke Brunnenstraße, Ackerstraße und der dazugehörigen Nebenwerke, beschäftigten sich in 5 Betriebsversammlungen mit der in diesem Betrieb geplanten gelben Gründung. Cohen und Johansen referierten. Sie schilderten den zahlreich Erschienenen die Pläne und Absichten, die die Direktion der A. E. G. mit dieser gelben Gründung verfolgte.

Wie überall, so sollte auch bei dieser gelben Gründung nach außen hin der Anschein erweckt werden, als ob die Anregung zu dieser Gründung aus Arbeiterkreisen komme. Doch wenn man auch sonst nicht immer sofort bei Beginn feststellen kann, daß dies nur eine Täuschung der Öffentlichkeit ist, so konnte in diesem Fall doch sofort bei der Geburt festgestellt werden, wer der eigentliche Vater dieses Kindes ist. Am 7. Dezember d. J. lief bei der Direktion der A. E. G. eine Petition ein, in der die Direktion ersucht wurde, ihre Zustimmung dazu zu geben, daß in dem A. E. G.-Betrieb ein Unterstützungsberein errichtet würde, um ein besseres Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeizuführen. Doch mit dieser Petition eine Komodie aufgeführt wurde, erhebt sich daraus, daß dieselbe mit Schreibmaschine geschrieben war. Für gewöhnlich sind ja Arbeiter mit ihrer wenig umfangreichen Korrespondenz noch nicht genötigt, eine Schreibmaschine zu haben. Aber es kommt noch das Wertwürdigste hinzu, daß es eine Schreibmaschine von der Art gewesen sein muß, wie sie in den Bureaus der A. E. G. in Gebrauch ist. Weiter ist noch folgendes zu verzeichnen: Die Petition, die angeblich erst am 7. abgegeben wurde, konnte auch sicher nicht vor dem 7. in den Händen der Direktion sein. Demgegenüber steht fest, daß die Direktion, wahrscheinlich in Vorausahnung dessen, was kommt, bereits am 5. Dezember für den angeblich aus Arbeiterkreisen gewünschten Werkverein Mitglieder zu werben versuchte. Die oben geschilderten Dinge zeigen schon allein, wie die Sachlage ist. Aber die Referenten mußten noch weit mehr zu berichten. Die Referenten

gaben bekannt, daß seitens der Generaldirektion an sämtliche Einzelwerke bereits im Oktober Anweisungen ergangen waren zur Gründung von gelben Werkvereinen, und daß jedem Werkverein ein Gründungsfonds von 5000 M. zugewiesen werden soll. In diesem Anschreiben an die Direktion der einzelnen Werke ist auch mitgeteilt, wie sich eventl. die Sache machen lasse, nämlich, indem man Arbeiterausperrungsmittelglieder und Vertrauensleute entsläßt, in der Erwartung, daß daran sich ein Streik anschließt. Dann sollte die Wiedereinstellung vom Beitritt zu diesem Werkverein abhängig gemacht werden!

Damals, im Oktober, wurde die beabsichtigte Gründung durch die Ereignisse infolge des Formertstreiks vereitelt. Jetzt nun, bei der verflochtenen Ausperrung, fiel es allgemein auf, daß in sämtlichen A. E. G.-Werken Arbeiterausperrungsmittelglieder nicht mit ausgesperrt worden waren. Was der Zweck dieser Übung sein sollte, ließen die Herren Direktoren in den einzelnen Werken sehr bald erkennen. Bei einer Veranbarung, die sich in einem Werk notwendig machte wegen Streiarbeit, sagte der betreffende Direktor: In dem Verhalten des Metallarbeiterverbandes läge doch eigentlich gar keine Logik. Es müßten doch die 40 Proz. herausgezogen werden. Auch sonst fielen einige Bemerkungen seitens dieses Herrn, die deutlich erkennen ließen, daß man Arbeiterausperrungsmittelglieder usw., also die Vertrauensleute der Arbeiter, nur deshalb nicht ausgesperrt hat, weil man erwartete, diese würden den Ausgesperrten ohne weiteres folgen, und darnach könnte man bei Aufhebung der Ausperrung etwa in der Weise verfahren, daß die Ausgesperrten auf ihre Plätze zurückkehren, diejenigen aber, die freiwillig ihre Plätze verlassen hätten, nicht zurückkommen dürften. Auch dieser Plan scheiterte. Denn schließlich übt die Arbeiterschaft die Anwendung der Taktik je nach Lage der Verhältnisse, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis, und diesen Faktor hatten die Herren der Direktion der A. E. G. wohl nicht mit in Rechnung gestellt.

Da blieb nun nichts weiter übrig, als in der Form vorzugehen, wie es durch die Petition geschehen ist. Man mußte doch die Anweisung von der Generaldirektion am Friedrich-Karl-Ufer befolgen.

Die weiteren Maßnahmen der Direktion nach Eingang der Petition sind aber auch so ungeschickt, daß man das ganze Wesen der Sache ohne weiteres erkennen kann. Ein Herr Nord, sehr häufig der Vertrauensmann der Direktion der A. E. G. Ackerstraße, bekam die Erlebigung der Vereinsgründung überwiesen. Der Herr betrieb eine Versammlung der A. E. G. Ackerstraße nach dem Kriegervereinshaus, Chausseestraße, und zwar zum 15. Dezember. Daß für diese Versammlung gerade der Hochzeitssaal des Kriegervereinshauses genommen wurde, hat unter der Arbeiterschaft ganz besondere Feitelkeit ausgeföhrt. Anwesend waren einige ältere Kollegen aus den Lögern, einige Betriebsunterbeamte und eine Anzahl Arbeiterinnen, genau gezählt insgesamt 35 Personen. Daß Herr Nord, der Vertraute der A. E. G. Ackerstraße, der Einrufer der Versammlung war, gab er selbst zu, indem er sich als solcher bekannte und auch als solcher von seinem „Hausrecht“ Gebrauch machte. Die Vereinsgründung ging dann auch vor sich, und damit war zunächst einmal die Anweisung der Generaldirektion erledigt.

Die in den vom Metallarbeiterverband einberufenen Betriebsversammlungen anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen erklärten ausdrücklich, und gaben auch durch ihre Ausführungen ohne weiteres zu erkennen, daß sie sich durch die Täuschungsmanöver, die man bei Gründung des gelben Vereins versucht hatte, nicht hinterlistig führen lassen und sehr wohl merken, daß diese Werkvereine durchaus nicht den Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern im Gegenteil ausschließlich den Interessen der Firma dienen. Wahrscheinlich beabsichtigte man mit der Gründung der gelben Vereine und dem Verprechen, daß die Mitglieder der gelben Vereine bei kommenden Ausperrungen nicht mit ausgesperrt werden sollen, zu verhindern, daß bei der jetzt beendeten Ausperrung sich die gleichen Wirkungen zeigen, wie bei früheren Ausperrungen auch, nämlich weitere Ausdehnung der Arbeiterorganisation.

In einer Versammlung erschien auch Herr Winter vom Christlichen Metallarbeiterverband und sorgte zur Genüge dafür, daß neben dem Ernst, auch der Humor zu seinem Recht kam.

Alles in allem war der Verlauf sämtlicher Versammlungen ein ausgezeichneter und können die freigewerkschaftlichen Organisationen mit der ungewollten Agitation, die die Direktion der A. E. G. ihnen geleistet hat, durchaus zufrieden sein.

Maßregelungen bei der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft.

Seit der Lohnbewegung der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn im Sommer d. J., die mit einem Erfolge für die Angestellten endete, wodurch die Gesellschaft jährlich 1 400 000 Mark mehr an Gehältern zahlen mußte, war die Direktion mit Hilfe ihrer Zwischenträger schon seit Monaten bestrebt, Uneinigkeit in die Reihen

von ihm 1909 veranstaltete Arbeiter-Dilettanten-Kunstausstellung und als Herausgeber einer Reihe von Arbeiter-Remoiren, Gedichten usw. Wir wollen nicht leugnen, daß die Sammlung und Herausgabe an sich verdienstlich war; obgleich in allen Unternehmungen die Unfähigkeit Lebensstills spürbar wurde, Typisches und Wertvolles von dem Zufälligen und Nüchternen zu trennen. Selbst notwendige Einleitungen fehlen, um auf die Besonderheiten und Bedingungen des Ausgeschlittenen hinzuweisen. So findet sich in einem der Bücher das Geschreibsel eines offenbar an Altersblödsinn leidenden Greises ganz ungeniert neben andern Selbstbiographien als typisches Produkt von Proletariern. Immerhin bot das Material dort Neues und Brauchbares, und so gingen wir wenigstens mit der gleichen Erwartung an die Lesüre der „Arbeiterfrage“.

Levenstein stellte sich die Aufgabe, „ein Fundament für die Beantwortung der Fragen zu schaffen“:

- a) Was für Menschen prägt die moderne Großindustrie unter dem Drucke privatwirtschaftlicher Oekonomie?
b) Welche Kräfte bilden das Gegengewicht einer etwaigen psychischen und physischen Entartung?

Das „Fundament“ bildet die Beantwortung eines Erhebungsformulars, das an insgesamt 8000 organisierte Arbeiter (Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet, Saargebiet und Schlefien; Textilarbeiter aus Berlin und Posen; Metallarbeiter aus Berlin, Solingen und Oberhein) gesandt wurde. Von den Formularen gingen 5040 bei Levenstein wieder ein. Das Formular enthielt außer den Fragen nach Name, Alter, Beruf, Familienstand, Kinderzahl, Wochenverdienst, Arbeitszeit, Lohnform und solche nach subjektiven Erfahrungen und Anschauungen. Die Fragestellungen waren aber so läppisch und so wenig eindeutig, daß Arbeiter selbst dagegen protestierten. Was sollen solche Fragen werden: 10. Wieviel Stunden würden Sie gern arbeiten? 11. Was würden Sie tun, wenn Sie täglich genügend Zeit für sich hätten? 12. Was würden Sie sich für Dinge anschaffen, wenn Sie das nötige Geld hätten? (Nach dem Muster des Kinderpiels: Ich schenke Dir nen Taler; was kaufst Du Dir dafür?) In vielen wird mit einem „oder“ nach Dingen gefragt, die sich gar nicht anschließen: 13. Was ist Ihnen Ihre Arbeit Vergnügen, oder haben Sie kein Interesse daran? Was für einen Sinn hat es weiter, zu fragen: 18. Denken Sie bei Ihrer Arbeit — und an was denken Sie — oder ist es Ihnen überhaupt unmöglich, dabei zu denken? 25. Gehen Sie oft in den Wald? Was denken Sie, wenn Sie auf dem Waldboden liegen, ringsherum tiefe Einsamkeit? Geradezu beleidigend wirken: 19. Finden Sie Ihre Vergnügen mehr in der Familie oder im Wirtshaus? 26. Welche Hoffnungen und Wünsche haben Sie?

Die Klassenbewusste Arbeiterschaft muß es sich ernstlich verbitten, daß sie in solcher verletzenden Weise gleich kleinen Kindern ausgefragt und behandelt wird. Die „Bergische Arbeiterstimme“ (Solingen) hatte nur zu recht, als sie am 20. Mai 1910 sich gegen solches Unterfangen verbat: „Solche Wichtigtuereien, die in den Arbeitern lediglich Objekte für ihre Schrollen und Marotten sehen und sie nur benutzen, um sich mit irgendeiner sensationellen Verschobenheit einen Namen zu machen, sollte die Partei in Berlin sich vom Halse halten“, und es ist im höchsten Grade zu bedauern, daß trotz der Aufnahme dieses Warnungsartikels in andere Parteiblätter über 5000 Arbeiter sich zur Beantwortung hergegeben haben. Wenn uns Levenstein erzählt, er hätte auch 100 Fragebogen in veränderteter, also wohl weniger beleidigender Form, „an 100 sogenannte Intellektuelle abgegeben“, und nur 17 natürlich unausgefüllte Bogen zurückerhalten, „dahon zwölf mit dem Hinweis, daß hier wohl eine Art Psychose (Geistesgefahr) seitens des Fragestellers vorliegen“ müsse, so ist uns diese Antwort recht verständlich.

Die nun aber die Antworten auf diese schief, mehrdeutig und zusammenhanglos gestellten Fragen „bearbeitet“ worden sind, spottet jeder Beurteilung. Man wird den Eindruck nicht los, daß Levenstein seine wissenschaftliche Unfähigkeit vollends erweisen wollte. Zunächst bekommt er es fertig, auf Grund der natürlich nicht von jedem einzelnen Betroffenen vollständig ausgefüllten Formulare „vier große Einjamitte, letztlich allerdings ganz nach subjektiver Überzeugung, aber auf Basis peinlichster Untersuchungen“, zu machen, „um die geistige Struktur der eingegangenen Erhebungsformulare zu kennzeichnen“. Und zwar hat er „festgestellt“, daß 5,9 Proz. der „intellektuellen“, 9,9 Proz. der „kontemplativen“, 20,1 Proz. der „verbildeten“ (1) und 64,1 Proz. der „Massenschicht“ (11) angehören. Jeder Mann, der wissenschaftlich ernst genommen werden will, gibt die Methoden „peinlicher Untersuchungen“ an. Levenstein spart sich das alles. Er bringt fertige Zahlen und damit haben sich einmal der Versuch einer ausführlichen Charakteristik der vier Schichten erledigt. Die Klassifizierung der Massenschicht mit ausgeprägten Kollektivinstinkten hat keine besonderen Schwierigkeiten. Sie wird gebildet von der „Kategorie Menschen, die allen Lebensäußerungen ganz apathisch gegenübersteht, die man ebensogut in einen Käfig stecken und regelmäßig füttern könnte“. Und zu derartigen Robeiten haben organisierte Arbeiter ihre Hand geboten! Auf knapp einer Seite ist die Einteilung aller Schichten „begründet“ und forban erscheint in dem Text jeder Arbeiter tatsächlich mit der Nummer 1, 2, 3 oder 4. Was werden die Formularausfüller dazu sagen, wenn sie ihre An-

Eine Sozialpsychologie der Arbeiter?

Wolff Levenstein, Die Arbeiterfrage. Mit besonderer Berücksichtigung der sozialpsychologischen Seite des modernen Großbetriebes und der psycho-physischen Einwirkungen auf die Arbeiter. 406 Seiten. Verlag Ernst Reinhardt, München 1912. Geb. 7,50 M.

Das Wort „Sozialpsychologie“ gehört zu den Redewortern unserer Zeit. Aber wie jede Modesache einem gesellschaftlichen Bedürfnis entspricht, so auch die „Sozialpsychologie“. Schmolke war einer der ersten, der psychologische Faktoren als neben den sozialen in gleich primärer Wichtigkeit wirkende immer da einführte, wo er der zwingenden Notwendigkeit rein ökonomischer Bedingtheit (im umfassenden Sinne Margens gebraucht) entgegen wollte. Die Reizzahl der vulgären Sozialistenbräuter und Marxkritiker operiert mit psychologischen Worten, um auf die Stumpfheit der Masse loszuschlagen und die psychologische Unmöglichkeit ökonomischer und historisch fundierter Entwicklungstheorien zu behaupten. Und je häufiger dies Wort gebraucht wird, um so fester kann man davon überzeugt sein, daß es den Mangel wirklicher Beweisgründe verdeckt soll. Man frage nur, was denn unter Sozialpsychologie verstanden werden solle; Sammeln und Schweigen werden die Antwort sein. Die höchstnorder Lobpreisungen der neuen Methoden und des neuen Wissenszweiges können das Nicht- und Nüchtern nicht verbergen. Wo eben die Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein. Wenn aber wirklich Ansätze zu einer Sozialpsychologie gemacht werden, scheinen sie sich charakteristischer Weise zu einem neuen Kalkulationsmittel zur Ausbeutung der Arbeiter auszuwachsen. Die Untersuchungen von Max Weber und Moritz Vernans (im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik) sowie die des Vereins für Sozialpolitik („Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft“) haben an neuen und brauchbaren Erkenntnissen bisher wenigstens nur Wege zur besseren Auswahl der Arbeiter im Interesse des Unternehmers gewiesen. Und die aufblühende Wissenschaft gemerblicher Kalkulation wird auf Grund der genannten Arbeiten nun nicht mehr mit den sachlichen Produktionsmitteln allein kalkulieren, sondern auch mit der nach Graden unterscheidbaren Arbeitskraft des Proletariats.

Neben diesem entwicklungsunfähigen und aussichtsreichen Zweig wuchert aber in tropischer Blüte die vulgäre Sozialpsychologie. Es gibt da immer wieder Leute, die ihre bällige Ignoranz oder, was noch schlimmer, ihren Dilettantismus in sozialwissenschaftlichen und psychologischen Fragen beweisen wollen. Zu ihnen gehört Adolf Levenstein. Levenstein ist bekannt durch die

der Angestellten Hinzuzutragen. Schon längere Zeit hat „Die Straßenbahn“, das Organ der Gelben, gefällige Artikel gegen die freie gewerkschaftliche Organisation losgelassen; sie hat die Direktion förmlich, doch ein Nachwort zu sprechen. Dieses Wüten ihrer „Redaktionen“ hat die Direktion endlich erlitten und zum 1. November d. J. vier Angestellte und zum Feste des Friedens sieben Angestellte, die fünf bis sieben Jahre im Dienste der Gesellschaft zur vollen Zufriedenheit tätig waren, ohne Angabe von Gründen bei sofortiger Dienstreue gekündigt. Dienstliche Vergehen liegen nicht vor; es handelt sich um direkte Maßregelungen.

Neue Gärung in der Damenkonfektion.

Wie es scheint, soll es in der Berliner Damenkonfektion wirklich nicht zur Ruhe kommen, denn wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, hat der Verband der Damenmantelfabrikanten seinen Mitgliedern einen Vortrag zugedacht, welcher von diesen den bei ihnen beschäftigten Meistern am vergangenen Sonnabend zur Unterschrift vorgelegt wurde. Der Verband der selbständigen Schneidermeister erblidet jedoch in diesem Vortrage eine große Schädigung seiner Berufscollegen sowie seiner eigenen Interessen und hat deshalb zum Donnerstagsabend nach dem Restaurant „Am Berlin“, Blumenstr. 10, zur Aufklärung eine große Mitgliederversammlung einberufen.

Der bei der Firma Beckstein tätige Pianist Herrmann Bret. Richter, Reuterstr. 30 wohnhaft, sollte nach einer Notiz, die wir am Sonnabend den 23. d. Mts. brachten, im Nebenamt Tanzmeister im Rikles Festsaal, Dennewitzstr. 13, sein. Der Inhaber des genannten Lokals legt Wert darauf, daß wir unseren Lesern mitteilen, Bret sei dort nicht mehr Tanzmeister. Wir kommen diesem Wunsche nach.

Deutsches Reich.

Ueble Erfahrungen im Ruhrrevier haben mehrere hundert schwebische Vergleute machen müssen, die sich von Agenten der auf den Schatz der nationalen Arbeit bedachten Grubenunternehmer hatten anwerben lassen. Sie schrien jetzt, aller Mittel entböhrt, zurück nach dem nordwestböhmischem Braunkohlenrevier.

Ausland.

In der Schadenersatzklage gegen den Schwedischen Typographenverband.

Die von 23 Buchdruckerbetriebern und Zeitungsverlegern Stockholm infolge des allgemeinen Massenstreiks von 1909 erhoben wurde, hat jetzt endlich, am 23. Dezember, das Svea Hofgericht als Berufungsinstanz sein Urteil gefällt. Der Verband ist, wie in erster Instanz, auch vom Hofgericht freigesprochen von der Schadensersatzpflicht, jedoch mit einer etwas anderen Begründung, die für die Rechtsauffassung im Tarifvertragswesen von Bedeutung ist. Nachdem das Landhausgericht seinerzeit erklärt hatte, daß die Tarifverträge keine rechtlich bindende Kraft hätten, ist das Hofgericht zu der Auffassung gekommen, daß sie doch rechtlich bindend seien, allerdings nur für die vertragsführenden Organisationen und deren Mitglieder. Das freisprechende Urteil dieser Instanz wird lediglich damit begründet, daß aus dem Wortlaut des Tarifvertrages nicht klar hervorgeht, ob das für die Tarifdauer festgesetzte Streikverbot sich auf alle Arbeitnehmerleistungen oder nur auf solche bezieht, die mit Tariffreiheit zusammenhängen. Der in Frage kommende Paragraph lautet nämlich:

„Während der Geltungsdauer der Tarife dürfen Ausperrung, Boykott, Sperre oder Streik, offen oder maskiert, nicht angedroht werden, sondern es sind Streitigkeiten durch das Arbitrat oder die Tarifredaktion zu entscheiden.“

Um irgendwelche Streitigkeiten zwischen den Buchdruckern und ihren Arbeitgebern handelte es sich bei der ArbeitsEinstellung von 1909 bekanntlich nicht, sondern lediglich darum, durch die Stilllegung der Druckereibetriebe die übrige Arbeiterschaft Schwedens in ihrem allgemeinen Kampfe gegen das Unternehmertum tatkräftig zu unterstützen.

Gemäß seiner prinzipiellen Auffassung von der Rechtskraft der Tarifverträge hat das Svea Hofgericht am selben Tage den Buchdrucker der Maschinen und Heizer zu 11 884,23 Kronen Schadenersatz verurteilt. In dem Tarifvertrag, um den es sich hier handelt, lautet das Streikverbot:

„Bei Stockholms Dampfbootaktiengesellschaft dürfen Boykott, Sperre, Streik oder Ausperrung, sei es offen oder maskiert, unter keinen Umständen vorkommen.“

Als letzte Instanz wird sich nun wohl noch das höchste Gericht mit den beiden Prozessen zu befassen haben. Darüber kann jedoch noch geraume Zeit vergehen, so daß man vorläufig die Auffassung des Svea Hofgerichts als maßgebend für die Beurteilung der Rechtslage im Tarifvertragswesen Schwedens ansehen muß.

Ein Musikerstreik ist am ersten Weihnachtstfesttag unvermittelt in verschiedenen kleinen Konzerten und Musikhallen der Pariser Vorstädte ausgebrochen. Der Auslöser ist darauf zurückzuführen, daß die Leiter der Varietetheater die Kontrakte der Musiker nicht eingehalten haben. In verschiedenen Vergütungskontakten beschränkte sich die Musikbegleitung auf ein Piano; andere erstatteten den Musikern das Eintrittsgeld zurück. Es fanden keinerlei Zwischenfälle statt.

Wort zu mit einer Schulnummer in dem Lebensteinischen Buch abgedruckt wiederfinden!

Das Lebenstein über wissenschaftliche Prinzipien ohnungslos sich hinwegsetzt, ergibt sich weiter daraus, daß er die Antworten in a) b) c) zusammenfassen will. Der Unterschied zwischen einer Enquete und einer Statistik ist ihm noch nicht aufgegangen. So müssen wir ihn auf die einleitenden Kapitel von Georg v. Meyers „Statistik und Gesellschaftslehre“ Bd. 1 nachdrücklich hinweisen, damit er sich wenigstens künftighin die einfachsten Grundlagen wissenschaftlicher Arbeit aneigne. Auf die Frage 20: Was drückt Sie mehr, der geringe Lohn oder daß Sie vom Arbeitgeber so abhängig sind, so wenig Ausichten haben, im Leben weiter zu kommen, Ihren Kindern gar nichts bieten zu können? antwortet ein Proletarier: Nicht drückt nichts. Die Arbeitgeber können mir den Buckel runterreißen. In welche der Tabellen ist nun diese Antwort eingereiht worden? In a) die Abhängigkeit empfanden in erster Linie drückend, in b) die Abhängigkeit empfanden nicht in erster Linie als drückend, oder gar in c) es verhielten sich gleichgültig! Die Beispiele für den Anflug der Tabellierung von Reflexionen zu Zahlensummen liegen sich beliebig häufen. Die Antworten z. B. auf die Frage: Wieviel Stunden würden Sie gern arbeiten? werden ganz ernsthaft zu einer Tabelle verwandelt, in der dann Arbeiter mit dem Wunsch nach 8, 9, 10- und 11 stündiger Arbeitszeit erscheinen!

Es hieße Lebenstein zu viel Ehre antun, wollte man eine eingehende Analyse seiner „Arbeit“ liefern. Den Hauptteil bilden wörtliche Auszüge aus den Antworten. Nur zu jedem der Abschnitt findet sich eine ganz kurze eigene Einleitung. Scheinbar ist Herr Lebenstein sehr fortschrittlich-radikal und protestiert nicht einmal offen gegen die Idee des Klassenkampfes. Doch er aber nicht auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus steht, sondern in irgendwelchen Ideologien wurzelt, verhielt sich am Rande. Wenn man Herrn Lebenstein in eine der von ihm erfundenen „Schichten“ einreihen wollte, könnten wir ihm nur Nr. 3 zugehen. Wohl zitiert Lebenstein gelegentlich Marx; aber wie gut — ob überhaupt? — er ihn gelesen und verstanden, mag folgender Passus zeigen: „Marx widmet in seinem Buche „Das Kapital“ dem Raubmenschen einige Aufmerksamkeiten (1) und folgert, daß alle bisher gemachten Erfindungen die Anstrengung der Menschen nicht vermindert, sondern durch den Preis der Waren herabgesetzt haben (7), daß“ usw. (S. 44). An anderer Stelle entdeckt er: „Der Marxismus ging den Weg des Christentums. Auch das Christentum hatte den Kermissen gedreht: Duldet, duldet, duldet... dennoch ist Euer der Sieg. Gott gibt ihn Euch. Genau so Marx, nur in anderm Jargon: Duldet, duldet, duldet...“

Der amerikanische Arbeiterbund von 1881 bis 1911.

Die Leitung der „American Federation of Labor“ hat soeben eine kurze Statistik über ihren Mitgliederbestand seit 1881 — der Zeit ihrer Begründung — bis zur Gegenwart herausgegeben. Wir entnehmen daraus, daß vom Gründungsjahre bis zum Jahre 1893 die Mitgliederzunahme nur eine sehr mäßige gewesen ist; die Zahl der Mitglieder stieg in dieser Zeit von 50 000 auf nur 275 000. In den nächsten sechs Jahren war die Steigerung fast noch geringer; im Jahre 1899 betrug die Mitgliederzahl noch nicht ganz 350 000. Weitaus, wie bei deutschen Gewerkschaften, setzt auch bei dem amerikanischen Arbeiterbunde ein riefenhaftes Wachstum mit dem Jahre 1900 ein. In diesem Jahre wurden die 500 000 überstiegen, 1901 wurden 750 000 gezählt, 1902 wurde die erste Million überschritten. 1903 sind es schon 1 1/2 Millionen und 1904 schloß ab mit 1 678 200 Mitgliedern. Jetzt trat ein Rückschlag ein; die Mitgliederzahl sank in den nächsten zwei Jahren auf 1 1/2 Millionen bezw. 1 450 000. In den nächsten Jahren geht es auf und ab und erst im Jahre 1910 wird die 1 1/2 Millionen wieder um 62 000 überschritten. Im Jahre 1911 zählt zum ersten Male die „Western Federation of Miners“ mit 500 000 Mitgliedern mit. Zurzeit sind die 1 750 000 wieder überschritten.

Die Leitung des Bundes spricht die Hoffnung aus, daß in wenigen Jahren die zweite Million erreicht sein werde.

Der Umstand, daß die Western Vergleute, eine ausgesprochen sozialistische Vereinigung, zur Federation getreten sind, sowie auch einige andere Anzeichen berechtigen zu der Hoffnung, daß auch der Geist in diesem großen Arbeiterbunde bald ein anderer werde.

Aus aller Welt.

Der Herrgott als Wahlhelfer.

Die Religion ist in Gefahr! war schon immer eines der beliebtesten Schlagwörter der Schwarzen im Wahlkampfe. Und so sucht denn auch bei dieser Wahl das Zentrum den Herrgott im Himmel zwischen sich und die Wähler zu stellen, um ihnen die Augen zu blenden über die postmoderaterische Wirtschaftspolitik, die das Zentrum im verflochtenen Reichstage getrieben hat. In acht christlicher Verleugnung des achten Gebotes arbeiten die Heiligen im Wahlkampfe mit den schiefsten Mitteln, um die frommen Schafe von der sozialdemokratischen Aufklärung fernzuhalten. So wurde von Zentrumseite gelegentlich einer sozialdemokratischen Versammlung, die am letzten Sonntag in der bayerischen Ortschaft Wemding stattfand, ein Flugblatt folgenden Inhalts ausgegeben:

Wir erklären Gott den Krieg!

So frevelt der Sozialist Schall.

Wir wollen die Religion aus der Schale heraus haben!

So der Sozialdemokratenführer Singer.

Wir anerkennen keinen Herrn im Himmel und keinen auf Erden!

So Pöbel.

Niemand ist des Namens eines Sozialisten würdig, als der, welcher der Ausbreitung der Gotteseleugnung mit allem Eifer seine Anstrengungen widmet.

So erklärt der sozialdemokratische Führer Liebknecht.

Mit Gott sind wir fertig!

So höhnt der gefeierte Sozialist Engels.

Das sind die Grundzüge der Sozialdemokratie! Nach ihnen handelt sie, wo sie die Macht in Händen hat. Frankreich ist hierfür ein trauriges Beispiel!

Die Söhne dieser Leute kommen jetzt nach Wemding!

Und Wemding ist es, so sagt man, die sie gerufen haben!

Ist das möglich? Kann das wahr sein?

Draußen, inmitten eurer Heide, steht die Wallfahrtskirche und ruft weit hinaus ins Land: „Hier ist eine Stadt der Mutter Gottes!“ Und ihr Wemding er wollte Leute anhören, deren Anführer verkündigen: „Wir erklären Gott den Krieg!“

Tut doch eurer Wallfahrt die Schande nicht an!

Tausende und Abertausende von Wallfahrern ziehen alljährlich nach Wemding! Wemding gilt ihnen als Ort des Gebetes! Als Ort, wo sie Gott suchen!

Und die Wemding er sollen in die Versammlung jener Partei gehen, deren Grundfah es ist: Mit Gott sind wir fertig!

Nein! Und abermals Nein!

Soll man die Wallfahrer draußen im Lande warnen müssen, ihr Geld nicht mehr nach Wemding zu tragen?

Traurig genug, daß die Partei der Gotteseleugnung, des Priestertums und der Volkverehrung in Wemding für einige Mark einen Saal bekommen konnte!

Noch viel trauriger aber, wenn im katholischen Wemding Bürger und Einwohner in diesen Saal gingen!

Laßt die Hingehen, die „Gott den Krieg erklären“ wollen. Laßt die Hingehen, die „mit Gott fertig“ sind!

Selbst aber bleibt weg!

Auch Neugierige und Mitläufer stärken bloß die religionsfeindliche Sache!

Ist Euer der Sieg. Das dialektische Entwicklungsgesetz gibt ihn Euch.“ (S. 26.) Marx' Lehre ein anderer „Jargon“ des christlichen Duden-Evangeliums, ist wirklich göttlich. Die unerkennbare Ähnlichkeit des dem Proletariat einige Aufmerksamkeit schenkenden Schriftstellers Lebenstein entbehrt und einer eingehenderen Würdigung seiner sozialwissenschaftlichen Leistungen.

Doch kurz zu den psychologischen Kenntnissen! Mehr als Heppoch scheint er nicht einmal dem Namen nach zu kennen. Kein Hinweis bei der „Erörterung“ des Ermüdungsproblems über Kropotkins Arbeiten, die durch Webers und Vernahs Untersuchungen jetzt auch für den Soziologen so handlich und direkt für ihn zugeschnitten vorliegen. Nicht die leiseste Andeutung, über die auch sozial wichtigen Differenzierungen des vieldeutigen Begriffes „Ermüdung“. Keine durch Sachkenntnis getriebene Erörterung der zahlreichsten Probleme über die Einwirkung der Proletarierexistenz auf seine Psyche. Die ganze moderne experimentelle Psychologie ist Lebenstein nämlich ein Buch mit sieben Siegeln. Aber was braucht man für die Sozialpsychologie auch psychologische Erkenntnisse. Worte, ein Stammelein mit darauf folgenden — — — — — (die 2. so sehr liebt) genügen.

Weshalb wir uns überhaupt mit dem „Buch“ solange beschäftigen? Aus einzelnen Antworten geht deutlich hervor, daß sie mit dem Herzblut der Abfender geschrieben worden sind. Neben all der Betätigung in den Organisationen lebt in einzelnen noch das subjektive Bedürfnis, sich mitzuteilen. Einzelne Fragen wurden so zum Anlaß, nur lose damit zusammenhängende Wünsche, Erfahrungen, Urteile auszusprechen. Bei einigen steht nur Titel, sonst, Sonderlingssinn dahinter. Bei anderen ist es der Wunsch, persönliche Rührung zu gewinnen. Daher entbehren einzelne Antworten nicht eines gewissen Reizes durch ein beides Wort, ein charakteristisches Bild, eine treffende Pointe. Die Freude an der Niederschrift, das Interesse an dem vom einzelnen Proletarier damals noch nicht zu überschenden „Resultat“ mag die Abfendung der Bogen motivieren. Aber neues über die Psyche der einzelnen Individuen oder über die geistige Struktur der Arbeiterklasse ist nicht zutage gefördert worden. Dazu war die Materialgewinnung zu roh, die Bearbeitung zu verfehlt. So bleibt dem Leser, der mühsam die 400 Seiten durchodert, neben dem Jörn über die nicht subjektiv gewollte, aber tatsächliche Verachtung unserer Klasse der Anstoß, daß so viel ehrliches Wollen und so viel echte Gedanken von Arbeitern unnütz verpufft worden sind im Interesse eines sensationellbedürftigen „Wissenschaftlers“. Die Lektüre der „Arbeiterfrage“ wird jeden Arbeiter sofort über die wissenschaftliche Qualität und die eigentlichen Absichten dieses Buchmachers aufklären.

Ernst Linz

Steifweg?

Cure Ehre als Katholik verlangt es und die Ehre unserer Stadt!

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß dieses Flugblatt, dessen sich selbst keine Verfasser schämten, denn sie wagten weder ihren Namen, noch den des Druckers darunter zu setzen, gar keinen Eindruck machte. Die Wemding er sind nicht mehr besonnen. Sie lachten ob der faulstüben Lügen, kümmerten sich nicht um die jämmerlichen Warnungen, die der Ortsbürger von der Kanzel noch außerdem an sie richtete, und besuchten die Versammlung.

Der Tod im Irrenhause.

Ein schweres Unglück hat sich am Mittwoch in der Irrenanstalt zu Macerata (Italien) zugegetragen. Durch einen starken Sturm wurden in dem Garten der Anstalt mehrere Pfähle mit Hochspannungsleitungen umgeworfen. Drei Irre berührten die Leitungen und wurden durch den Strom auf der Stelle getötet. Bald danach eilten zwei andere Kranke herbei und kamen auf die gleiche Weise ums Leben. Der Direktor der Anstalt, der alle fünf Kranke an der Erde liegen sah, glaubte, sie wären in einer Prügellei begriffen, eilte hinzu, um sie zu trennen. Er wurde ebenfalls durch den Strom getötet. Außerdem haben zwei Krankenwärter schwere Brandwunden davongetragen.

Schreckensstat eines Eheverlassenen.

Eine schwere Bluttat verübte in Fulda am Weihnachtsabend der von seiner Ehefrau getrennt lebende Schuhmacher Richter. Mit einem Revolver bewaffnet drang er in die Wohnung seiner Frau ein und gab mehrere Schüsse ab, von denen der erste die zu Versuch weisende Schwester seiner Ehefrau, Frau Herz, tötete. Frau Richter wurde durch mehrere Schüsse schwer verwundet und der von einem Weihnachtsabend in die Wohnung heimkehrende Lumpenhändler Ziegler durch einen Schuß in den Mund niedergestreckt. Beide Verwundeten wurden in das Krankenhaus gebracht. Richter begab sich nach der Bluttat in seine Wohnung, wo er später im Bett verhaftet wurde.

Verführte Liebe.

Ueber eine entsetzliche Bluttat liegen Meldungen aus der ungarischen Garnisonstadt Zulea vor. In der Wohnung der siebzehnjährigen Varietetésängerin Chiarina Giacomo erschien der Kavallerie-Leutnant Bodnarekul und stellte sie zur Rede, weil sie ihm in einem Schreiben ihre Abficht kundgab, die Beziehungen zu ihm zu lösen. Es kam zwischen beiden zu einer heftigen Aussprache. Während des Wortwechsels zog der Offizier ein Pistolen aus dem Gürtel und schüttete den Inhalt seiner Geliebten ins Gesicht. Die Sängerin trug schwere Verletzungen davon und wurde später in ein Krankenhaus gebracht. Der Offizier ergriff die Flucht, verfolgt von Hausbewohnern, die auf die Hilferufe des Mädchens herbeigeeilt waren. Bodnarekul fuerte auf seine Verfolger mehrere Schüsse aus einem Revolver ab, die ein förmliches Blutbad anrichteten. Ein Polizist und zwei Passanten wurden getötet und mehrere weitere Personen nicht unerheblich verletzt. Der Mörder räumte schließlich die Waffe gegen sich selbst, indem er sich eine Revolverkugel in die rechte Schläfe jagte. Er stürzte zusammen und war auf der Stelle tot.

Ein tobbringendes Versehen.

Einen Jertum mußten in der belgischen Kohlengrube Duaregnon bei Mons mehrere Vergleute mit ihrem Leben büßen. Nach vollbrachtem Tagewerk wollten vier Arbeiter wieder an die Erdoberfläche fahren, flogen aber verfehlend in einen falschen Förderkorb. Statt aufwärts zu fahren, wurden sie mit dem Fahrstuhl in die Tiefe befördert, wo das Wasser etwa 40 Meter hoch stand. Drei Arbeiter sind ertrunken, der vierte konnte noch lebend aber schwer verletzt geborgen werden.

Mutige Weihnachten.

Messer und Revolver haben während der Festtage verschiedentlich großes Unheil angerichtet. Am ersten Weihnachtstage schoß in Oberrodern nach einem Streit ein Arbeiter einen Kollegen nieder. Herbeieilende Leute übten darauf Lynchjustiz an dem Mörder, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. — Beide sind Familienväter. — In Essen wurde am zweiten Weihnachtstage ein Arbeiter auf der Straße von einem 18-jährigen Burken erschossen. — In der Raabergemeinde Essens, in Stoppenberg, wurde ein Streiter ein Soldat des 9. Infanterieregiments in Düsseldorf durch Messerliche tödlich verletzt. — Am Mittwochmorgen gab in einem Gasthause am Freiburger Bahnhof in Dresden ein Fremder zwei Revolverkugeln auf den Portier ab. Als dieser die Polizei herbeiholte, verbarrikadierte sich der Fremde in seinem Zimmer und drohte jeden zu erschießen, der ihn zu nahe käme. Die Schußleute schlugen die Tür des Zimmers ein, worauf der Fremde etwa 20 Schüsse abfeuerte und einen Schutzmännchen leicht verletzte. Die Beamten erwiderten das Feuer und verletzten den Fremden an den Schenkeln und an einer Hand, so daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Es handelt sich anscheinend um einen Geistesgestörten namens Anton Groß, der am 23. d. M. aus Amerika zugereist ist. Nach seinen Papieren ist er Oesterreicher.

Kleine Notizen.

Giftiger Punsch. Am Sonntag sind in Leipzig vier Personen, ein Kaufmann Rehr und drei polnische Arbeiter, nach dem Genuß einer Punschbottle erkrankt und bald darauf gestorben.

Vom Räderwerk gerammt. Der Sohn des Mühlenbesizers Steinko zu Leythal (Provinz Posen) kam vor den Augen der Eltern und Brüder am Heiligabend dem Räderwerk zu nahe, wurde mit den Kleidern erfaßt und zwischen zwei großen Rädern tödlich gerammt.

Doppelrausch. In der Nacht zum Sonntag wurde das Gastwirthshaus Ulrich in Söderwisch bei Gughaven ermordet und beraubt. Ein am Sonntag vormittag am Gasthause vorüberfahrender Wladimir sah den siebzehnjährigen Gastwirt im Schaufenster tot an der Erde liegen. Bei der Durchsuhung des Hauses fand man auch die Frau im Schlafzimmer. Beide sind mit Weiblichen erschlagen worden. Als Täter wurde ein Nachtweihner aus Frankfurt a. O. verhaftet. Wehner hat bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt.

In den Flammen umgekommen. Am Weihnachtsheiligabend brannte die Waldmühle bei Ketschdorf in Schlesien nieder, wobei ein siebzehnjähriges Dienstmädchen den Tod in den Flammen fand. — In Hirschberg fand am Heiligabend bei der Explosion einer Petroleumlampe die 60-jährige Frau Erlebach den Tod durch Verbrennen. — Bei dem Brande eines Wohnhauses in Kappel, einem Dorfe St. Gallens, sind am zweiten Feiertage fünf Personen, darunter vier Kinder, verbrannt. Der Vater der Kinder erlitt schwere Verletzungen.

Gasvergiftung. Am Mittwochmorgen wurden die beiden zehn- und zwölfjährigen Söhne des Geldschmiedfabrikanten Houben in Duisburg tot in ihren Betten aufgefunden. Die Todesursache ist Gasvergiftung.

Abzahlungs-Geschäfte

Berliner Credit-Haus Kommanditenges. 67. Alkoholfreie Getränke Franz Abraham

Bestes alkoholfreies Getränk. Si-Si

Arbeiter-Bekleidung F. Falk

Bäckereien, Konditor. Blottner's Großbäckerei

Adlershofer Bäckerei, Max Backer, Bäckerei und Konditor

Brot-Fabrik, Vorwärts, Hermann Ulrich, Köpenick

Brotfabrik, R. Zimmerer, Buehl & Sohn

Engel's Landbrot, Hölmerdorfer Mühle

W. Engel, Verkauf in Milchgeschäften

Oskar Kuhn's Großbäckerei, 75 Geschäfte

Herberg, Paul, Amsterd.-Str. 29, Oscar Hildebrandt

Landbrot-Großbäckerei, O. Senf, Ncht. Krag

Hermann Lebelt, Hüssentstr. 38, Lichtenberger Brotfabrik

Mollwede's bew. Bäckerei, Gustav Wähner

Bäckerei "Nordstern", Filialen in verschied. Stadtteilen

Conrad Richter, Brotfabrik Nied.-Schönhausen

Otto Zillert, 661. Backwaren, Schütt, G.

P. Springer, Wilhelmstr. 11, Thomas' bew. Bäckerei

Heinrich Wüder, Fingerringstr. 11, C. Wet. Wessels

Badenanstalten, Arkona-Bad, August-Bad

Bürger-Bad, Canitz-Bad, Central-Bad

Erstes Lohmann-Bad, Bad Frankfurt, Bad Friedrichshagen

Kur-Anstalt, Löser, Rosenthalerstr. 70.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Kuranstalt M. Schulz, langjähr. I. Assistent d. ehemal. weidmänn. Jakob-Hofmann

National-Bad, Brunnenstr. 9, Bad Ostend

Passage-Bad, Kottbuser Damm 79, Reform-Bad

Silesia-Bad, Schlesische Str. 21, Victoria-Bad

Bad-Einrichtungen, Das geänderte und billigste Bad in der Ideal-Saalbad

Wende, A., Turnstr. 34, Reiche, A.

Zaremba, Drog.-hyg. Artikel, Beerdig.-Anst. Sargm.

A. Butti, Zornderstr. 23, R. Fischer

Max Fuchs, Oppelnerstr. 1, H. Fischer

Schrammar, H., Rixdorf, Vettin, H.

Erwerbskleidung, Keiner, Otto, Gerichtstraße 66

Max Hausknecht, Cöpenick, Mägdelheimerstr. 5

Bierbrauereien, Bierh., W. Adelung & A. Hoffmann

Brauerei Königstadt, feinste Qualitätsbiere, Brauerei Pfefferberg

Versand- und Pilsener Bier, Brauerei Tivoli

Caramel-Weißbier, fast alkoholfrei, erfrischend

Groterjans, Matzler, Schick-Allee 130

C. Habels Brauerei, bad - Haberbräu - dankel.

Goldbier, ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk

Goldbier, Berliner Unions-Brauerei, Rothermer Brauhaus

Goldbier, Roland Schade, Flammenberg

Goldbier, Victoria-Brauerei, Victoria-Saxenbräu

Goldbier, Weissbier, C. Breithaupt, Weißbier F. W. Hilsheim

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Blumen und Kränze, Oskar Alberts, Müllerstr. 41, Pr. Ahrendt

Blumen-Becker, O. Frankfurter Allee 1, Camper, Charl.

G. Laurent, Schönhaus-Allee 17, Gustav Mal

Butter, Eier, Käse, Butterhandlung J. F. Assmann

Oskar Beck, Reichenerstr. 37, Dresdenbergerstr. 18

Buntrock, W., Fischer, Ernst, Fried. Göseke

Gebrüder Groh, 40 Filialen, in Berlin und Vororten

August Holtz, Kersten, Gebr., Wörther-Str. 33

Kosmalla, E., 4 Geschäfte, Paul Lüdow

Gebrüder Manns, 48 eigene Detailgeschäfte, Nordstern

Schröter, R., 35 Verkaufsstellen, Schulz, Arthur, H.

Uhly & Wolfram, Vereinigte Pommersche Metereien

Georg Wunder, Cacao, Chocolate, Athana, Krüger-Bad

Cylix, G., Filialen in all. Stadtteilen, Ferd. Hahn

Die Fabrikate der "Sarotti", Chokoladen-u. Cacao-Industrie

Bonbonhaus Fr. Schröder, Spandan, Filialen in all. Stadtteil.

Brennabor, Fahrrad-Leihhaus Lohmann

C. Senff, Bezugsqu. f. Händler, C. Veigt

Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg

Cigarrenhandlungen, Fr. Behrendt

Klein, Wilh., Klein, Wilh., Klein, Wilh.

Giesenhof & Co., Tobias Lewth

Giesenhof & Co., Damen-Ankleider, Geb. Roumann

Drogen u. Farben, Adler-Drogerie, Apoth. Paul Frank

Winkler & Böttcher, Flutenh. u. Wurstw., Hermann Albrecht

Wilhelm Behr, Wurstfabrik, Speck- und Schinkenfabrik

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Winkler & Böttcher, Flutenh. u. Wurstw., Hermann Albrecht

Wilhelm Behr, Wurstfabrik, Speck- und Schinkenfabrik

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Unterstützung des Geschäfts, Karl Unte

Wilh. Vogel, Wetzl, Emil Wilhelm

Wiedmann's Wurst, Wurstfabrik, Speck- und Schinkenfabrik

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Anton Fehau, Genthardt, Stadthaus-Ecke

Kaufh. Herm. Levy, W. Weh & Co., Kohlen, Kaka, Briketts

Aug. Braatz, Ferd. Gräning

P. Hante, J. Maunheim

Kolon-Wursten, Abent, H. Kuntze

Gustav Debes, G. Krüger

Gustav Debes, G. Krüger

Gustav Debes, G. Krüger

Gustav Debes, G. Krüger

Gustav Debes, G. Krüger

Gustav Debes, G. Krüger

Gustav Debes, G. Krüger

Gustav Debes, G. Krüger

Gustav Debes, G. Krüger

Gustav Debes, G. Krüger

Gustav Debes, G. Krüger

Gustav Debes, G. Krüger

Gustav Debes, G. Krüger

Gustav Debes, G. Krüger

Gustav Debes, G. Krüger

Gustav Debes, G. Krüger

Gustav Debes, G. Krüger

Gustav Debes, G. Krüger

Gustav Debes, G. Krüger

Fortsetzung siehe nächste Seite.

Linoleum u. Wachs.
Haase Rixdorf, Bergstr. 63.
Häntsch Weißensee, Berliner-
 Allee 238, Tapeten.
Rausch, Rich. Fabrik-
 Niedersee Warschauerstr. 6
Manufakturwaren
Grünberg Nachf. M. Peterab.-St. 29
 Modewarenh.
Wohlhandlungen
 W. Bachmann, Charl., Neptunstr. 15.
Bethke, Georg, Muskauer-
 Straße 44.
 Rixd., Kibest. 25, Kais.-Friedr.-St. 64
 Treptow, Grätz-Str. 44.
Bordasch O. H., Kais.-Friedr.-St. 29
 C. Bosse, Reinickendorferstr. 29.
 Jul. Conrad, Rheinsbergerstr. 44.
Prese, Ernst & Geschäfte
 im SO.
Gaegle, Otto Charlotten-
 burg.
Paul Gaegle, Spandau.
 Emil Gurke, Weidw. 165, 165-166
 Grünbergweg 33, Ackerstr. 111, 110-111
Jos. Hauke Mehl- u. Kolonialw.
 Bergmannstr. 55.
Hoerna, H. H., Hermannstr. 173
Heinrich R. Rixdorf,
 Bergstr. 144.
 Kais.-Friedr.-St. 146
Karl Hahn, Schererstr. 7.
Korn, Hugo Wrangel-
 Str. 117.
 H. Krüger, Schönbe., Hauptstr. 153
 E. Kuzow, Charl., Knobeld.-St. 16
Lanz & Jagman, Winsstr. 57,
 Posenstr. 10, Stralauer-Allee 18.
Lüdke, H., Fruchtstr. 67.
Gus. Meyer, Hahn.-St. 19, Wiltst.-St. 1.
 C. Neugebauer Ober-Schöneweide
Nietsch & Rabahl, Carmen-
 Silvestr. 188
Otto Nowack Nachf., Spandau.
Jul. Penner Großwälderstr. 11,
 vis a vis Lippeherstr.
P. Rentner Colonnadenstr. 48.
 Manietenstr. 17,
 Stelametzstr. 27
Schleinitz, A. Mariahilfstr. 14.
 Barkh., Marheidestr. 11.
Schneider, Emil Reichon-
 bergstr. 23
 Walter Seidel, Bunsenstr. 26.
Thiele, Nachf., Prinzenstr. 10.
H. Wendler, Reinickendorferstr. 64
Reinhold Werner, Tegel, Treckstr. 21.
B. Zyczynski, Hl. Pannierstr. 50.
Möbelmagazine
Gustav Böse Tischlermeister, Louise-
 Ufer 22, am Oranienplatz.
Berliner Norden Achterstr. 120, a.
 Möbelh., Invalidenstr. 118.

Daehne, F., Rl., Neue Jonast. 25.
A. Dohmann, Stromstr. 44.
Wilh. Gabbert, Brunnen-
 Str. 102.
Geppert, Paul, Zossenerstr. 32.
Cercke, Fritz, Müllerstr. 148.
Glaiser, A., Alexand-
 erstr. 43.
H. Geberl, Birkenstr. 44
Möbel-Fabrik.
Harnack Grill, Reicheb., Scharuwb., 15.
 Stallreiferstr. 57,
 Bar- und Teilmahlung.
 Verkauf i. Fabrikgeb.
Hopp, Jul., Brunnenstr. 133.
König, A., Rl., Berlinerstr. 102.
Herm. Kogel Rixdorf,
 Hermannstr. 12.
Küchenmöbel
Berliner Küchenschrank-Fabrik
 Neue Königstr. 32-32, T. VII 47 46
Lüdecke, Kottbuser 03/05
Lange, Max & Schwedter St. 2.
 a. d. Kast. Allee
L. Lazarus, Petersburger Str. 42.
Lüdecke, R. Rl., Bergstr. 4.
Misch Stogmann
 Bred.-St. 16
 Koch-Talsh.
Rebsch, E., Spandau.
C. Reiter Nachf., Veteranenst. 21.
Emil Kuffler Tischler-Innungmeister
 Prinzenstr. 24
Schmidt, Otto Möbelfabrik
 Gartenstr. 32.
 A. Schuster, Ob. Schöneweide, Edmannstr. 59
 Schwanke, Rixd., Hermannstr. 229
Rob. Seelisch, Möbel-
 Berlin u. Rixdorf, 71/73a, Spezialität:
 Kleise u. mittlere Wohnzimmereinrichtg.
Wilhelm Slotawa Turmstr. 81, Waldenserstr. 24
Stobek, W., Gniesenerstr. 18,
 eig. Tischlerei u. Tapetenwerkst.
Wendland, Ernst Schweinmünd-
 Straße 121.
Herm. Wendland Reinickend.-
 Straße 114.
Jos. Werner Charlottenburg
 Scharrenstr. 10.
Möbel-Transport
Robert Frenzel, Cöpenickerstr. 102.
Kröger, Rixd., Hermannstr. 254, T. 318.
Ritterstr. 96, IV., 4195
J. Lange Billigste Preisberechnung.
Paul Schur, G. u. Hl., Rixdorfstr. 52.

Molkereien
Molkerei „Nord-West“ Brunnenstr. 50
 Rixdorfstr. 24
Milchkuranstalt
am Viktoriapark
 Kreuzbergstr. 27-28, T. A. VI. 1070
Kinder- und Kurlisch.
Milch Schmidt
Rixdorf
 Hermannstr. 53, Hermannstr. 95-96.
„Schweizerhof“
 Melerei und Milchkuranstalt.
 Emdener Str. 44. u. Tel. II. 2563.
Musikalien
Scholz Frankfurter-Allee 73b
 Frankf.-Chaussee 113.
Musikinstrumente
Braun, Emil Musik. „Stein“
 Bausg. Str. 2.
 Kirst, Rich., Brunnenstr. 45.
 Plato & Co., Köpenickerstr. 105/6.
 Lorenz Rahmel, Oranienstr. 181
Lorbeer, Müllerstr. 14.
Musik-Haus
Menzenhauer
 Größtes Spezialgeschäft der
 Reicheb. Spittelmarkt 11a.
Reetz, Spandau, Havelstr. 21.
Schnöke, Otto, Rl., Richardstr. 115.
Nähmaschinen
Afrans-Nähmaschinen
 G. A. Böttger, Anhalterstr. 79, Petersburger-
 str. 27, Spandau, Schwabestr. 18
Bellmann, E., Wilmersbach,
 Gollnowstr. 26.
Pfaff bestes deutsches Fabrikat
 Steinhauser, Spandau.
Lilauer, Verk. Wilke, Hermannstr. 59, 60.
Pfaff-Nähmaschinen
 G. Wandt, Hl. 25, 35.
Singer
Nähmaschinen
 Läden in allen Stadtteilen.
Optiker
Barber, Mohit, Turmstr. 74.
Baso, Paul, N., Müllerstr. 174.
Grosz, Paul, Warschauerstr. 60.
Herm. Hanler, Gollnowstr. 18.
Schubert, Carl, Rl., Bergstr. 148.
Wienstruck, Spandau, Potsdamerstr. 19.
Papier- u. Schreibw.
O. Prochnow, Rixd., Hermannstr. 69.
Seldner, Louis, Rl., Bergstr. 42.

Pfandleihen
Rixd. Pfandleihe Rixdorf
 nur Bergstr. 58
 Spezialgeschäft für Bekleidungs-
 Gegenstände, Uhren, Schmuck, etc.
 E. Kron, Köpenickerstr. 55 a. 1.
 Langer, Wagsstr. 52, Billiger Verkauf.
Schmidt, Fennstr. 3
 E. Seuffelien, Kottb.-Damm 28, 1.
Putz- u. Modewaren
M. Haase Rixdorf, Bergstr. 1
 Putzgeschäft
34 Hermann-Str. 34 Spezialhaus
 für Damenhüte.
Peters Spezialh. f. Damenhüte
 L. Frankf.-Chaussee 145 a.
 L. d. Konsumgenossenschaft.
 Schmalenst. 51, Begehr, 141, Fata, Fata.
Puppen
P. R. Zierow Schönhauser
 Allee 173
Rasterhandlungen
Lauser, Röll, Großwälderstr. 109.
Carl Joch, N.O., Pallasdenstr. 57.
Pauline Preisling, Reicheb., 131, 1.
Berth. Schreiber, Neue Königstr. 35.
Schuhwaren, Schuhm.
Ernst Adam, Friedrichshagen.
 Anhalt, E., Andreasstr. 13.
Baumgart, H., Mantuffelstr. 28.
Billige Säfte, Siekingstr. 6.
Bayenbach, Treckstr. 18, 2. eng. Preis.
Hans Dry Rumburg, Montastr. 3.
 Damaschke, Invalidenstr. 144.
J. Dennis Nchl., Chausseestr. 26
 Ellers, Anhalterstr. 4, Lindenstr. 112.
Engel, W., Reicheb., 113, 1.
Osk. Engler, Reicheb., 82.
Osw. Fabian, Köpenick, Kietzerstr. 1.
Floer, Friedr., Sparr-Str. 17.
Formanow, Treckstr. 53, 18, 18, 18.
Otto Grätzsch, Chausseestr. 12a, 67.
Goldmann, Spandau, Schwabestr. 54.
Heinrich Johann, Petersb.-Str. 26.
Heinig, C., Petersburgerstr. 20.
H. Jettlaff, Badstr. 24.
Herm. Kämer, Köpenick.
G. Kramer, Wilm., Reicheb., 121.
Kn Fabrikmarke
 für haltbarste
 Filzschuhe
 und
 Pantoffeln.
F. Lange, Nowawa, Prieserstr. 20
Piedr. A. Lange, Ischbergerstr. 68.
Paul Lehmann, Friedrichshagen.
Neubring, Charl., Reicheb., Allee 10
C. Neumann, Falkensteinstr. 27.
Petersohn, Osk., Müllerstr. 155.
Plausmann, Jagowstr. 20, 18.
Reetz, Max Spandau, Schön-
 wälderstr. 12.
G. Reichenberg, Schwabestr. 4.
Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.
Schuhwarenhaus des Westens et. et.

Schwesener, Turmstraße 68.
Alb. Seeger, W., Lortzingstr. 6
Sommer, Wilh., N. Schick, Allee 51.
A. Trettin, Prieserstr. 21, Prieserstr. 21.
Witt, Spand., Neusendorferstr. 29.
Schirme u. Stöcke
Olrod, F., Spandau, Foted. Str. 19.
Herrmann, Lychnitzstr. 5, E. Fabrikale.
Johannchen, Bader, Kais. Friedr.-St. 18
N. Lerche, Reicheb., Köpenickerstr. 53
A. Rieke, Badstr. 11, Billige billigst
Herm. Rosenk., W. Manteinstr. 4.
G. Schlessner, Warschauerstr. 86.
Seifen
Gustav Gumbel, Kantstr. 64.
Heidke, Paul, Burgdorferstr. 13.
Teppiche u. Gardinen
Carl Gehring, Teppiche, Nibelste,
 Gr. Frankfurterstr. 82, Gardinen, Lützow.
J. A. Schulz Weinbergs-
 Weg 10 1.
Trauer-Magazin
Westmann
 Mohrenstr. 27 a. Gr. Frkf. Str. 115.
Uhren u. Goldwaren
Abel Goldstr. 50.
 am Winterfeldpl.
Oscar Aldag, Charl., Krummest. 29.
J. Behrendt, Wrangelstr. 52.
Otto Bräuer, Müllerstr. 154.
Charlottenburg Spandauerstr. 24
 Hl. Rixd., fr. Treck
Max Isermann, Charl., Neptunstr. 14.
Reicheb., Reicheb., 113, 1.
Bürger, Jul., Müllerstr. 6.
Max Busse Brunnenstr.
 175/177.
W. Eiselt, Charl., Wilmersdorferstr. 111.
Eillinghausen, Gebr., Grützweg 10.
Fenzke, S., Kottbuserdamm 96
P. Fischer, S.O., Michaelikirchstr. 8
J. Gebhardt Charlottenburg,
 Berlinerstr. 124.
George, Adolph, Badstr. 68.
Carl Glesen, Oranienstr. 165 a.
Ernst Gräber, Brunnenstr. 78.
H. Graupner Eilowstr. 57, Lief. 4
 Kottb.-Ch. Berlin u. C.
H. Kammer, Charl., Krummest. 22
M. Kariol Brunnenstr.
 118.
Kalebasch, W., Frkf. Chaussee 61
E. Knuth, Ischagen, Fennstr. 2
B. Lechtermann, Treckstr. 2, W. Ischagenstr.
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 42
Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 27.
Lüders, H. Schöneberg,
 Köpenickerstr. 15.
Nolte, K., Simon-Dachstr. 19.
Redolf Plunz, Brunnenstr. 112.
Emil Quade Brunnenstr. 81
 Hauptstr. 148.
Quitsow, Joh., Müllerstr. 1 a.
Carl Schlewitzky, Köpenickerstr. 4.

R. Schmelz, Reichen-
 burgerstr. 143
Willy Schmidt, Prieserstr. 13.
Gustav Scholz Schönberg
 Hauptstr. 154.
Schönemann, G. Rl., Berl.-Str. 78.
F. Schöwin, Berl. O., Gieselerstr. 27
W. Schultze, Reicheb., Reicheb., 21
Sehnmacher, O., Tegel, Berl.-St. 44.
Schulz, Osw., Frankf. Allee 24.
Gust. Schoder, Oranienstr. 158-64.
W. Stendel Swinemünderstr. 65
 Ecke Lortzingstr.
Max Storch, Eilingerstr. 100.
M. Tomesina Nchl., Brückstr. 14.
Paul Trenk, Charl., Spand.-Str. 22.
A. Treuner, Wilmersb., Reicheb., 13.
Truxa, W., Frankf. Allee 188.
Uhren- u. Goldwaren-Industrie
 Berlin 220, Lindenstr. 16, Beste
 direkt. Bezugsquelle i. Katalogform.
 Versand nach außerhalb, billige Preise.
R. Weise, Nowawa, Prieserstr. 74
 Rixdorf,
Wittig, Ad., Berlinerstr. 44.
Zabel Nchl., Charl., Berlinerstr. 118.
Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
 Arbeitsversicherung - Schützen-
 Sterbekassenversicherung - Straße 3.
„Friedrich Wilhelm“
Eorlin Wb., Behrenstr. 68-61
 Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeitsver-
 Mit u. ohne Arzt. Untersuchung.
 Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge
„Iduna“ zu Halle a. S.
 Berlin: Charlottenstr. 82
 Volks- und Lebensversicherung.
Warenhäuser
Warenhaus M. Hirsch
 Spandau
Wilh. Herl. Lesser Köpenick 54
 am Ringbahnhof.
 Bei jedem Einkauf Rabattm.
Weine, Liköre u. Fruchtsäfte
Hugo Beling
 60 Filialen in allen Stadtteilen.
Böttlinger, E., Wilm.-Ch. Wilmers-
 Grodendistillation
Conrad Oranienstr. 207.
 Elle u. Weile, Lötterstr. 14.
Grosz, J. u. Sonne, P. Freudenberg.
Martin, Bruno, Rl., Hermannstr. 15.
 auch Liköre u. Säfte.
Ignatz Sello Brunnenstr. 10
 und Filialen.

Waschmittel
Verlangen Sie
„Edelweiß“
 Krone aller Waschmittel.
Weiß-, Woll-, Trikot.
Ahlacher, Gust., Chorinerstr. 75.
H. Barts, Schönhauser Allee 197.
Bredow, Otto, Rl., Hermannstr. 58
M. Gardels Reussstr. 76
 Tauroggenstr. 19
Georgi, Ernst Kraut
 Str. 51a.
Hoffmann, Carmen Sylvesterstr. 6
Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.
Julius John Lortzingstr. 9
 Dunkelstr. 1.
Jonas, Hermann Köpenick-Pl. 1.
 Ischagen, Eitelstr.
Juncker, H. Rixdorf,
 Carl Klein, Höchststr. 16, N. O. 18.
Robert Kutsche, Gubenerstr. 56.
Kriebel, Schönberg, Leutenst. 5
A. Kessler, Caprivistr. 6.
Ch. Loewy, Rixdorf, Bergstr. 10/58
 vis-a-vis der Kirche.
Meyer, Hermann, 12, (Arbeiterwohn)
Nachmann, Müllerstr. 131a, Kass.-Lief.
Schaefer, Hussen-
 str. 42.
M. Schaefer
 S.W. Hollmannstr. 43
 W. Massenstr. 17.
Schroem, Lina, Mirbachstr. 21.
Otto Seelisch, Kochbanstr. 21.
Hermann Meyer, Reicheb., 81.
Stelz, Reicheb., W. Scharuwb., 118
Ad. Schäfer Nchl.
 50. Admiraletstr. 4.
L. Schneider, Weberstr. 61.
Ella Bethke, Reicheb., 13
A. Tschöpe Wische, Böttgerstr.
Thurov, O., Charl., Cauerstr. 16
L. Vierarm, Zionskirchstr. 34.
E. Voigt, Reicheb., Amst. 101.
Albert Vogt Urbanstr.
 21.
Wild u. Geflügel
C. Dittmann Rixdorf,
 Berliner Str. 42.
P. Hildebrandt Brunnen-
 Straße 123.
Schmidt, E., Spandau, Havelstr. 19
Zastrow, Landstr., Allee 47, Fluck.
Zimmer, H., Prinzenstr. 12.
Zahn-Atelier
E. Bode, N. Schönhauser Allee 171.
Hollbruch, Herm., Pallasstr. 5, pp. 1878
Jordan, Alb., Fennstr. 61, pp. 1888.
Muskauerstr. 15
Witte, Max Ecke Hauptstr. 12.

Gegründet 1864



**Pelz-
waren.**

Engros-Export.
S. Schlesinger,
 Neue Königstr. 21
 Ordonnanzhaus.
Kein Laden!
 II. Etage.
Einzelverkauf
 wie alljährlich zu
 billigen Preisen
Pelz-Stolas
Muffen
 Chick garnierte
 Damenpelzhüte
 federleicht.
 Reparaturen sauber und billig.
 Sonntag geöffnet.
 Bitte genau auf Hausnummer
 21 zu achten.

Gegründet 1879

Manoli

Cigarettes
 Specialmarken

Abbas Dandy Gibson Girl

Geöffnet 8-8 Sonntags 8-2

Moebel-Boebel
 ges. geschützt
Berlin S. Oranienstr. 58
 (direkt am Meritzplatz)
 Kein Laden! Verkauf nur i. Fabrikgeb.
 Nebengeb. Wohnzimm. 271-
 ocht Nussb. Ischagen. M. 55.-
 1 Kiechtrapeid M. 24.-
 1 Stühle 2 & 3 M. M. 34.-
 1 Truhen mit Stufe M. 34.-
 1 Auszugtisch M. 30.-
 1 Vertiko M. 62.-
 1 Sofa M. 68.-
 Umbau extra M. 50.-
 Eigene Werkstätten 5 Jahre Garantie Beachtung erbeten



Großer Pelz-Stola-Verkauf

Eile zu Weile

119 Dresdener Str. 119
 (Hochbahnstation Kottbuser Tor).

Eigene Kürschnerai
 Nur prima Felle!
Riesenhafte Auswahl!
 Sehr billige Preise.
Echt Skunks-Stola
 von 25 M. an.
Echt Nerzmurmel-Stola
 mit Köpfen u. Schweifen v. 18 M. an.
Alaska Fuchs-Imitation
 von 7,50 M. an.
 genau auf Spezial-Pelzhaus
Bitte Eile zu Weile
 zu achten!
 119 Dresdener Str. 119.
 Jedermann erhält die im Fenster
 ausgestellten Gegenstände sofort
 für den bezeichneten Preis.
 Sonntags geöffnet.



Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon Anzug od. Paletot
 nach Mass, schick, durch Zeitsen
 von 25 Mark an. Moritz Laband,
 Neue Promenade 11, (Stadth. Str.)

Ziehung 10. u. 11. Januar
 Große Berliner

Automobil- Lotterie

135 000
 90 000
 45 000
 30 000
 20 000
 10 000

Berliner
 Automobil-Lose à 1 Mk.
 11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste
 in sil. Lotteriegewinnstücken, Losever-
 käufst. u. durch das Generaldirekt.

Lud. Müller & Co.
 in Berlin C., Brühlstr. 5.

Réunion-Cigaretten

Für die Qualität der Fabrikate
 bürgt der Name "Réunion"



Spezialmarken:
 Vineta 8b 2 Pfg.
 Lookout 3 -
 Flagship 4 -
 Vineta-Crème 5 -

Neujahrskarten! Bekannt billigste Bezugs-
 quelle für Händler und
 Wiederverkäufer.
**Witzkarten 100 Stk. 30, 40 u. 60 Pf. - Geprägte Goldjahreszahl-
 Postkarten 1912 100 Stk. 60 Pf. - Hochglanzkarten m. Gold, große
 Auswahl. - Kaufen Sie bei uns und Sie sparen Geld!**
S. & G. Saulsohn, Berlin G. 2 jetzt Rosenstr. 9/19
 unweit Neuer Markt

Vijungfux! *aus der Zeit
 der großen
 Kämpfe, eine
 Goldkarte mit
 Gold*

Gesundheitstobak

J. Goldfarb

Preuss. Stargard.

D.R.W.Z. 10052

Health snuff tobacco.
 Tabac à priser de santé.
 Tabako do zazywania dla zdrowia.
 Tabacco da naso alla salute.

Auslieferungsverfahren und polizeiliche Befugnisse.

Der Zahnarzt Dr. Goldenberg, ein Ausländer, war im Juli 1911 in Berlin inhaftiert worden. Auf Veranlassung der Berliner Polizeibehörde wurde das Stahlfach einer Bank, in dem G. u. a. Papiere liegen hatte, gesperrt.

Nachdem nun Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn die Papiere aus dem Stahlfach in Händen hatte, erschien im Auftrage des Direktors der Kriminalpolizei bei ihm ein Kriminalkommissar und verlangte Herausgabe der Papiere, indem er u. a. sich auf § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts berief.

Rechtsanwalt Dr. Cohn verweigerte die Herausgabe und beschwerte sich über die Verfügung, welche die Beschlagnahme angeordnet hatte, beim Oberpräsidenten. Er ging davon aus, daß es sich um eine im Verwaltungsgebiet ansehbare polizeiliche Verfügung handele.

Der Oberpräsident verwarf die Beschwerde mit folgender Begründung: Goldenberg sei am 27. Juli mit Genehmigung des Herrn Ministers des Innern zur Sicherung seiner Auslieferung nach Rußland von dem Polizeipräsidenten in Polizeigewahrsam genommen worden. Die Auslieferung habe erfolgen sollen, weil dem Goldenberg durch das Geständnis anderer zu Last gelegt worden sei, ihnen in Rußland gefälschte Zeugnisse der zahnärztlichen Studienabteilung in Smolensk beschafft und übergeben zu haben, wonach sie drei Jahre zahnärztlicher Studien absolviert und die vorgeschriebene Prüfung bestanden hätten, eine Straftat, die sich nach deutschem Strafrecht als strafbare Teilnahme einer Urkundenfälschung darstellen würde.

Rechtsanwalt Dr. Cohn focht den Bescheid des Oberpräsidenten mit der Klage an. In dieser wurde gegenüber Neußerungen des

Polizeipräsidenten betont, daß er lediglich zu einem rechtmäßigen Zwecke, nämlich um die stammanische Staatsangehörigkeit G.S. nachzuweisen und so seine Auslieferung nach Rußland zu verhindern, mit Vollmacht des Mannes die Papiere dem Stahlfach entnommen habe.

Die Sache beschäftigte am Freitag das Oberverwaltungsgericht zum zweiten Male. Ueber die erste Verhandlung, in der Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht den Kläger vertrat, haben wir berichtet. Es war ein neuer Termin anberaumt worden, um dem Minister des Innern Gelegenheit zu geben, sich durch einen Kommissar zu den Rechtsfragen zu äußern.

Im Auftrage des Ministers des Innern erschien gestern einer seiner Vortragenden Oberregierungsräte, Herr Dr. Lenz.

Dr. Oskar Cohn war selber erschienen, außerdem sein Vertreter Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht.

Rechtsanwalt Liebknecht bezog sich auf seine Ausführungen in der letzten Verhandlung und führte u. a. weiter aus: Wenn die Polizei Eingriffe in die persönliche Sphäre unternimmt, insbesondere um sich in Besitz von Papieren von Ausländern zu setzen, dann müsse die Polizei mindestens sich darauf beschränken, in die Rechtssphäre desjenigen einzugreifen, gegen den sich die polizeilichen Maßnahmen richteten.

Rechtsanwalt Dr. Cohn verwies darauf, daß der Kriminalkommissar, der zu ihm gekommen sei, nicht mal genau habe angeben können, was er wolle. Er habe nur allgemein gesagt, er wolle, was aus dem Bankfach herausgenommen worden sei. Das sei viel zu unbestimmt, und nach der Jubilatur hätten unbestimmte Verfügungen schon wegen ihrer Unbestimmtheit keinen Rechtsbestand.

Der Kommissar des Ministers, Geh. Oberregierungsrat Dr. Lenz, suchte vor allem darzutun, daß hier überhaupt keine, im Verwaltungsgebiet ansehbare polizeiliche Verfügung vorliege. Die „Abforderung“ der Papiere, wie der Oberpräsident den Vorgang mit Recht nenne, sei ein Ausfluß der Notwendigkeit, in dem schwebenden Auslieferungsverfahren sich der Papiere zu bemächtigen, welche wenigstens indirekt in Cohns Besitz gewesen seien und welche geeignet erschienen, als Beweismittel zu dienen bei der Strafverfolgung des verdächtigen Herrn Goldenberg in seinem Heimatlande. Es sei ein Grundsatze des Auslieferungsrechts, daß der Staat, der ausliefern wolle, sich bemühe, die Beweismittel zu erhalten, welche im Auslande zur Verfolgung dienen sollten.

angegriffen werden könnte. Dieses Rechtsmittel habe zur Voraussetzung, daß die ortspolizeiliche Verfügung aus eigenem Recht der Polizeibehörde und Kraft der ihr als Inhaberin der Polizeigewalt zustehenden Befugnisse erlassen worden konnte. Hier sei zu verneinen, daß es sich um eine solche Verfügung handele. Das sei nicht möglich gewesen. Denn es sei ein Akt der Polizeibehörde, welcher lediglich die Durchführung des Auslieferungsverfahrens zum Ziele hatte, also eines Verfahrens, das der Zuständigkeit der Ortspolizeibehörde unter allen Umständen entgegen sei. Soweit bei dem Regierungskontak des Auslieferungsverfahrens Organe des Staates betraut sind, könnten diese Aktionen keine polizeilichen Verfügungen darstellen, die gemäß § 127 des Landesverwaltungs-gesetzes angefochten werden könnten.

Rechtsanwalt Liebknecht nimmt nochmals zur Sache das Wort, um die Ausführungen des Kommissars des Ministers zu entkräften: Der Kommissar habe auf das Wort „Abforderung“ von Papieren soviel Gewicht gelegt. Das Wort bedeute aber doch nur, daß etwas gefordert werde, ein Zulassen oder ein Handeln. Das sei aber gerade dasjenige, was den Charakter einer polizeilichen Verfügung ausmache.

Was die Deutungen des Kommissars angehe, daß bei Aktionen unterer Organe in Auslieferungssachen die Annahme einer ortspolizeilichen Verfügung überhaupt ausgeschlossen sei, so sei zu erwidern: Gewiß, das Auslieferungsverfahren sei in bezug auf die Schlüsselentscheidung den höheren Instanzen vorbehalten. Daraus aber, daß dies der Fall sei, könne doch nicht unterstellt werden, daß niemals eine Maßregel unterer Organe einen ortspolizeilichen Charakter tragen könne, die etwa abziele auf ein künftiges Auslieferungsverfahren. Das würde ja dem ganzen System unserer Polizei- und Regierungsverhältnisse widersprechen.

Weiter unterfalle das Auslieferungsverfahren nicht den Bestimmungen der Strafprozessordnung. Wenn nun nach Meinung des Ministers als absolut einzig zulässige Maßregel die Aufsichtsbeschwerde verbleiben solle, um sich gegen Aktionen unterer Organe in Auslieferungssachen zu wehren, so würde bei dem ungeheuer wichtigen und für den einzelnen für seine ganze Existenz entscheidenden Auslieferungsverfahren jede gesetzliche Garantie fehlen. Eine absolute Willkür der Polizei wäre dann gegeben. Denn die Aufsichtsbeschwerde werde hier, wo die höhere Behörde sowieso die eigentliche Entscheidung treffe, ohne weiteres versagen. Die Aufsichtsbeschwerde solle in diesen Auslieferungssachen gleichsam in sich zusammenfallen. Es sei auch hier das Vorgehen des Kommissars nicht nur mit Rücksicht auf ein Auslieferungsverfahren, sondern auch aus sicherheitspolizeilichen Gründen zu rechtfertigen versucht worden.

So mit Bezugnahme auf eine eventuell im Ordnungs- und Sicherheitsinteresse vorzunehmende Ausweisung. Mindestens müsse angenommen werden, daß die Verfügung auf Herausgabe der Papiere sicherheitspolizeiliche Gründe mit umfasse, also Gründe, aus denen die Ortspolizeibehörde auf Grund eigenen Rechts handeln könne, so daß es sich mindestens u. a. gleichzeitig auch um einen Akt aus ortspolizeilichen Befugnissen handele. Somit sei das Verwaltungs-verfahren im Gegensatz zur Annahme des Ministers und seines Kommissars gegeben. Dann aber müsse das Oberverwaltungsgericht die Verfügung aufheben, da jenes Verlangen an Dr. Oskar Cohn, der als bevollmächtigter Anwalt die Papiere habe, nach den in der Klage gemachten Ausführungen ungerichtlich sei.

Nach längerer Beratung verurteilte das Gericht: Das Oberverwaltungsgericht kam noch zu keiner Entscheidung. Es setzte diese aus, und wird das Urteil durch schriftliche Zustellung an die Parteien verkündet.

Großer Inventur-Ausverkauf

Ausnahme-Preise zwecks Räumung unserer Inventur-Bestände!

- Herren-Paletots in glatten und gemusterten Stoffen von 8 an
Herren-Ulster Moderne gestreifte und karierte Stoffe von 15 an
Herren-Anzüge verschiedene Stoffarten und Fassons von 15 an
Herren-Hosen Cheviot und Kammgarnarten, neueste Streifen von 3 an
Herren-Joppen Loden und glatte Stoffe, warm gefüttert von 7 an
Herren-Rock-Anzüge schwarz und farbig von 18 an
Gehrockanzüge in Kammgarn und Tuchkammgarn von 36 an
Pelzjoppen Imprägnierter Loden-bezug von 15 an
Geh- und Fahrpelze sind im Preise ganz besonders stark herabgesetzt.

- Tennis-Anzüge für Strand- u. Garten-feste geeignet von 5 an
Phantasie- u. Weiße Westen beim Dekorieren wenig gelitten . . von 1 an
Jünglings-Paletots u. -Ulster neueste Stoffe von 10 an
Burschen-Paletots u. -Ulster in verschiedenen Stoffen von 7 an
Burschen-Anzüge in Cheviot und Kammgarnarten von 7 an
Jünglings-Hosen moderne, gestreifte Muster von 3 an
Burschen-Joppen durchweg warm gefüttert 4 M.
Knaben-Joppen durchweg warm gefüttert 3 M.
Knaben-Pyjacks blau Cheviot Aermel mit Abzeichen von 4 an

- Echt englische Gummimäntel neueste Formen und Stoffe . . . von 10 an
Knaben-Manchester-Anzüge für 3-5 Jahre durchweg 3 M.
Knaben-Sport-Anzüge für 3-8 Jahre durchweg 4 M.
Knaben-Kammgarn-Anzüge mit Ueberkragen für 3-8 Jahre durchweg 6 M.
Echt englische Haarfilz-Hüte Partieware 2 M.
Echt englische Sport-Mützen neueste Stoffe 1 M.
Oberhemden weiß und bunt, große Nummern von 2 an
Loden-Pelerinen für Herren und Damen 120/130 lang 7 M.
Loden-Pelerinen für Knaben und Mädchen 70/90 lang 4 M.

Obige Artikel stellen nur einen Auszug unserer reichhaltigen Lager dar.

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 □ □ Gr. Frankfurter Straße 20

11 Brückenstraße 11 □ □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Anzug - Stoffe Hosen - Stoffe meterweise sowie Stoff - Reste im Preise bedeutend herabgesetzt

Ulster - Stoffe Paletot - Stoffe meterweise sowie Stoff - Reste im Preise bedeutend herabgesetzt

Donnerstag, 28. Dezember 1911.

Urania. Lindenstraße 48/49.
Geheimnisse der belebten Natur.
Anfang 7 Uhr.
A. Opernhaus. Lehengrin.
Anfang 7 1/2 Uhr.
A. Schauspielhaus. Artemisbilds Nache.
Deutsches. Penthesilea.
Haverland. Spezialitäten.
Jirnis Busch. Gala-Vorstellung.
Jirnis Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.
Kranke. Lindenstraße 48/49.
Von Meran zum Orler.
Neues Kgl. Opernhaus. Ge-
schlossen.
Kammertheater. Der Arzt am
Schildewege.
Kurfürstenther. Der Schmud' der
Madonna.
Berliner. Die Kynogalerie.
Leitung. Gudrun.
Komische Oper. La Traviata.
Neues Schauspielhaus. Alt-Helld-
berg.

Wochen. Polynia.
Wochen. Ein Walzer von Chopin.
Neues Opernhaus. Von
Königgrätzer Straße. Die fünf
Frankfurter.
Kleines. Volkstümliche Gedicht-
Ganz und Ganz Theater. Goden-
jos.
Schiller O. Theater.
Schiller, Ghariszenburg. Die
Widende.
Gelehr. Wild. Schauspielhaus.
Donnerstag und seine Frauen.
Rosa. Faust I. Teil.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Schauspielhaus. Die Vergnügungs-
reise.

Trianon. Das kleine Café.
Thalia. Polynische Wirtshaus.
Pulsen. Die Nacht der Liebe.
Götting. Der Kampf ums Dasein.
Wassau. Spezialitäten.
Wassau. Spezialitäten.
Herrnfeld. Schmerzlose Behandlung.
Das Kind der Firma.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Folies Caprice. Wandelblatts
Volltheater.
Waldhalla. Kessel, das hat einge-
schlagen.
Waldhalla. Der Herrgottschneider von
Ammergau.
Voigt. Der Dornenweg.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Leidenschaft.
Belle Alliance. Der Troubadour.
Quintes. Der Brandstifter.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Schiller-Theater O. Berliner-
Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Maskerade.
Freitag, abends 8 Uhr:
Es lebe das Leben.
Sonntag, abends 8 Uhr:
König Heinrich.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Wildente.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Wildente.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Maskerade.
Sonntag (Silvester), nachm. 3 Uhr:
Das Erbild des Tartuff.
Abends 8 Uhr zum erstenmal:
Der Kilometerfresser.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Alhena-Galerie.
Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die kleine Freundin.
Louison Fritzel Massary.
Sonn. nachm. 3 Uhr und Montag
nachm. 7 1/2 Uhr: Das Mädel von
Montmartre.
Greville: Fritzel Massary.

Residenz-Theater.
Abends 8 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.
Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.
Sonntag, 31. Dez. (Silvesterabend)
7 Uhr: Ein Walzer von Chopin.
Sonntag, 31. Dez. (Silvesternach-
mittag) 3 Uhr: Volkstheater: Nach
dem Opernball. In der Sil-
vesternacht. Der seltsame Otfode.

Theater des Westens.
8 Uhr: Fatiolita.
Mittwoch u. Sonnab. 4 Uhr: Max
und Moritz.
Sonntag zum erstenmal: Wiener
Blut. Anf. 7 Uhr.
Sonn. nachm. 3 und Mont. nachm.
7 1/2 Uhr: Polynia.

Süßen-Theater.
Abends 8 Uhr: Die Nacht der
Liebe.
Freitag 8 Uhr: Wir sangen
durchs Leben.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Nachm. 4 Uhr: Geheimnisse
der belebten Natur.
8 Uhr:
Von Meran zum Orler.
Belle-Alliance-Theater
Nachm. 3 1/2 Uhr: Dornröschen.
Abends 8 Uhr:
Der Troubadour.

NOSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Faust. (1. Teil.)
Freitag: Die gräbste Liebe.
Sonnabend 4 Uhr: Goldfisch und
Goldbringschinken. 8 Uhr: Faust.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr
Die Sensation. Spezialitäten
9 Uhr:
Harry Walden
in
Breitkündigung.

Metropol-Theater.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von
Paul Freund. Musik von G. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Sauchen gestattet.
Am 31. Dezember: Gr. Silvester-
feier.

Casino-Theater
Lothring. Str. 37. Anfang 8 Uhr:
Der größte Theatererfolg!
Täglich ausverkauft.
Der Kampf ums Dasein.
Aktuell! Dem heutigen Leben ent-
nommen.
Abendtäglich losender Verkauf!
Sonntag u. Montag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Tochter des Sträflings.

Voigt-Theater.
Heute Gastspiel in
Pahlmanns Theater, Schönhauser
Allee 118.
Der Dornenweg.
Schauspiel in 3 Aufzügen von
Felix Philipp.
Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Eis-Arena.
Nachmittag um 5 Uhr
Das
Weihnachts-Märchen
Schneewittchen.
Abends:
Das prachtvolle Eisballett
Alpenzauber.
Die kleine Charlotte
Apachenlänze — Pushballspiele.
Bis 6 Uhr u. von 10 1/2 Uhr abends
halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.

Voranzeige.
Große
Silvester-Feier
mit Ball.
2 Tanzplätze in der Eis-Arena.
Ballmusik. 2 Orchester unt.
Leit. Jul. Einödshofer
Ueberraschungen
auf Ueberraschungen.
Vorverkauf und Tischbestel-
lungen bei A. Wertheim G. m.
b. H. Invalidendank und an
der Kasse der Eis-Arena.

1. Admiralsredoute
Sonnabend, den 13. Januar.

Freie Volksbühne

31. Dezember: Neues Schauspielhaus
1. Januar: Neues Schauspielhaus
31. Dezember: Herrnfeld-Theater: 2 x 2 = 5.
1. Januar: Herrnfeld-Theater: 2 x 2 = 5.
31. Dezember: Thalia-Theater: Die Thurnbacherin
1. Januar: Thalia-Theater: Die Thurnbacherin.
1. Januar: Residenz-Theater: Die arme Löwin.
1. Januar: Lessing-Theater: Wenn der junge
Wein blüht.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Theater des Weddings

Lichtspielpalast
Müllerstr. 182/183
Sellerstrasse 35
direkt am Weddingplatz.

Heute und folgende Tage von 5 Uhr an:

BOX Kampf
um die
Weltmeister-
schaft
zwischen
(dem Neger)

Johnson und Burns.
(Nur Szenen aus dem Ring.)

Ueber ein Jahr hat es gedauert, bis uns
dieses Bild von der Zensurbehörde frei-
gegeben wurde.

Das Theater ist zu erreichen mit der Stadtbahn (Station
Weddingpl.). Kraftomnibus: 2, 4, 4A und 4B. Straßenb.:
3, 5, 8, 23, 24, 25, 26, 28, 29, 32, 34, 43, 68, und Städtische 5.

Union-Theater

Direktion: Willy Cremer.

Tim Jeffries



der Welt-Champion-Boxer
wird
ab Dienstag, 2. Januar
mit dem Neger
Jack Johnson
boxen.

Die Vorführung dieser einzigartigen kinematographischen
Aufnahme des
Welt-Champion-Boxkampfes
Johnson-Jeffries
wurde durch die Berliner Zensurbehörde
verboten.

Die Direktion der Union-Theater erhob Widerklage und
erwirkte durch Beschluss des Obergerichtes die
Aufhebung dieses Zensurverbotes. Die Vorführung unseres
Sensationsfilms ist also endgültig
freigegeben.

Midgets Town
Hauptstadt von Liliput
mit ihren 70 Bewohnern
Friedrichstraße 165, in den Räumen von Castans Panoptikum.
Geöffnet von 9 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends.
Entree inbegriffen Varietè- und haltere Unterhaltungs-Vorstellungen.
1 Mark.
Zirkus Extra-Entree. Zirkus Extra-Entree.

Pracht-Säle Alt-Berlin
Blumenstraße 10 Neben dem Residenz-Theater
sind die besten
Versammlungssäle des Ostens.
Im neubauten Theater-Saal täglich: 62117
Konzert, Theater und Spezialitäten.



5 Musikkapellen. Jodler und Schuhplattler.
Kambergers berühmte Original-Oberländer-Truppe.
Das muß man gesehen haben!
Silvester-Eintritt M. L.
Reservierte Tische bitten wir, schon jetzt zu bestellen.

Zirkus A. Schumann
Heute abend 8 1/2 Uhr:
Gala-
Vorstellung
Reichhaltiges
Programm.
Nur noch kurze Zeit
1000 Jahre
auf dem
Meeresgrund

Herrnfeld Theater
Noch die dagewesener Lacherfolg:
Das Kind
der Firma.

Hierzu: Schmerzlose Behandlung.
Sonntag, den 31. Dezember cr.:
Große Silvester-
Vorstellung
von 8 Uhr abends bis 4 Uhr früh.
Arien-Rachptogramm orig. Art.
Das Kind der Firma. Schmerzlose
Behandlung. Orig. Klavier-Partie.
Fast-Prelog. Fantaren-Grub.
2 Uhr nachts:
Silvester-Kabarett.
Billetts für sämtliche Vorstel-
lungen bis Neujahr
bereits zu haben.

Passage-Theater.
Das große Festprogramm.
Der Triumph der
Schönheit!
Lebende Kunstwerke
Claire Waldoff
Der tapfere Herr angentlich
Burlesk-Sketch mit
Georg Kaiser u. W. Goldmann
in den Hauptrollen
und 12 Varietè-Sensationen.

Passage-Panoptikum.
Während der Weihnachts-
ferien vom 17. Dez. bis inkl.
7. Januar:
Volkstage.
Jedermann ein Kind frei.
Jedes Kind erhält ein Geschenk.
Bei den Feuerfressern.
Lebend! Lebend!
Die wilden Essaus
Karawane sudanesischer
Haut- und Feuer-Fakire in ihrem
Originaldorfe.
Ohne Extra-Entree.

Folies Caprice.
Täglich abends 8 Uhr:
Waffenübung.
Wandelblatts Volterabend.
Loßgelassen.

Reichshallen-Theater.
StettinerSänger
Gastspiel
Robert
Steidl.
Sonntag,
31. Dez.:
Große Silvester-
Ulk-Soiree mit Tanzkränzen

Humor-Quartett
Gg. Treter Kantonalallee 60

Zirkus Busch
Heute, abends 7 1/2 Uhr:
Norman Teima,
der mysteriöse Billardspieler.
Hektor und Lolette,
Equilibristen.
Herr Georg Burkhardt-Footist,
Schulreiter. Herr Ernst Schu-
mann, Meisterdressuren.
3 Geschw. Blumenfeld, Reck zu
Pferde. Zwergelohn Francols.
Origin-
Aus-
stattung-
stück des
Zirkus
Busch
in
5 Bildern.

Moats Theater.
Direktion: Robert Oll.
Berlin N., Oranienstraße 18.
Der Herrgottschneider von
Ammergau.
Vollständ. mit Gel. in 3 Uebellungen.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonn. ult. gütig.
Sonntag, 31. Dez.: Gr. Silvester-
feier! Theater, Ueberraschungen.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.
Sonntagnachmittags: Francillon.

Königstadt-Kasino.
Der Goldmarkt u. Wiganberstraße
vom 16. Dez. bis 1. Januar.
Tägl. 4 1/2 Uhr: Das erklaffige
Spezialitäten-Programm u. das gr.
Vollständ. in 2 Bildern
Goldene Träume.

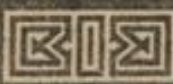
Passage-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Waffenübung.
Wandelblatts Volterabend.
Loßgelassen.

Humor-Quartett
Gg. Treter Kantonalallee 60

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.



Todes-Anzeigen



Sozialdemokratischer Verein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
(Bezirk 25.)
Am 25. Dezember verstarb unser Genosse, der Gastwirt
Karl Krüger
Stimmerstr. 22.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Berufsausschusses in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
212/15 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Königin-Luise-Platz.
(Bezirk 205 I.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt
Karl Möbius
Gärtner Str. 35
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
201/3 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
(Landsberger Viertel)
Bezirk 410 I.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse
Bruno Kreutz
Goldenergerstr. 10
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am Montag, den 25. d. Mts. statt.
Der Vorstand.
H. H. Kay Geisler.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
(Landsberger Viertel, Bez. 404 II.)
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Kaufmann
Simon Schmittner
Cottbusstraße 11
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am Mittwoch, den 27. Dezember, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhofe der Pius-Gemeinde in Wilhelmshagen statt.
201/3 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein im 5. Berliner Kreis.
Am 24. d. Mts. verstarb unser Mitglied
Karl Winter
Brennmalder Str. 228 (I. Wk.).
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 28. d. Mts., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Freiwilligen Gemeinde, Doppelallee, aus statt.
259/9 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.
Nachruf.
Durch den Tod ist uns unser Kollege
Otto Schulz
von der Sektion Revierinspektionen (4. Revier) entrissen worden.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung fand am Mittwoch, den 27. Dezember, nachmittags 3 Uhr, auf dem Domkirchhof in der Müllerstr. 72/78 statt.
22/5 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die rege Teilnahme und überaus große Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Gustav Simon
sage allen Beteiligten, insbesondere dem Sängerkor „Gebirg“ meinen innigsten Dank.
1995 Frau Julie Simon

Am 26. Dezember entfiel nach kurzem, schwerem Krankenlager mein innigster Mann, unser lieber Vater, Bruder und Onkel, der Milchhändler
Friedrich Büttner
Georgenstraße 49
im 41. Lebensjahre. 22176
Um stille Teilnahme bitten
Minna Büttner nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. Dezember, nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Wk. 21/23, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
2. Abteilung.
Am 26. Dezember verstarb unser Genosse, der Milchhändler
Friedrich Büttner
Georgenstraße 49
im 41. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. Dezember, nachmittags 1/2 Uhr, von der Halle des Friedhofes der St. Georgen-Gemeinde in der Landsberger Wk. 21/23 aus statt. 259/7
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am 26. Dezember verstarb unser Genosse, der Arbeiter
Willy Nielebock,
Guineastr. 7.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Kirchhofes aus nach dem städtischen Friedhofe in der Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt. 200/7
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 26. Dezember fand nach langem, schwerem Leben unser Kollege
Willy Nielebock
im Alter von 26 Jahren an der Diphtheriekrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Philippus-Kirchhof, Müllerstr. Ecke Seestraße, statt. 23/15
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Nachruf.
Am 24. Dezember verstarb unser Genosse, der Arbeiter
Max Schleusener,
Amsterdamer Str. 3.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat am 27. Dezember auf dem städtischen Friedhof Müllerstraße, Ecke Seestraße, stattgefunden. 260/8
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Köpenick.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 28. Dezember unser Genosse
Gustav Gelbrecht
plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Hiermit die traurige Nachricht, daß unser ältester, herzlich geliebter Sohn und Bruder, Onkel und Neffe
Max Maynhardt
am 23. d. Mts. im Alter von 19 Jahren an Herzschwäche infolge von Diphtherie in der Hirschow-Frankenhause gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Eltern
Eduard Maynhardt nebst Frau und Bruder Will.
Berlin, Cuhnenstr. 26. 22098

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bäcker
Franz Weese
(10. Bezirk) verstorben ist und beerdigt zur letzten Ruhe bestattet wurde. 227/11
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Berlin.
Am 24. Dezember verstarb im Alter von 21 Jahren an den Folgen eines Unfalls unser treues Mitglied
Otto Dornbusch
(Zahlstelle Mariendorfer).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Mariendorfer Friedhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
141/15 Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.
Nachruf.
Durch den Tod ist uns unser Kollege
Max Schleusener
von der Sektion Revierinspektionen (4. Rev.) entrissen worden.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung fand am Mittwoch, den 27. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Kirchhof der Philippus-Kirchhof-Gemeinde in der Müllerstraße 44/46 statt.
202/4 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer
Berlin 17.
Nachruf.
Am Sonntag, den 24. Dezember, verstarb plötzlich unser langjähriges Mitglied, der Gastwirt
Wilhelm John
Reichenberger Str. 119.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat am Mittwoch, den 27. Dezember, stattgefunden. 258/3
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden, Bekannten und Verwandten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, der Tischler
Julius Neumann!
Dochstraße 33
nach kurzem, schwerem Krankenlager am 24. Dezember verstorben ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungshalle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Feiler
Otto Schmöcker
am 28. d. Mts. an Blutvergiftung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
153/11 Die Ortsverwaltung

Am ersten Weihnachtstfesttag, abends 9 1/2 Uhr, verschied sanft nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden unser innigstgeliebter Sohn, Bruder und Neffe
Paul Vertun
im Alter von 19 Jahren.
Dies zeigt Schmerzenstillen an Familie
Bruno Vertun.
Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 29. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Wils-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.

Zentralverband der Schmiede Deutschlands (Zahlstelle Berlin).
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 22. Dezember 1911 unser Kollege
Fritz Marquardt
im Alter von 82 Jahren nach längerer Krankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
177/4 Die Ortsverwaltung.

Am 26. Dezember verstarb unser Kollege
Wilhelm Hoffmann
Mariendorfer Straße 16.
Ehre seinem Andenken!
Die Kollegen der Firma
Görs & Kallmann.
Die Beerdigung findet am 30. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Todesanzeige.
Am 26. d. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Schwiegersohn und Onkel, der Werkmeister
Karl Reppmann
im Alter von 42 Jahren.
Um stillen Beisich bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 29. Dezember 1911, nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben, unerschütterlichen Mannes
Ferdinand Greschke
sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Bauarbeiter-Verband und Sektionsvorstand sowie dem Sängerkorps meinen herzlichsten Dank.
12762 geh.
Wwe. Johanna Greschke Gndlg.

Dankfagung.
Geführt von dem Grabe meiner lieben Frau, unserer unerschütterlichen Mutter
Ida Peterson geb. Freier,
drängt es mich, allen denen, welche in so reichem Maße Teilnahme über den uns betroffenen schwerelichen Verlust bezeugen haben, hiermit meinen tiefempfindlichen Dank auszusprechen.
Im Namen der Hinterbliebenen
Otto Peterson, Friedenstraße 52.

Dankfagung.
Allen Verwandten und Bekannten sowie dem sozialdemokratischen Wahlverein (Bez. 7), dem Pflanzerverein Kolonie Wittelsberg sagen wir hiermit für die Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter unseren herzlichsten Dank.
Ad. Gutsche
und Söhne.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau
Ida Rönnfeldt
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, vor allen den Kollegen der Firma Conrad, sowie dem Räumerei-Dachhagen-Hummelsburg und den Genossen und Genossinnen vom 24. Bezirk Hummelsburgs meinen herzlichsten Dank.
Geinrich Rönnfeldt.

Engelhardt Caramel-Bier



„alkoholarm“
ärztlich empfohlen
„Diätetisches“
Gesundheitsbier

Flasche 10 Pf. Cobefall kräftlich

Hugo Beling
Weingroßhandlung u. Likörfabrik
60 eigene Filialen. Einzelverkauf zu Engrospreisen.

Silvester-Punsche
mit Kirschen, Erdbeeren, Himbeeren, Orangen, Vanille, Zitronen-Aroma; Glüh-, Kaiser-, Keller-, Royal-, Schlummer-, Schneewittchen-, Victoria-Punsch; Burgunder-, Sherry-Geschmack bereitet man selbst aus Noa's Original-Extrakten.
Delikater Geschmack! Herrliches Aroma!

Preis pro Flasche
Noa's Original-Extrakt
75 Pf., 90 Pf., 1 Mark.
1 Flasche Original-Extrakt ergibt mit Weingeist, Zucker und Wasser 2 Liter Punsch-Extrakt, 1 Teil Punsch-Extrakt mit 2 Teilen heißem Wasser den fertigen Punsch.
Max Noa, Berlin, Elsass Str. 5 (vom Rosenthaler Tor rechts Seite, 3. Haus.) - Nieder-Schönhausen, Treskowstr. 5.

Für Silvester!
Für den Familienkreis.
Likör-Essenzen
zur leichtesten Selbstherstellung für jedermann. Hervorrag. Liköre, Punsch, Sekt (12 Flaschen) für 10 Personen. Unübertreffl. Qualitäten, für 12 Liter ausreißend, nur 2,75 M., franco überalhin. Jeder Versuch gelingt!
Dr. G. Welsch & Co.
Berlin 58, Grottenhagener Straße 70.

Inventurpreise:

Herliche Plüschmäntel	fr. z. T. 60.- 80.- 125.- 170.-
inven.	38.- 50.- 70.- 140.-
Für Silvester! Anzüge	fr. z. T. 24.- 42.- 60.- 80.- 110.-
inven.	21.- 28.- 39.- 50.- 75.-
Herliche Plüschmäntel	fr. z. T. 21.- 28.- 39.- 50.-
inven.	15 1/2 - 18.- 23.- 33.-
Für Gesellschaften: einfache elegante Plüschmäntel.	fr. z. T. 30.- 42.- 60.- 100.-
inven.	18.- 25.- 42.- 85.-
Polz-Konfektion	Der ungewöhnlichen Witterung wegen bis zu
Polzgefütterte Mäntel, Plüsch, etc.	50 Prozent Ermässigung!
Röcke u. Blusen eleg. Ausführungen kein Damenkleid	zu äussersten Preisen!

Westmann Mohrenstr. 37a (nahe Torwallstr.) Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Adressstr.)

Partei-Angelegenheiten.

Franenversammlungen

finden am 4. Januar in Berlin und einer Reihe Vororten statt. Die Genossen werden gebeten, für recht guten Besuch dieser Agitationsversammlungen Propaganda zu machen.

Zweiter Wahlkreis. Heute Donnerstag, den 28. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Kreuzberg-Festhallen, Kreuzbergstr. 48, eine öffentliche Wahlversammlung statt. Referent Emil Eichhorn.

Dritter Wahlkreis. Heute Donnerstag, abends 7 Uhr, findet für die Bezirke 236-244, 258-262, 265-267, 274 und 275 eine Flugblattverbreitung statt in den Morgen- und Abend in den „Ritterhöfen“, Ritterstraße 76, und im „Dresdener Kasino“, Dresdener Straße 98, stattfindenden Versammlungen.

Vierter Wahlkreis. Am Freitag, den 29. Dezember, abends 7 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt. Wir ersuchen die Genossen, alle zur Stelle zu sein.

Schöneberg. Heute Donnerstag, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, finden in den „Neuen Rathshäusern“, Reiningerg. Str. 8, und in Dessl's Festhallen, Hauptstr. 6/8, Volksversammlungen statt. Die Genossen A. Stadthagen und A. Küster referieren über: „Volksverrat, Kriegshehe und Abrechnung!“

Groß-Lichterfelde. Freitag, den 29. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Erpel, Berliner Str. 129: Wichtige Mitgliederversammlung.

Ober-Schöneweide. Am Sonntag, den 31. Dezember, von morgens 8 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Bernau. Sonnabend, den 30. Dezember, im Saale des Herrn Salzmann, Vaddorfer Straße: Öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: Die Reichstagswahlen und die bürgerlichen Parteien. Referent: der Kandidat des Kreises Arthur Stadthagen.

Berliner Nachrichten.

An unsere Abonnenten!

Durch eine unermutete Störung in der Stereotypie unseres Betriebes besteht die Möglichkeit, daß der „Vorwärts“ heute und morgen etwas später in die Hände der Leser gelangt. Wir bitten die event. spätere Zustellung entschuldigen zu wollen.

Weihnachtsbilanz.

Mit einem nassen und einem trockenen Auge schaute Petrus auf den Groß-Berliner Weihnachtsfesttrubel herab. Die Wettermänner, die uns den Freudenkelch bereikeln wollten, haben das Gras wieder nicht richtig wachsen gehört. Es gab wenigstens am Tage keinen Dauerregen, aber auch keinen anheimelnden Weihnachtsföhn, keinen streifen Frost. Die nächtlichen Niederschläge, die das Straßensplaster mählig nähten, waren erträglich. Die Sonnenstrahlen, die für kurze Augenblicke durchbrachen, hätten ruhig etwas neugieriger sein dürfen. Also „grüne Weihnacht“ auf der ganzen Linie und ein Wistchen, das trotz der zur Schau getragenen funkelnden neuen Pelzgarnituren schon Frühlingsehnen weckte. Die narrende Natur hatte einen neuen Seiten-Sprung riskiert. Ohne die kritischen Puppenstudien der Wädeln auf der Straße und die Soldatenpielerien der männlichen Jugend sah er beinahe östlich aus. Das ging leider der Sportwelt gewaltig gegen den Weihnachtsfrisch. Schlittschuhe, Kodelschlitten und hundertlei andere hübsche Sportartikel haben einmühen noch ihren Beruf verfehlt. Schade darum! Es ist doch eine ganz andere Stimmung, wenn die weichen Flocken lustig tanzen oder auf spiegelblanker Eisfläche zehntausende die nach den vorweihnachtlichen Anstrengungen doppelt erquickende Erholung finden. Die Bodenmasse gab auch für anderen Sport im Freien wenig Gelegenheit. Selbst aus dem Weihnachtsprozessionen wurde nicht allzu viel. So feierte man desto harmonischer in der Familie, in den Theatern, Restaurants und vor allem in den Vereinen. Ueberhaupt konnte ja diesmal durch die Kalenderlage das Fest vom Proletariat etwas reichlicher als sonst „genossen“ werden. Zum schmerzlichen Bedauern aller werbendmühen Leuteschinder waren die fargen Feiertagsstunden verlängert. Am Heiligabend standen alle Fabrikräder still. Nur die nimmermüde bürgerliche Lebenswelt hatte es durchgesehen, ihre Angestellten weiblich auszuwählen. Trotz der behördlichen Kontrolle, die nicht überaus die Augen haben konnte, wurde in recht vielen offenen Läden nach 6 Uhr abends gehandelt. Man konnte dabei die Beobachtung machen, daß ein gewisses Publikum wieder alles bis auf die letzten Stunden verschob und auf die Angestellten keinerlei Rücksicht nahm. Immerhin gestattete die Möglichkeit soziale Abschlagszahlung durch Vorkaufzeit doch ein Leichen mehr „Friede und Freude auf Erden“. Was nicht hindert, daß der Erdenfriede unter der herrschenden Kapitalistenordnung eine Chimäre ist und die wahre Proletarierfreude — erst noch kommen soll.

Rixdorfer Bebauungspläne. (Ausgestellt im Rixdorfer Rathaus.) Unser Kunstreferent schreibt uns: „Rixdorf pflegt eine innerhalb der kapitalistischen Bodenwirtschaft vorbildliche Taktik: die Stadt kauft größere Teile un bebauen, zuweilen auch schon bebauten Landes an, um in eigener Regie die Bebauung vorzunehmen. Es soll damit erzwungen werden, daß die schlimmsten Früchte der Gründerjahre, eine jedes Maß übersteigende Dichtigkeit der Bebauung und die dadurch bedingte graue Wüstenei ganzer Viertel, langsam verschwinden. Man sprengt die Scheuchlichtseiten eines unerschöpflichen Raubbauens durch die Einbeziehung müstergültiger Inseln. Man schafft den Steinwästen eine durchgrünte Kochbarkeit und hilft so dem Blinden, den alten und den neuen Städtebau unterscheiden lernen. Man will ferner nach Möglichkeit alles noch vorhandene Grünland erhalten; dazu gehören die Berliner Gemeindefriedhöfe, mit denen Rixdorf reichlich durchsetzt ist. Man will, daß all dies Grünland wenigstens so ungeschädigt zusammenhängende Innengürtel bilde; man will auch um die Stadt herum den Grünstreifen wahren, von der Hasenheide über das Tempelhofer Feld bis zur Köpenicker. Zur Verwirklichung solcher Absichten geht man mit den alten, von trockenen Geometern aufgestellten Bebauungsplänen gar nicht glimpflich um. Man befestigt die allzu großen Blöcke, man sucht nach Möglichkeit die sogenannten Handtücher (schmale, langgezogene, von Querstreife zu Querstreife laufende Grundstücke) zu zerschneiden, um ein Uebermaß an Quergebäuden zu verhüten. Man möchte überhaupt die Hofbebauung möglichst einschränken, möchte billige

Wohnviertel mit geringen Strohenunlösen und zusammengelagerten Freizeiträumen schaffen. Das alles kann gewiß nicht von heute auf morgen fertig werden; aber schon spürt man doch wenigstens allenthalben Anläufe. Rüstergültige Anfänge solcher Art eritreto auch der Wettbewerb, den Rixdorf für zwei neu erworbenere Areale ausgeschrieben hatte, und der soeben erledigt wurde.

Die Aufgabe war sehr klar und barg relativ wenig Schwierigkeiten. In unmittelbarer Nähe jener für das alte Rixdorf typischen Nebenviertelquartiere sollten ruhige Wohnviertel (Dreißig bis Vier- und Zweizimmerwohnungen) ohne Quergebäude disponiert werden. Die vorhandenen umgrenzenden Friedhöfe waren für alle Zukunft als Freifläche zu erhalten; in den eigentlichen Baugebieten mußten genügend Platzanlagen oder Grünstreifen ausgespart bleiben. Im übrigen war den Bewerbern völlige Freiheit gelassen; sie konnten niedrig oder hoch bauen, durften Kasernen oder Einfamilienhäuser vorschlagen. Bei dem einen Teil war eine Verkehrsstraße, die in ihren Anfängen schon angelegt ist, zu berücksichtigen, bei dem zweiten eine für den Verkehr sehr nützliche, die beiden Wegengrenzungsstraßen verbindende Diagonale; doch blieben auch hier den Konkurrenten Vorschlagsfreiheit überlassen. Ueberblickt man die eingegangenen Entwürfe, so findet man wiederum bestätigt, was uns einige der letzten Wettbewerbe um Lösungen für Aufgaben des Städtebaus schon bewiesen: das Verständnis für das Wesentliche dieser sozialen Architekturplanung nimmt zu. Auch diesmal ist der größte Teil der vorgelegten Arbeiten eine Erfüllung der modernen Wohnungshygiene und all jener Grundsätze, die den Schäden des Zusammenballens in den Großstädten mögliche Linderung bringen. Der Tendenz nach wollen (abgesehen von einigen zurückgebliebenen Reihbreitenschemata) alle: strenge Regelung des Verkehrs, Sicherung der Wohnviertel und Plätze, Zusammenlegung des Grünlandes und dessen Einwirkung für den Spaziergang und das Spiel, Aufschneidung der Baublöcke auf Handbauweise (meist nach den Vorschlägen von Oberstadt). Innerhalb dieses Rahmens hat nun die Jury einigen Lösungen besondere Ehreung zugesprochen. Und man muß sagen: mit Recht. Der erste Preis, den die Architekten Matthieu Bardeheuer und Heinz Bohrer bekamen, lobt eine Arbeit, die durch ein Minimum von Veränderungen des Gegebenen, durch sehr wenig Erarbeiten, nicht nur das Zweckmäßige, auch eine gefällige Zusammenfassung und Raumbildung erreicht. Der vorhandene Baubestand (den einige der Bewerber sehr lächerlich rüsten) blieb gewahrt und wurde systematisch ausgebaut; ein größerer Platz wurde so disponiert, daß der Verkehr nicht darüber, sondern rechtwinklig von zwei Seiten vorbeigeleitet wurde, während die verbleibenden Fronten zwar auch umfahrbar sind, aber doch der eigentlichen Zirkulation entrückt bleiben. Ein öffentliches Gebäude, das vorzuziehen war, bekam durch die Vorlagerung einer angelegten Freifläche die notwendige Würde. Die Niveauunterschiede des Terrains, die teilweise nicht unerheblich sind, wurden geschickt benutzt, um den Stadtbild bereichernden Kontrast zwischen hoher und niedriger Bauweise zu verstärken. Für die einzelnen Strohen wurde Gefälligkeitsheit und eine hintere Baufluchtlinie gefordert; die meisten Häuser werden bei geringer Tiefe zwei gleichartige Parallelfronten aufweisen und durch solche Form des gestrahten Rechtecks dem Wohnungsgrundriß bedeutende Vorteile bringen. Wenn nun auch die einzelnen Vorschläge in ihrer Ganzheit noch der Durcharbeitung bedürfen, so erweist diese Arbeit doch eine glückliche Begabung der beiden Architekten. Daneben aber verdienen auch die Lösungen zweiten und dritten Preises, Alexander Formers und Bernoulli, Walter Köppen und Dr. Keller, unsern Respekt.

Mit Recht darf man erwarten, daß der Rixdorfer Stadtbauweiser Rieche den Anregungen dieses Wettbewerbes ein trefflicher Erfüller sein wird. Er hat sich noch immer als ein sehr verständiger, warm empfindender, so begeisterter Organisator der großstädtischen Bauaufgaben erwiesen. Seine Pläne für den Körnerpark und die neue Badeanstalt, seine Absichten für die Neuaufteilung der gegen Brügge sich erstreckenden Ostseite lassen uns hoffen, daß Rixdorf ein städtebauliches Vorbild für Groß-Berlin werden wird!

Die Säuglingsfürsorge der Stadt Berlin

soll, wie wir bereits meldeten, vom April 1912 ab erweitert werden durch eine von Beamten der Waisenverwaltung zu übernehmende Sammelvormundschaft für uneheliche Kinder. Von dieser Einrichtung wird erwartet, daß sie auch zu einer lebhafteren Inanspruchnahme der Säuglingsfürsorgestellen führen wird, die die Stadt unterhält. Zwischen Sammelvormundschaft und Säuglingsfürsorgestellen soll eine enge Beziehung dadurch geschaffen werden, daß die Recherchekommission der Säuglingsfürsorgestellen von vornherein auch die für die Sammelvormundschaft erforderlichen Recherchen machen, und daß die Sammelvormünder ihre Mündel sogleich den Säuglingsfürsorgestellen zuweisen.

In der Tat hat bei den Säuglingsfürsorgestellen Berlins die Zahl der ihnen zugeführten unehelichen Kinder sich bisher auf einer sehr viel geringeren Höhe gehalten, als nach der Zahl der unehelichen Geburten und im Hinblick auf die besondere Schutzbedürftigkeit der Unehelichen angenommen werden dürfte. Auch im Etatsjahr 1910 (1. April 1910 bis 31. März 1911), aus dem jetzt der Jahresbericht über die Säuglingsfürsorgestellen bekanntgegeben wird, ist hierin keine Wendung zum Besseren eingetreten. Während die Geburtenmeldungen aus Berlin für den genannten Zeitraum 9073 uneheliche Lebendgeborene nachwiesen, wurden nur 2205 uneheliche Säuglinge zu den Fürsorgestellen gebracht. (Der Bericht sagt irrtümlich 205 Uneheliche, gemeint ist aber wohl 2205.) Im Etatsjahr 1909 waren den Säuglingsfürsorgestellen 2230 Uneheliche zugeführt worden, obwohl damals die Zahl der unehelichen Lebendgeborenen geringer als in 1910 war.

Das Etatsjahr 1910 hat den Säuglingsfürsorgestellen eine noch beträchtlichere Minderung der Aufnahmen ehelicher Kinder gebracht. In 1909 waren 11 274 Eheliche aufgenommen worden, in 1910 wurden nur 10 886 aufgenommen. Infolgedessen blieb diesmal die Gesamtzahl der Aufnahmen mit nur noch 13 091 um 403 unter der Gesamtzahl aus dem vorhergehenden Jahre, die noch 13 494 betragen hatte. Als schon in 1909 eine Minderung beobachtet worden war, erklärte der Jahresbericht das aus einer Abnahme der Arbeitslosigkeit, ohne zugleich auch den Rückgang der ehelichen Geburten zu beachten. Der Bericht für 1910 hebt wieder den „günstigen Arbeitsmarkt“ hervor, nennt aber jetzt daneben noch den „ständigen Rückgang der Geburtenziffer“. Die Gesamtzahl der in die Obhut der Säuglingsfürsorgestellen genommenen Kinder verglichen mit der Gesamtzahl der Lebendgeburten stellte sich in 1910 auf nur rund 80 Prozent wie in 1909.

Auch in einem anderen Punkt ist es diesmal zu keinem Fortschritt gekommen. Die immer wiederholte Mohnung an die Eltern, ihre Säuglinge möglichst bald nach der Geburt in die Fürsorgestellen zu bringen, um sich dort bei den Ärzten unentgeltlichen Rat über Kinderpflege zu holen, hat leider keine weitere Wirkung der Fröhlichnahmen bewirkt. In 1910 gelangten nur 6196 Säuglinge schon im ersten Lebensmonat in die Obhut der Fürsorgestellen, nicht mehr als 47 1/2 Proz. aller Aufgenommenen, während im Vorjahr 48 1/2 Proz. aller Aufgenommenen im ersten Lebensmonat standen. Beachtung verdient ferner, daß auch die Brustkinder diesmal an der Gesamtzahl der Aufnahmen geringer als im Vorjahr beteiligt waren. Im Vorjahr waren 4703 Pfaffenkinder und 5789 Brustkinder aufgenommen worden, in 1910 aber wurden 4723 Pfaffenkinder und 5308 Brustkinder aufgenommen, so daß der Anteil der Brustkinder von 65 1/2 Proz. auf 63 1/2 Proz. herunterging.

Wenn den in 1910 gezählten Aufnahmen (13 091) der aus dem Vorjahr 1909 verbliebene Bestand (2642) zugezählt wird, so waren während des Jahres 1910 in der Obhut der Fürsorgestellen

im ganzen 16 733 Säuglinge, wovon allerdings 5793 nicht länger als eine Woche in ihr blieben. Die Gesamtzahl der Konsultationen belief sich diesmal auf 152 706, das ergibt durchschnittlich 9 Konsultationen pro Säugling, nicht mehr als im Vorjahr. Die Recherchekommission machte zu weiterer Materialteilung 87 924 Hausbesuche, das sind pro Säugling 2 bis 3 Besuche, wie im Vorjahr. Gemeldet hat sich der Gesamtbeitrag der Stillprämien, die für Brustkinder den Müttern gezahlt wurden, von 167 518 M. in 1909 auf 177 667 M. in 1910. Dagegen hat sich gemindert die zu mähigem Preis oder unentgeltlich gelieferte Gesamtmenge der Kindermilch von 231 464 Liter auf 209 182 Liter, der Buttermilch von 5295 Liter auf 4893 Liter. Auch die von den eigenen Milchflächen gelieferten Tagesrationen trinfertiger Nahrung zu durchschnittlich je 6 Flaschen haben sich vermindert, von 36 313 auf 33 429. Der Bericht sagt leider nicht, wieviel Mütter diesmal an den Stillprämien beteiligt waren, so daß man nicht wissen kann, wie hoch diesmal die Stillprämie im Durchschnitt war. Diese Prämie wird nämlich keineswegs für sämtliche Brustkinder gezahlt, die den Säuglingsfürsorgestellen zugeführt werden. Im Vorjahr, wo 8430 stillende Mütter an den Prämien beteiligt waren, gab es durchschnittlich nur 19,85 M. Das ist der Unterstützungsbetrag nicht etwa pro Woche, sondern für die ganze Unterstützungsdauer; pro Woche stellt er sich auf nur 1,50 bis 2 M.

Der Bericht ist diesmal überhaupt dürftiger als in früheren Jahren. Wir vermiffen in ihm manches, was als Material zur Beurteilung der Tätigkeit und Leistungsfähigkeit der Säuglingsfürsorgestellen nicht zu entbehren ist. Zu billigen ist freilich, daß die Angaben über die Sterblichkeit der in Obhut der Fürsorgestellen befindlichen Säuglinge endlich weggelassen sind. Die früheren Berichte hatten da ganz unsichere Zahlen in recht kritischer Weise zugunsten der Säuglingsfürsorgestellen auszunutzen versucht. Daß die Säuglingssterblichkeit durch die Fürsorgestellen herabgemindert worden ist, kann als sicher angenommen werden. Aber ein zahlenmäßiger Nachweis ist nicht zu führen, und übrigens dürfte der heiße Sommer 1911 mit seiner wieder erschreckend hohen Säuglingssterblichkeit manchem Optimisten zu denken gegeben haben.

Unter allen Umständen ist zu bedauern, daß das Jahr 1910 den Fürsorgestellen keinen weiteren Fortschritt gebracht hat. Nach Einrichtung der Sammelvormundschaft darf man, wie schon gesagt, für 1912 eine sehr viel stärkere Inanspruchnahme der Säuglingsfürsorgestellen erwarten. Sie wird aber nur möglich sein, wenn die Säuglingsfürsorgestellen vermehrt werden.

Brandpanik in einem Kinetographentheater.

Eine furchtbare Panik entstand am 2. Weihnachtsfestabend gegen 7 Uhr bei einem kleinen Filmbrand in einem Kinetographentheater in der Frankfurter Allee 153 im Osten Berlins. In dem Gedränge, das sich in dem Zuschauerraum des Theaters entwickelte, wurden zwei Kinder im Alter von sechs und zehn Jahren erdrückt, während sieben weitere Kinder im Alter von sieben bis fünfzehn Jahren und eine ältere Frau mehr oder weniger verletzt wurden. Tot sind: der sechsjährige Sohn Paul des Arbeiters Wendt aus der Büchlerstraße 57 in Kummelsburg und die zehn Jahre alte Tochter Margarete des Fabrikarbeiters Mahan aus der Prederburger Straße 5. Beide Kinder hatten den Erstickungstod erlitten; äußere Verletzungen waren nicht festzustellen. Der Erstickungstod war durch Quetschungen des ganzen Körpers herbeigeführt worden. Die Leichen wurden einstweilen nach der Unfallstation in der Warschauer Straße geschafft. In derselben Unfallstation wurden außerdem vier Kinder verbunden, die bei der Panik zu Schaden gekommen waren. Es sind: der sieben Jahre alte Sohn Erwin des Eisenbahnschaffners Gerlach aus der Warschauer Straße 84 (Kopfquetschungen, Rosenbluten), die zehn Jahre alte Tochter Frieda des Arbeiters Gottschall aus der Liebigstraße 28 (rechte Oberschenkelverletzung), der zwölf Jahre alte Sohn Rudolf des Arbeiters Röpke aus der Liebigstraße 47 (Gesichtsverletzungen) und die fünfzehn Jahre alte Tochter Anna des Fuhrmanns Hoffmann aus der Möllendorferstraße 82 zu Lichtenberg (schwere Verbrennung). Diese vier Verletzten konnten nach der Behandlung auf der Unfallstation in die Wohnungen ihrer Eltern entlassen werden. Außerdem wurden bei der Panik noch drei andere Kinder und eine ältere Frau verletzt, die in der Wohnung eines in der Nähe wohnenden Arztes behandelt wurden. Es waren dies die vierjährige Tochter Johanna des Arbeiters Werner aus der Prenslauer Straße 29 (Quetschungen), die fünfjährige Schwester dieses Mädchens, Elise Werner (innere Verletzungen), die sechsjährige Tochter Gertrud des Gemüschhändlers Kulisch aus der Frankfurter Allee 64 (Quetschungen) und die 48 Jahre alte Frau des Metzschleifers Grünow aus der Liebigstraße 9 (schwere innere Verletzungen). Das Befinden der Frau war so bedenklich, daß sie nach dem Krankenhaus Weiskanten gebracht werden mußte. Das Kinetographentheater, in dem das Unglück geschah, gehört dem Kaufmann Tempeliner. Es war dicht besetzt, zumest von Kindern, als mitten in der Vorstellung plötzlich der Feuer auf erscholl. Obgleich es sich nur um einen ganz geringfügigen Filmbrand in dem Vorspielraum handelte, drängte doch alles in wilder Flucht nach den Ausgängen. Das Theaterpersonal war diesem Sturm nicht gewachsen, und so kam es, daß zahlreiche Kinder risikolos zusammengepreßt wurden. Einzelne Männer und Frauen warfen die kleinen Kinder einfach über die Köpfe der anderen Personen hinweg ins Freie, um sie aus der Feuergefahr zu retten. Straßenspazanten griffen sofort hilfsreich ein und alarmierten die Feuerwehr, die schon nach wenigen Minuten zur Stelle war. Die Feuerwehrmannschaften bemühten sich hauptsächlich um die Verunglückten, da das Feuer bereits erlosch war. Das Theater wurde von der Polizei sofort geschlossen und der Operateur des Theaters verhaftet, da er fahrlässig gehandelt haben soll.

Er wird beschuldigt, angetrunken gewesen zu sein und die nötige Vorsicht außer acht gelassen zu haben. Unseres Erachtens hätte aber auch dann, wenn den Operateur wirklich ein Teil der Schuld treffen sollte, die Katastrophe noch nicht eintreten brauchen. Leider verlieren viele Personen zu leicht den Kopf, wenn irgendwo unvorhergesehene Umstände eintreten, durch die eine augenblickliche Gefahr herbeigeführt wird, und es entsteht ein furchtbares Gedränge und Geschleie, nur um sich selber zuerst in Sicherheit zu bringen. Wie es heißt, sollen in dem oben genannten Kinotheater zwei Notausgänge vorhanden gewesen sein, die aber nicht benutzt worden sein sollen. Da entsteht die Frage, ob diese Ausgänge auch geöffnet worden sind oder leicht und bequem von jedem geöffnet werden konnten. Was nützen schließlich Notausgänge, wenn sie nur dem Buchstaben nach vorhanden sind, aber im Ernstfalle so verschlossen sind, daß sie praktisch gar nicht in Betracht kommen. Wie wir hören, will die Polizei sofort erneute Revisionen der Kinotheater vornehmen. Das sollte gar nicht notwendig sein, denn man muß verlangen, daß auch bisher schon die nötige Sorgfalt für Leib und Leben der Kinobesucher von der Polizei geübt worden ist. Erneute Revisionen würden nur beweisen, daß man den Branten erst zudeck, nachdem das Kind hineingefallen ist. Uebrigens soll am Abend zuvor das hier in Frage kommende Kinotheater polizeilich reviviert worden sein.

Selbstmord eines Kriminalwachmeisters. Aus bisher unbekanntem Grund sprang am ersten Feiertag nachmittags am Schließlichen Busch der 55 jährige Kriminalwachmeister Hermann Schulz aus der Oberberger Straße 88 von der Feuerbrücke in den sogenannten Fluggraben und ertrank. Alle Rettungsversuche waren vergeblich, da Schulz nicht nach dem Rettungsruf, der ihm zugehört wurde, griff. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden. — In der Kaserne des 2. Garderegiments in der Friedrichstraße beging am Morgen des 2. Weihnachtsfeiertages der Grenadier Karl Thurner einen Selbstmordversuch, indem er sich von einer Treppe abstürzte. Er wurde schwerverletzt mit einem Armentwagen nach dem Garnisonlazarett geschafft. Wie verlautet, hat Thurner die Tat aus Furcht vor Strafe verübt.

Eine aufregende Szene verurteilte gestern morgen ein Selbstmörder auf dem Bahnhof Alexanderplatz. Als um 9.00 Uhr von der Jannowitzbrücke her ein Stadtbahnzug eintraf, sahen die Fahrgäste, die in großer Zahl auf dem Bahnsteig warteten, wie sich ein Mann plötzlich kurz vor dem Zuge auf die Schienen warf. Während einige vor Schreck laut aufschrien, hielt der Lokomotivführer, der das Verhalten des Mannes gleich sah, den Zug so bald als möglich an. Der Lebensmüde war aber schon überfahren worden und tot. Der Kopf war ihm zerquetscht, beide Füße waren ihm abgefahren. Die Leiche wurde, nachdem der Zug zurückgefahren war, geborgen, beschnitten und nach dem Zeughaus gebracht. Nach Papieren, die man bei ihm fand, ist der Selbstmörder ein Mann von 40 bis 45 Jahren namens Frey Reizberg aus Hannover.

Zu recht unersrecklichen Szenen kam es in der Nacht zum 1. Feiertage bei einem Brande in der Malplaquetstr. 14. Dort war in Abwesenheit des Geschäftsinhabers in dem Kolonialwarengeschäft von Herzog Feuer ausgebrochen. Die Feuerwehr wurde alarmiert, um den Brand zu löschen. Während der Löscharbeiten sammelten sich vor dem Hause viele Menschen an, unter denen einige besonders aufgeregte Leute die Mannschaften schikanieren haben sollen, so daß die Feuerwehrlente an den Arbeiten gehindert worden seien. Es wird behauptet, daß die Feuerwehrlente beschimpft und die Schläuche zertrütert worden seien; ein Mann soll sogar einen Bernhardenstein auf die Feuerwehrlente geschleudert haben. Die herbeigeholte Polizei habe dem Unfug erst ein Ende gemacht und drei Personen festgenommen. Aus den mitgeteilten Nachrichten geht der Vorgang nicht klar hervor. Sind die Mannschaften aber beschimpft worden, wie das geschildert wird, so wäre das Verhalten des Publikums nur zu verurteilen. Es heißt, daß Janhagel in Tätigkeit gewesen sei.

Beim Weihnachtsfest der Arbeiter-Samaritaner-Kolonie wurde ein Vincenz gefunden. Abzuholen beim Vorsitzenden der Kolonie Paul Krause, Rigdorf, Hermannstr. 61, Bäckerei.

Polnische Wählerversammlung.

Die polnischen Genossen der P. S. Berlin-Rigdorf machen darauf aufmerksam, daß sie am Sonntag, den 31. Dezember, bei Borgmann, Andreasstr. 21, eine polnische Wählerversammlung abhalten.

Verloren wurde am 1. Feiertag im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein Taschenmesser in einem Etui, das den Namen Karlsbad trug. Gefunden wurden ein paar weiße Damenschuhe. Beides ist abzugeben resp. abzuholen Raumystr. 30 bei Wolf.

Verloren wurde bei der Matinee am zweiten Weihnachtsfeiertag in Moerens Festhale (an der Garberobe), ein Portemonnaie mit 80 Mark. Abzugeben im Bureau des Wahlvereins Stralauer Platz 1/2 II.

Zeugen gesucht. Diejenigen Personen, die gesehen haben, wie am 20. Dezember, abends gegen 7 Uhr, ein Mann vor dem Hause Grüner Weg 76 von der Straßenbahn Linie 92 überfahren und schwer verletzt wurde, werden gebeten, ihre Adresse bei Czentsch, Rigdorf, Weißestr. 24, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Die in der heutigen Nummer enthaltenen Berichte aus Köpenick, Mariendorf, Neuenhagen und Nowawes haben in der Nummer vom 24. Dezember aus technischen Gründen leider keine Aufnahme mehr gefunden. Da jedoch die in den Vertretungen gefaßten Beschlüsse für die Bewohner der betreffenden Orte von Interesse sind, bringen wir dieselben heute zur Kenntnis unserer Leser.

Rigdorf.

Den Bau eines eigenen Sparkassengebäudes, auf dem der Stadt gehörigen Grundstück an der Ede Berliner und Ränghener Straße beschloß der Magistrat in seiner letzten Sitzung. Das Grundstück soll durch Anlage einer darüber führenden Privatstraße aufgeteilt und die Restgrundstücke zu beiden Seiten zum Verkauf gestellt werden.

Eine sonderbare Auffassung von den ärztlichen Pflichten scheint Herr Dr. Kaufmann, Kottbuser Damm 40 (Hermannplatz) wohnhaft, zu haben. Wie uns mitgeteilt wird, wurde Herr Dr. K. am vergangenen Sonntag etwa 9 Uhr abends gebeten, sofort zu einem Kranken zu kommen. Auf seine Frage, seit wann die Krankheit besteht, sei ihm geantwortet worden: Seit heute vormittag. Mit dem Bemerkten: „Dann hätte der Arzt vormittags geholt werden können“, habe Herr Dr. K. die Tür zugeworfen, ohne eine Erklärung darüber abzuwarten oder zu verlangen, ob sich der Zustand des Kranken nicht inzwischen so verschlimmert hätte, daß ärztliche Hilfe dringend nötig war. Auf diesen recht nahe liegenden Gedanken scheint Herr Dr. Kaufmann nicht gekommen zu sein, sonst hätte er unmöglich seine Hilfe verweigern können.

Jürgen Brand, der bekannte Jugendschriftsteller, hält heute abend im großen Saale von Vorkisch, Hermannstr. 49, einen Lichtbildvortrag über „Eine Reise nach Island“. Der Jugendausschuss der Arbeiterkammer Rigdorf hat gut daran getan, den Mann, der in seinen Büchern so ausgezeichnet Herz und Gemüt der Jugend zu packen weiß, auch einmal zur Rigdorter Arbeiterjugend sprechen zu lassen. Man kann nur wünschen, daß Jürgen Brand eine recht zahlreiche Zuhörerschaft findet. Der Eintrittspreis ist äußerst gering; die Karte kostet für Jugendliche bis zu 18 Jahren 15 Pf., für Erwachsene 30 Pf.

Ein Verbrechen ist gestern morgen in der Friedelstr. 3a verübt worden. Dort wurde die 23jährige Prostituierte Luise Piepe, Hermannstr. 28 wohnhaft, von dem Schneider Karl Schulze überfallen und durch Revolververhände schwer verletzt. Sch. hatte die L. auf der Straße angeprochen und sie später mit nach seiner in der Friedelstr. 3a belegenen Wohnung genommen. Gestern morgen, als die beiden aufwachten, gerieten sie in Streit. Als sich die L. zum Fortgehen wandte, zog Sch. plötzlich einen sechslosigen Revolver hervor und feuerte einen Schuß auf die L. ab. Das Geschloß drang der Verbohten in die rechte Schulter ein. Ertrunken floh das Mädchen aus dem Zimmer. Sie konnte aber nicht entkommen, da die Tür verschlossen war. Sch. eilte ihr nach und feuerte noch drei Kugeln auf die Verbohte ab. Auf die Hilferufe der Ueberfallenen eilten Nachbarn hinzu, doch hatte bei deren Erscheinen der Täter bereits die Flucht ergriffen. Die Verletzungen, die die L. erlitten hat, sind schwer, doch nicht lebensgefährlich.

Wilmerdorf.

Die Wilmerdorfer Feuerwehr hatte in den letzten Tagen einen Dachstuhlbrand in der Postleiner Str. 44a, einen Lodenbrand an der Ede von Wilhelmstraße und der Umlandstraße, einen Wohnungsbrand in der Weimarschen Str. 13, einen Bade- und Mädchenstudenbrand in der Pfalzburger Str. 63 und einen Dachstuhlbrand in der

Umlandstr. 161 zu löschen. Am Freitagabend wurde sie viermal alarmiert.

Charlottenburg.

Wahr Höflichkeit im dienstlichen Verkehr. Unter dieser Epithete geht uns aus den Reihen der Bureauhilfskräfte beim hiesigen Magistrat folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung zu: Man möchte eigentlich annehmen, daß in Diensträumen, wo Beamte und weibliche wie männliche Hilfskräfte beschäftigt werden, die nötigen Höflichkeitsformen stets gewahrt würden. Dem ist aber nicht so. Bei mandmal schlagen die dem Bureauvorfescher unterstellten Beamten (Militärwärter) einen Ton an, der unwillkürlich an das Kofernenleben und den Exerzierplatz erinnert. Eine solche schroffe Behandlung im dienstlichen Verkehr kann jedenfalls nicht dazu beitragen, das Vertrauen und das Ansehen der betreffenden Beamten, die sich in solchem Tone gefallen, zu stärken. Ueber begangene kleine Fehler — die Hilfskräfte sagen, daß sie meist in ihrer Angst gemacht werden — wird da in seltsamer Form und in bösem Tone lange geredet. Die Bureauhilfskräfte haben nicht den Mut und vermeiden es, von dieser ungeheuerlichen Behandlung ihrem Bureauvorfescher Kenntnis zu geben, weil sie befürchten, entlassen zu werden. So hat denn eine arme Witwe, die für sich und ihr Kind zu sorgen hat, es vorgezogen, den Dienst zu verlassen, weil sie die Behandlung und den scharfen Ton nicht mehr zu ertragen vermochte. Hier tut Hilfe dringend not.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Beamten, die sich solche Uebergriffe erlauben, zu ihrem Auftreten autorisiert sind. Auch wäre es einer Stadtgemeinde wie Charlottenburg, die sich allgemein eines guten Rufes erfreut, absolut unwürdig, wenn die Unterbeamten ihre Tätigkeit unter dem Zwange des militärischen Drills verüben müßten. Der Einsender obiger Zeilen glaubt, daß, wenn dieselben zur Kenntnis der Verwaltung kommen, leichere Veranlassung nehmen wird, dem vorhandenen Uebelstand abzuhelfen.

Steglich-Dahlem.

Nachdem das Statut der für die Ortschaften Steglich und Dahlem zu errichtenden Ortskrankenkasse mit dem Sitze in Steglich die Genehmigung des Bezirksausschusses gefunden hat, sind von dem Kommissar der Aufsichtsbehörde die Wahlen der Vertreter der Klassenmitglieder (Arbeitnehmer) zur Generalversammlung auf Montag, den 8. Januar, nachmittags von 5—9 Uhr, im großen Sitzungssaale des Rathhauses festgesetzt. Zu wählen sind 126 Vertreter. Wir eruchen die Vertrauensleute der in beiden Orten liegenden Betriebe, soweit dieselben Klassenmitglieder beschäftigen, die genaue Adresse mit Altersangabe der als Delegierte vorgeschlagenen Personen an den Bezirksleiter ihrer Organisation oder, wo ein solcher nicht existiert, an den Vorsitzenden der Gewerkschafts-Unterkommission, den Genossen R. Hagen, Friedenau, Kaiserallee 116, einzufenden. Wählbar sind alle männlichen und weiblichen Klassenmitglieder, welche das 21. Lebensjahr vollendet haben. Da die Zeit bis zur Wahl nur sehr kurz ist, bitten wir um schnelle Erledigung der Angelegenheit.

Gewerkschafts-Unterkommission Steglich-Friedenau.

Mariendorf.

Der Kartoffel- und Seefischverkauf hat in der letzten Zeit außerordentlich nachgelassen. Ganz besonders ist es der Seefischverkauf, dessen Zurückgehen wohl in ähnlichen Ursachen wie in anderen Kommunen Groß-Berlins zu finden sein dürfte. Indessen ist der Rückgang des Kartoffelverkaufs nicht zu erklären, da die von der Gemeinde angekaufte Kartoffel in der Qualität wirklich gut ist und außerdem bedeutend billiger ist wie dieselben bei den Händlern abgekauft werden. Während hier 10 Pfund Kartoffeln 85 Pf. kosten, beträgt der Preis bei den Händlern 40—50 Pf.

Es erscheint beinahe die Annahme berechtigt, daß viele Leute glauben, der Kartoffelverkauf der Gemeinde sei eine Art Armenhilfe. Das ist jedoch ein Irrtum. Der Verkauf vollzieht sich hier ebenso wie bei jedem beliebigen Händler, der Kleinverkauf von 10 bis 60 Pfund ist nur eingeführt, um auch den Unbemittelten in den Genuss billiger Kartoffel zu setzen. Eine noch viel geringere Neigung besteht gegenüber den von der Gemeinde zum Verkauf gebotenen Kohlrüben. Hier beträgt der Preisunterschied bei ebenfalls guter Qualität über 100 Proz. Die von der Gemeinde für 10 Pf. abgegebenen Kohlrüben kosten bei Gemüsehändlern 20—30 Pf. Der Verkauf ist nur bis nach Neujahr eingestellt worden, wahrscheinlich beginnt er wieder am 3. Januar wie bisher in der Gemeindefeile, Friedenstraße. Es sei zu hoffen, daß dann eine größere Nachfrage Platzgreifen wird, umso mehr, weil jedenfalls für diese Produkte die Preise steigen werden.

Köpenick.

Der letzte Stadtverordnetenversammlung lag ein Antrag betreffend Errichtung einer Schulzahnklinik zur Beschäftigung vor. Nach demselben sollen die Kinder der Gemeindefchulen und der Kleinkinderoberschule gegen Zahlung von jährlich 1 M. zahnärztlich untersucht und auch behandelt werden. Zu diesem Zweck soll ein Zahnarzt gegen ein Gehalt von 2400 M. fest angestellt werden. Von unseren Genossen wurde hierzu noch beantragt, die Behandlung völlig unentgeltlich auszuführen und die noch nicht schulpflichtigen Kinder auch zur Behandlung zuzulassen. Weiter wurde noch mitgeteilt, daß für die erste Einrichtung von einem hiesigen Bürger 500 M. zur Verfügung gestellt sind. Nachdem allseitig anerkannt war, daß etwas geschehen müsse, wurde der Antrag und der Zusatzantrag unserer Genossen, daß die noch nicht schulpflichtigen Kinder auch zur Behandlung zugelassen werden, angenommen, und dem Staatsauschuss überwiesen. — Dem Antrag des Magistrats, der Kreuztort Sternwarte jährlich 50 M. Zuschuß zu zahlen, wurde ohne Debatte zugestimmt. Als Gegenleistung wird zugesichert, daß wenn 200 Schüler gleichzeitig die Sternwarte besuchen, der Eintrittspreis pro Person für Gemeindefchüler auf 10 Pf. und für Schüler der höheren Schulen auf 15 Pf. ermäßigt wird. Der Antrag unserer Genossen, jedem Reichstagswähler eine amtliche Wahlkarte zuzuführen, wurde nach kurzer Debatte angenommen. An Unkosten werden hierdurch etwa 350 M. entstehen. Aus dem vom Bürgermeister Dr. Langerhans erstatteten Verwaltungsbericht ist zu entnehmen, daß die Erträge aus den städtischen Werken in erfreulichem Maße begriffen sind. Es konnten vom Elektrizitätswerk 91 000 M. und vom Gaswerk 67 000 M. Ueberflus der Stadtkasse überwiesen werden. Weiter konnten die Gebühren für die Kanalisation als auch der Zuschlag zur Einkommensteuer etwas ermäßigt werden. Dagegen sind die Ausgaben für Armenzwecke und für das Krankenhaus gestiegen. Im nächsten Jahre sollen bei den allgemeinen Wahlen die Stadtverordneten um sechs vermehrt, auch soll eine Gewerbebesteuerung und ein eigenes Reichsversicherungsamt eingerichtet werden. Zum Etat für 1912/13 tegien unsere Genossen den Bau einer Warmbadeanstalt an, weiter müßte auch die Straßenreinigung und Straßenpflanzung, ebenso auch die Müllabfuhr in städtische Regie übernommen werden. Notwendig sei auch, im Rathaus eine Rechtsanwaltsstelle einzurichten. Die Errichtung von Waldschulen und Frauenschulen in den Schulen sei gleichfalls dringend notwendig. Hierauf wurde der Etat sowie der Antrag unserer Genossen, allen städtischen Angestellten und Arbeitern, welche unter 1500 M. Einkommen beziehen, eine Teuerungszulage zu gewähren, dem Staatsauschuss überwiesen. Zum Schluß wurde nach dem Antrag der Elektrizitätskommission, zur Anschaffung einer neuen Turbine von 1700 Kilowatt Leistung und zur Verlegung von elektrischen Leitungen innerhalb Friedrichshagens 230 000 M. zu bewilligen, zugestimmt. Desgleichen dem Antrag der Firma Treller u. Co., wegen Anstellung von drei Telephonisten, und zwar je eine in der Altstadt, der Rich und der Köpenicker Vorstadt.

Neuenhagen (S-Bahn).

In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde der sozialdemokratische Antrag, zur Reichstagswahl und zur Gemeindevorwahlen amtliche Wahlkarten zu versenden, für die kommenden

Wahlen abgelehnt, für die nächstfolgenden Wahlen dagegen die Verleihung in Aussicht gestellt. — Die Anstellung eines Schularztes wurde vom Schulvorstand abgelehnt, dagegen wurde dem Rektor die Vollmacht erteilt, ihm krank erscheinende Kinder auf Kosten der Gemeinde dem Arzt zu überweisen. Auch die Ausstellung eines Attestes zum Besuch der Schule nach überstandener ansteckender Krankheit hat auf Antrag beim Gemeindevorstand unentgeltlich zu erfolgen. Zur Verringerung der Lebensmittelpreise empfahl die Armenkommission gemäß dem Antrag des Genossen Köfeling, die Unterstützungs- und Pflegegelder der Ortsarmen um 20 Proz. zu erhöhen und durchweg 5 M. Weihnachtsgratifikation extra zu bewilligen; die Unterstützungsätze gelten ab 1. November bis März. Weitere Maßnahmen, Kartoffel- und Seefischverkauf wurden mit Rücksicht auf die hiesigen Händler, trotz Gegenwehr unserer Genossen abgelehnt. Der Erhöhung des Stundenlohnes der Gemeindevorwahlen um 3 Pf. wurde bereits in voriger Sitzung zugestimmt. — Der Abschluß eines Vertrages mit der Alt-Landsberger Kleinbahn wegen Kabelunterführung im Zuge der verlängerten Bahnhofstraße wurde sanktioniert. — Auf Antrag der freiwilligen Feuerwehr wurden derselben 200 M. zur Auszahlung von Brand- und Uebungsgeldern, wie Herr Bürger befürwortete, bewilligt. — Die Reichstagswahl findet im Schulhause statt.

Dorfelde.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung gedachte zunächst der Vorliegende Jäger in warmen Worten des in voriger Woche verstorbenen Gemeindevertreters Theodor Schley, der dem Dorparlament mehr denn 30 Jahre angehört. — Die Frage des Abschlusses eines Vertrages mit der Märkischen Elektrizitätswerk-Altiengeseilschaft wurde einer Kommission überwiesen, in die auch Genosse Stoff gewählt wurde. — Der hiesigen freiwilligen Feuerwehr wurde ein einmaliger Zuschuß bewilligt. — Eine längere und lebhaft Debatte rief die Anstellung fünf weiterer Lehrkräfte für die hiesige Volksschule zum 1. April 1912 hervor. Beschlossen wurde, die Volksschule nach Fertigstellung des neuen Schulgebäudes nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, in eine 7stufige, sondern in eine 5stufige umzuwandeln. Demgemäß sollen zum 1. April n. J. nur ein geprüfter Rektor und zwei Lehrer oder Lehrerinnen angestellt werden. Diesen Beschlüssen suchte man im Hinblick auf die zurzeit ungünstigen Finanzverhältnisse der Gemeinde zu rechtfertigen. Selbst wenn die Finanzen so günstig wären, hätte man es bei den früheren Beschlüssen belassen sollen. Die Volksschule wird so wie so schon stiefmütterlich genug behandelt. Gegebenenfalls wären wohl noch andere Positionen im Etat oder dergl. zu finden, an denen Abschnitte borgenommen werden könnten.

Nowawes.

Aus der Gemeindevertretung. Als Armenpflegerin für den 13. Armenbezirk wurde auf Vorschlag des Schöffen Steiner Frau Rottern, Ahornstr. 3, gewählt. — Auf Antrag der Anwohner der Heinestraße, die durch Errichtung mehrstöckiger Gebäude eine Störung des Landhauscharakters der Gegend befürchten, beschloß die Gemeindevertretung die Vergebung der Heinestraße und des anschließenden Baublocks des Beamten-Heimstättenvereins in die Bauklasse E. Der genannte Verein will auf dem von der Forstverwaltung erworbenen Gelände für seine Mitglieder Einfamilienhäuser errichten. — Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf Geländeverwerb zur Erweiterung des Müllablageplatzes an der Gartenstraße und der Altanlagen. Der Gemeindevertreter Häberer hat der Gemeinde zwei Angebote gemacht. Das erste betrifft ein aus Aderland und Wiesen bestehendes, 87 506 Quadratmeter großes Terrain, das sich bis zum Düfarendamm ausdehnt und pro Quadratmeter 70 Pf. kosten soll, so daß die Kaufsumme 61 253,50 M. betragen würde. Das zweite Terrain, das über die Rutsche hinausgeht und 88 078 Quadratmeter groß ist, soll gleichfalls pro Quadratmeter 70 Pf. kosten; die Gesamtsumme hierfür würde sich also auf 47 654,60 M. belaufen. Während sich die Gemeinde verpflichtet hätte, das erste Terrain sofort zu kaufen, und zwar in der Weise, daß sie erstmalig 1253,50 M. und dann fortlaufend jedes Jahr 10 000 M. zahlt, so daß sie mit der letzten Rate im Jahre 1917 Besitzerin des ganzen Terrains wird, fordert der Besitzer für das zweite Angebot nur eine Annahmeerklärung, um das Terrain der Gemeinde zu sichern. Diese hätte es in der Hand, das Terrain jederzeit anzukufen, müßte sich aber verpflichten, dasselbe vom Jahre 1918 ab durch jährliche Ratenzahlungen von 10 000 M. etappenweise zu erwerben, so daß mit der letzten Rate im Jahre 1922 das ganze Gelände in den Besitz der Gemeinde übergehen würde. Nach eingehender Aussprache, in welcher der geforderte Preis allgemein als mäßig bezeichnet wurde, akzeptierte die Gemeindevertretung beide Angebote zu den geforderten Bedingungen.

Das neue Gemeindevappen, das durch eine sinnvolle Kombination der von den beiden vereinigten Gemeinden Nowawes und Neuendorf bisher geführten Wappen geschaffen wurde und einen unter einer knorrigen Eiche stehenden Wanderer mit Hirtenstab darstellt, ist vom Ministerium nicht genehmigt worden, und zwar mit der Begründung, daß dem von der früheren Gemeinde Neuendorf vom Jahre 1856 abgeführte Wappen keine historische Bedeutung beigegeben werden kann. Diese Tatsache scheint den lokalpatriotischen Vereinen des Neuendorfer Ortsteils recht schmerzhaft zu sein, denn sie haben den Entschluß gefaßt, in einer gemeinsamen Petition an das Ministerium die Bitte zu richten, dem eingereichten Entwurf die Genehmigung zu erteilen und somit auch das alte Neuendorfer Wappen anzuerkennen.

Witterungsbericht vom 27. Dezember 1911.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C		
Swinemünde	749	SB	2	bedeckt	2	Kaparanda	757	SB	6	Schnee	0
Hamburg	751	WB	3	bedeckt	3	Petersburg	761	SD	3	bedeckt	0
Berlin	750	SB	1	bedeckt	1	Silly	757	SB	1	Dunst	10
Brandenburg	758	SB	3	bedeckt	3	Westerbeek	754	SB	4	wolkenlos	3
Wien	754	SB	1	bedeckt	1	Paris	757	SB	3	bedeckt	10

Wetterprognose für Donnerstag, den 28. Dezember 1911. Zunächst ein wenig kälter, zeitweise deiter mit mäßigen südwestlichen Winden; später neue Erwärmung, Trüb ng und geringe Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Zu den Reichstagswahlen 1912!
Jeder Reichstagswähler

Der über die Entwicklung der politischen Parteien in Deutschland seit 1871 unterrichtet sein will, beachte sich für 10 Pf. die Reichstagswahlkarte

Hauptvertreter in allen Wahlkreisen
Wahlkreis 1
Gustav Kreutzmann
Wittorf

Vertreter für Groß-Berlin:
Fr. Saranwals, Berlin N. 65,
Schoenr. 109, 2. Hof r. pl.

Hauptvertreter für Tschow-Brenkow-Charlottenburg
Wilhelm Künzel, Rickdorf,
Erlanger Straße 9, III.

Verlag für Groß-Berlin: Fr. Saranwals, Berlin N. 65, Schoenr. 109, 2. Hof r. pl. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Vaul Einger u. Co., Berlin SW.